

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereinigungs-Anzeigen
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

Der Kampf in Schweden.

Was sich gegenwärtig in Schweden abspielt, ist der gewaltigste Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, den die Welt bisher gesehen hat. Weder die Ausperrung in Dänemark von 1899, noch der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier von 1905, noch die Kämpfe der Bergarbeiter in Amerika und der Maschinenbauer in England reichen an die Größe dieses Arbeitskampfes heran.

Es ist kein einzelner Produktionszweig, der hier aufhört zu arbeiten, es ist ein ganzes Land, so groß wie Preußen, Bayern und Sachsen zusammen, dessen ganzes Erwerbsleben durch den Kampf unterbrochen ist. Die Zahl der feiernden Arbeiter ist auf 300 000 zu schätzen; sie wird sich in den nächsten Tagen noch um etwas erhöhen, wenn weitere Gruppen, vornehmlich die Landarbeiter, die Arbeit eingestellt haben werden. Dann wird in Schweden mit Ausnahme der Eisenbahn, der Post und Telegraphie und einiger anderer gemeinnütziger Betriebe, wie Straßenbeleuchtung, Reinigung, Begräbniswesen usw., in keinem Erwerbszweig mehr gearbeitet werden. Das gibt diesem Kampfe seine gewaltige Größe. Die Zahl der Feiern ist an deutschen Verhältnissen gemessen niedrig, aber man muß bedenken, daß Schweden ein sehr dünn besiedeltes Land ist, auf das Quadratkilometer kommen nur elf Einwohner, während es in Deutschland 112 sind. Man denke sich die Wirkung, wenn bei uns dreieinhalb Millionen Arbeiter im Streik ständen; so aber ist es gegenwärtig in Schweden.

In den letzten Tagen hat sich der Streik noch weiter ausgedehnt. Die Landarbeiter wollen am 16. August die Arbeit einstellen; sie haben nicht versäumt, denn die Ernte beginnt jetzt erst, so daß ihre Arbeitsniederlegung noch die gewünschte und notwendige Wirkung haben wird. Von dem Streik-befehl der Buchdrucker (Typographen) haben wir bereits berichtet. Sie haben nun seit dem 9. August in ganz Schweden die Arbeit eingestellt, so daß die Zeitungen nicht mehr erscheinen. Auch die sozialdemokratischen Blätter sind von dem gleichen Schicksal betroffen worden, da die Buchdrucker keine Ausnahme zuließen. Zur Orientierung der Streikenden über die Lage ist von der Landeszentrale der Gewerkschaften ein eigenes Blatt für die Dauer des Streiks geschaffen, dessen Herstellung die Buchdrucker zugestimmt haben. Das Blatt erhielt den Titel „Svaret“ — „Die Antwort“ — die Antwort nämlich auf die brutale Ausperrungsaktion des organisierten Unternehmertums! Es erscheint in einer Auflage von 150 000 bis 200 000 und wird zum Preise von 5 Öre pro Exemplar im ganzen Lande vertrieben.

In den Unternehmertreuen protestiert man jetzt gegen die Arbeitsniederlegung, die von den Arbeitern, unbekümmert um die bestehenden Verträge, durchgeführt wird. So auch bei den Buchdruckern. Nein formell ist der Protest begründet, aber auch nur formell. Das Unternehmertum hat bisher den Standpunkt vertreten, daß Sympathiekämpfe, wenn sie nicht um Abänderung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt werden, nicht gegen den Vertrag verstoßen. Es ist das dieselbe Auffassung, die wir erst kürzlich in Nr. 32 des „Grundstein“ („Sogenannte Tarifverträge“, Seite 379) kritisch zerpfückt haben. Aber mit diesem sophistischen Gaukelspiel haben die schwedischen Unternehmer bisher immer ihre Ausperrungen beschönigt, wenn sie damit die Forderungen der Arbeiter in einem andern Beruf niederschlagen wollten. Sie haben sogar durchgesetzt, daß eine Bestimmung in die Verträge aufgenommen wurde, die die Sympathieausperrung erlaubt.

Jetzt kehren die Arbeiter den Spieß um, und nun schreien die Unternehmer über Vertragsbruch. Die

Arbeiter werden sie schreien lassen; gewiß sind mehrere Gewerkschaften in diesem Kampfe vertragsbrüchig geworden, aber warum? Um den ewigen Vertragsbrüchen der Unternehmer ein Paroli zu bieten! Die „Soziale Praxis“ schreibt dazu:

„Daß eine derartige Desorganisation in Schweden sich trotz der dort bestehenden zahlreichen Arbeitstarifverträge entwickeln kann, ist nicht zum mindesten die Schuld der Arbeitgeberverbände, die, von irgendeinem Pessimismus geleitet, seinerzeit ausdrücklich in die Tarifverträge die Ausnahmebestimmungen aufgenommen haben, daß Sympathieausperrungen auch während der Geltung der Tarifverträge, die alle Kämpfe wegen Arbeitsfreitigkeiten im Tarifgewerbe verbieten, erlaubt seien und nicht als Vertragsbruch gelten sollen. . . . Und durch solche Rechtsfucherei, die ein Dohn auf den Geist der Arbeitstarifverträge ist und sie innerlich zerstört, ist es denn möglich geworden, daß heute ein Tarifgewerbe nach dem andern ohne Vertragsbedenken die Kampfesfahne — aus „Sympathie“ für das Nachbar-gewerbe! — entrollt.“

Die Vorgänge in Schweden mögen auch den deutschen Unternehmern eine ernste Warnung sein; auch sie greifen immer mehr zur Sympathieausperrung, wie kürzlich erst bei den Kämpfen im Hamburger Baugewerbe. Es ist und bleibt das Recht der Arbeiterklasse, sich dagegen zur Wehr zu setzen; denn beanspruchen die Unternehmer das Recht der Sympathieausperrung trotz bestehenden Verträgen, so wahren sich auch die Arbeiter das Recht auf Sympathiefreis unter den gleichen Bedingungen. So stehen die Sachen!

Ueber den Fortgang des Streiks entnehmen wir dem „Korrespondenzblatt“:

„Die Eisenbahner haben bisher die Arbeit nicht eingestellt und soweit wir unterrichtet sind, wünschen die Gewerkschaftsleitungen diesen Ausstand zurzeit nicht. Es hat sich aber der Eisenbahner eine heftige Erregung bemächtigt, die schließlich zum allgemeinen Ausstande führen könnte.“

Die Stimmung unter den Kämpfenden ist ausgezeichnet. Die Stilllegung wichtiger Teile des Verkehrs trägt zudem dazu bei, den Ausstand in jeder Beziehung nachhaltig zu gestalten. Es ist ein Ausstand gewerkschaftlich organisierter Arbeiter mit gewerkschaftlichen Zielen und kein Generalarbeitsputsch, hinter dem ohnmächtige Organisationen zu stehen pflegen. Hier kämpft eine der besten Kolonnen der Arbeiterinternationalen, was dem Kampfe ein besonderes Gepräge gibt.

Die Unterhaltung der Kämpfenden hat noch keine Schwierigkeiten gemacht. Es wird aber Aufgabe der Arbeiter aller Länder sein, ihr möglichstes zur Unterstützung der schwedischen Kämpfer zu tun. Für Deutschland kann heute schon festgestellt werden, daß der Aufruf unserer Generalkommission ein freudiges Echo in der deutschen Arbeiterchaft gefunden hat. Die Sammlungen haben begonnen und wir sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterchaft auch in diesem Kampfe eine ihrer würdigen internationalen Solidarität bezeugen wird.

In Dänemark und Norwegen legen die Arbeiter glänzende Proben ihrer Solidarität ab. Norwegen garantiert ein Minimum von 40 000 Kronen pro Woche, die dänischen Gewerkschaften erheben obligatorische Extrabeiträge bis zu 2 Kronen wöchentlich. Der dänische Schmiede- und Maschinenarbeiterverband hat die Erhebung eines 2 Kronen = M. 2,25 hohen Extrabeitrages pro Woche beschlossen. Auch aus Italien, Österreich und Ungarn sind Zusagen betreffend Unterstützung den schwedischen Gewerkschaften gemacht und Beträge bereits abgeliefert worden. Auch in Amerika sind Sammlungen eingeleitet, zunächst unter den dort ansässigen skandinavischen Arbeitern. Aber auch die

amerikanischen Gewerkschaften werden sich wohl kaum ausschließen, wenn an sie der Appell ergeht.

Eine Proklamation der Regierung, vom König unterzeichnet, warnte am letzten Sonntag vor weiterer Ausdehnung des Streiks. Sie hat auf die Arbeiterchaft keinen Eindruck gemacht. Auch die provokatorische Inbetriebsetzung einiger Straßenbahnwagen sowie ein ebensolcher Ufas der Polizei an die Stockholmer Fuhrwerksbesitzer haben die Ruhe der Ausständigen noch nicht zu stören vermocht.

Wir müssen daran denken, daß dieser Kampf für die gesamte Arbeiterbewegung von weitreichender Bedeutung ist. Kommt es zu einem glücklichen Ausgang, so hat das Scharfmachertum eine empfindliche Niederlage erlitten. Und die tut ihm not; die Krisis hat seinen Uebermut allzumahig anschwellen lassen. Eine scharfe Züchtung des schwedischen Unternehmertums wird auch auf unsere Feinde eine heilsame Wirkung ausüben. Darum wollen auch wir, die deutschen Maurer, unser Teil zur Unterstützung der schwedischen Arbeitsbrüder tun. Der Verbandsvorstand hat schon in der vorigen Woche M. 20 000 dafür bewilligt. Damit dürfen jedoch unsere Leistungen nicht erschöpft sein; die Kollegen müssen sich an den Sammlungen, die in den nächsten Tagen und Wochen von den Gewerkschaftskartellen veranstaltet werden, rege beteiligen. Im Namen der internationalen, brüderlichen Solidarität, für das Recht der Arbeit opfern wir gern und reichlich für die kämpfenden Arbeitsbrüder in Schweden!

Die Konjunktur.

III.

(Schluß der Einzelberichte, Bemerkungen.)

West- und Süddeutschland.

Der Vorstand des Gaues Darm und sagt: Im Bericht über die Bautätigkeit des vorigen Jahres haben wir für eine Anzahl von Orten zahlenmäßig nachgewiesen, in wie hohem Maße die Bautätigkeit zurückgegangen sei. Namentlich war es die Privatbautätigkeit, die beinahe gänzlich daniederlag. In den Bezirken, wo die Bautätigkeit noch lebhaft war, stützte sie sich auf industrielle Anlagen. Erfreulicherweise hat sich die Lage im Industriegebiet bedeutend gebessert. Wenn auch von einer guten Konjunktur wie in den Jahren 1905/06 noch nicht geredet werden kann, so können wir doch ohne weiteres konstatieren, daß namentlich die Privatbautätigkeit in den meisten Orten bedeutend besser ist als im vorigen Jahre. Eigentümlich ist, daß im vorigen Jahre die Bautätigkeit in den größeren Städten fast gänzlich daniederlag, während sie in den Vororten noch lebhaft zu nennen war; heute ist es gerade umgekehrt, in den Städten haben wir eine ziemlich gute Konjunktur, in den Vororten wenig oder gar keine Arbeit. Allerdings gibt es auch hier wieder Ausnahmen. Zahlenmäßig läßt sich die Besserung im allgemeinen noch nicht nachweisen. Nur für Dortmund sind uns augenblicklich die Zahlen zur Hand. Hier sind im ersten Quartal 368 Baugelände erteilt, gegen 290 im selben Zeitraum des Jahres 1908. Hieran entfallen 122 auf Wohngebäude, gegen 70 im Jahre 1908. In der Eisen- und Kohlenindustrie hat allerdings die Krise erst in diesem Jahre besondere Härte angenommen, und es ist auch bis jetzt noch nicht abzusehen, wann sie überdauern sein wird; trotzdem wird aller Voraussicht nach die Besserung im Baugewerbe anhalten.

Der Vorstand des Gaues Elb und schreibt: Am Schlusse unseres Jahresberichts 1908 sprachen wir die Hoffnung aus, daß das Jahr 1909 wieder bessere Arbeitsgelegenheit bringen würde, und fügten uns da auf verschiedene Anzeichen (größere Zahl der Baugesuche in den Städten, eine größere Anzahl geplanter öffentlicher Gebäude usw.). Diese Hoffnungen sind nur zum Teil erfüllt worden. Infolge des lange anhaltenden Winters mit seiner außerordentlichen Strenge (die mittlere Tagestemperatur betrug im Januar 1,2 Grad Celsius und im Februar 0,1 Grad Celsius, während die aus langjährigen Beobachtungen ermittelte durchschnittliche mittlere Tagestemperatur im Januar 1,9 Grad Celsius und im Februar 3 Grad Celsius beträgt; der Februar war noch kälter als

der Januar) lag das Gewerbe bis in den April hinein fast vollständig still. Zur gewaltigen Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 kam die gewaltige Arbeitslosigkeit des langen Winters. Was Wunder, daß unsere Kollegen die endlich beginnende wärmere Jahreszeit mit großer Freude begrüßten, sollte sie doch nach so langer, qualvoller Zeit wieder Arbeit und Brot bringen. Es entwickelte sich dann auch im Stadt- und Landkreise Düsseldorf eine sehr flotte Bautätigkeit, auch das Wuppertal hatte rasch reichliche Arbeitsgelegenheit, die bergischen Städte Barmen, Remscheid, Solingen. Auf der linken Rheinseite war nur in W.-Gladbach, Biersen und Neug. lebhaftere Bautätigkeit, während in den Großstädten Crefeld, Aachen und Köln die Bautätigkeit nach wie vor schlecht blieb. Dasselbe ist von Düren, Guss. fingen und Bonn zu berichten. In den ländlichen Gebieten am Oberrhein und in den Seitentälern des Rheins stößt die Bautätigkeit wie im vorigen Jahre, während in Siegburg und Troisdorf wieder gute Bautätigkeit zu verzeichnen ist. Auch im Siegerland sowie in Herborn und Dillenburg im Dillkreise begann die Bautätigkeit lebhaft. Eine vollständig zahlenmäßige Darstellung ist leider noch nicht möglich. Nur in wenigen Orten haben wir statistische Aemter und diese arbeiten zum Teil sehr langsam. So ist erst in den letzten Tagen der Bericht des Kölner Amtes vom ersten Quartal d. J. herausgekommen. Von der Großstadt Crefeld war bis heute überhaupt kein Material, trotz vielen Bemühungen, zu bekommen; es scheint, als wenn man es uns absichtlich vorenthalte. Unsere Wuppertaler Zeitung hat uns bis heute keine Nachricht auf unsere Anfrage und Bitte um Verschaffung von Material gegeben. Ob auch dort die Behörden Schwierigkeiten machen, einzicht sich unserer Kenntnis. Das Kölner Statistische Amt bemerkt gleich im Anfang in seinem Bericht, daß seine merkwürdige Zunahme der Bautätigkeit zu bezweifeln sei; die Zahl aller Bauausführungen stellt sich immer noch erheblich niedriger, als in den gleichen Monaten des bereits schwachen Bautätigkeitsaufstieges vorausgehenden Jahres und besonders des Jahres 1907. Die seit dem dritten Viertel des vorigen Jahres eingetretene Steigerung der Baubeginne und -gefunde hielt an, so daß in nächster Zeit ein abermaliges Aufsteigen der baulichen Entwicklung mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Die Zahl der neu errichteten Gebäude betrug im ersten Quartal 1909: 186 (1908 258, 1907: 357); darunter Wohnhäuser 101 (141, 244); der Zugang betrug an Wohnungen im Prozenten: 0,48 (0,72, 1,29); auf 10 000 Einwohner 11,86 (17,65, 31,43). Damit ist der Nachfrage nach Wohnungen nicht genügt worden. Nach den Angaben des Amtes gegen 52 Familien mehr zu als ab, durch Setzen entstanden 510 neue Hausstände, den 562 neuen Hausständen stand aber nur ein Zuwachs von 556 Wohnungen gegenüber.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen geht in Köln fortgesetzt zurück. Am Ende der Berichtszeit waren noch 313 Wohnhäuser im Bau, davon waren 148 im Rohbau fertig; im Jahre 1908 waren es 313 bew. 182, im Jahre 1907 617 bzw. 318. Davon waren im ersten Vierteljahr 94 begonnen worden, in den vorausgehenden Jahren waren es 49 bzw. 88. Das ist eine bedeutende Steigerung gegenüber den allerdings niedrigen Zahlen der früheren Jahre. Die öffentliche Bautätigkeit ist ziemlich bedeutend. Unter anderem werden eine Kirche, zwei Kaserne, ein Artilleriepark und mehrere fiskalische Militärgebäude, Oberlandesgericht, Ständehaus für den Landkreis Köln, Dienstgebäude der Eisenbahndirektion und Zollgebäude, zwei Rheinbrücken, ein Gymnasium usw. gebaut, wobei allerdings zu bemerken ist, daß eine Anzahl dieser Arbeiten schon sehr weit vorgeschritten ist und für Maurer nichts mehr zu tun geben. Genehmigt sind Bauten vom 1. Januar bis 31. März 218 (1908: 180, 1907: 290), davon Wohngebäude 97 (60 bzw. 105); gegen das Vorjahr eine merkwürdige Zunahme. Das Amt berichtet dann noch über die Bautätigkeit in einer Anzahl deutscher Städte im ersten Quartal 1909. Danach ist errichtet an Wohngebäuden auf 10 000 Einwohner: in Bremen 6,91, Dortmund 3, Gamburg 2,76, Duisburg 2,57, Mülten 2,33, Köln 2,15, Crefeld 2,12, Rast 1,89, Düsseldorf 1,65, Aachen 1,38. Am niedrigsten stehen Breslau mit 0,40, Barmen 0,37, Elberfeld 0,30, München 0,16; der Durchschnitt beträgt 1,52. Der Durchschnitt beim Neuzugang an Wohnungen beträgt 10,86. Ueber diesem Durchschnitt stehen

am höchsten Charlottenburg mit 42,61 auf 10 000 Einwohner. Es folgt Gamburg mit 28,80, Wiesbaden mit 19,35 usw., Köln mit 11,86. Unter diesem Durchschnitt stehen Rast mit 10,11, Düsseldorf mit 8,23, Crefeld mit 6,43, Mülheim mit 6,08, Barmen mit 1,86 und Elberfeld mit 0,24. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen war am höchsten in Wiesbaden mit 7,1 pht. Es folgten Barmen und Gamburg mit 6,4 und 6,2 pht. Ferner war der Wohnungsüberschuß noch erheblich in Breslau mit 4,6 pht., Kiel 4,4, Frankfurt a. M. 4,3, Gamburg und Köln mit 4,1 pht. sowie Charlottenburg mit 4 pht. Verhältnismäßig niedrig dagegen in Elberfeld mit 3, Barmen mit 2,4, Aachen mit 2,4, Düsseldorf mit 2,1 und Crefeld mit 1 pht.

Die Bautätigkeit im Stadt- und Landkreise Düsseldorf hat sich in diesem Jahre erheblich gebessert. Bereits im Frühjahr 1908 sowie im Winter wurden von der Stadt eine ganze Reihe Straßen aufgelegt, wodurch die Befahrung weiterer Stadtteile ermöglicht wurde. Die Stadt hat ferner in den eingemeindeten Vororten sofort mit den Kanalisationsarbeiten begonnen und bereits früher vorgelegene, bis jetzt aber noch nicht ausgeführte Straßen aufgelegt, insbesondere trifft dies für Eller zu, wo eine weitere direkte Verbindung mit der Stadt durch Auflegung einer neuen Straße geschaffen wurde; die Privatleute sowie auch die Spar- und Bauvereine haben diese Gelegenheit sofort wahrgenommen und dort angefangen, zu bauen. In Rath hat sich durch die neue Verbindung mit der elektrifischen Straßenbahn eine lebhaftere Bautätigkeit bemerkbar gemacht; daher ist aber hier der Grund und Boden erheblich im Preise gestiegen, so daß hier das Zimmer bereits 11 Mk. pro Monat kostet, was für ein reines Fabrikviertel zu teuer ist. Gut ist die Bautätigkeit auch in Gerresheim. Hier hat eine Gesellschaft ein großes Terrain der hochgelegenen Gaardt erworben, um dort eine Villenkolonie anzulegen. Im vorigen Jahre wurde hier fast gar nichts gebaut. In Benrath werden zwei große industrielle Anlagen geschaffen, die eine gute Arbeitsgelegenheit bieten; der Bau von Wohnhäusern könnte besser sein. In Ratingen ist die Bautätigkeit nicht schlecht, jedoch nicht so günstig wie in den anderen Orten. In Neuh. wird von der Stadt ein großes Krankenhaus gebaut, von einer deutsch-amerikanischen Gesellschaft eine große Fabrik; auch die private Bautätigkeit ist gut. Nach dem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf wurden in den ersten fünf Monaten Bau-erlaubnisse erteilt für:

Offentl. Gebäude	Wohnhäuser	An- und Giebelhäuser	Gst. zu gewerbl. Zwecken	sonstige Umbauten, Reparaturen	Kanal- anstöße
1908:	7	26	55	40	32 gr. 340 fl.
1909:	7	266	31	75	98 gr. 389 fl. 213

Ueber die Erteilung von Bauserlaubnissen in den ersten vier Monaten, sowie über die fertiggestellten Bauten gibt das Aachen. Aachen in umfangreichen Tabellenwerken Auskunft, aus denen zu entnehmen ist, daß die Bautätigkeit eine kleine Besserung gegenüber der Vergleichszeit aus dem Jahre 1908 erfahren hat; jedoch erreichen die Bauserlaubnisse die Zahl vom Jahre 1907 noch nicht. (1907 wurden in den vier Monaten Januar bis April 86 Erlaubnisse für Neubauten und 83 für An-, Um- und Erweiterungsbauten erteilt, 1909 dagegen nur 63 für Neubauten und 101 für An-, Um- und Erweiterungsbauten.) Zwar sind die An-, Um- und Erweiterungsbauten der Zahl nach größer als 1907; sie können jedoch die Verminderung der Neubauten nicht ausgleichen. Aber doch deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß im Sommer und Herbst noch eine Belebung auf dem Baumarkte eintreten wird. Besonders im Landkreise Aachen, im Wormreiter, wo augenblicklich einige Kohlenfäbriken gebaut werden, werden, sobald diese ihrer Vollenendung entgegengehen, Arbeiterwohnungen sowie die oberirdischen Anlagen gebaut werden. In Stolberg baut die Firma Bpym größere Anlagen, in Eichweiler ist eine ausgedehnte Bautätigkeit im Gange; mehrere große Fabrikbauten befinden sich in der Ausführung. In Röttgen hat man mit dem Bau einer Kalkpferle begonnen usw. Es ist also Hoffnung, daß in der nächsten Zeit im Aachener Bezirk eine lebhaftere Bautätigkeit Platz greift. Das Oberbergemeisteramt der Stadt Solingen teilt mit, daß im Jahre 1908 290 Bauserlaubnisse für die verschiedensten Bauten erteilt worden sind, während im Jahre 1909 bis zum 10. Juli 1909 126 erteilt wurden. Es liegen noch ungefähr 20 Baugesuche zur Genehmigung vor. Leides

wird nicht mitgeteilt, worauf die Erlaubnisse lauten, ob Neubauten, Umbauten; auch fehlt die Vergleichsmöglichkeit. In Gräfrath wurden im Jahre 1908 76 Bauten genehmigt, 1909 bis zum 28. Bauten. In Wald wurden vom 1. Januar bis 22. Juli 1909 nachgefragt resp. genehmigt: Wohn- und Geschäftshäuser 23, Wohnhausneubauten 6, Schlachthäuser 3, Fabrikgebäude 5, Fabrikneubauten 4, Scheunen und Stallgebäude 9, Umbauten an Wohnungen 5, Kellerabflüsse 13, gewerbliche Anlagen 9, verschiedene Anlagen 32, Abortanlagen 8. Auch hier fehlt die Vergleichsmöglichkeit. Bei der Stadt Siegen wurden bis zum 1. Juli 177 Baugesuche eingereicht. Darunter befinden sich 77 Wohnungsneubauten, das sind 22 mehr als im Jahre 1908. An Neubauten kommen hauptsächlich in Betracht: 30 Einfamilienhäuser des Bauvereins Gläud, Erweiterung des Eintrachtgebäudes, eine evangelische Volkshaus, in Aussicht steht: Erweiterungsbau der katholischen Volkshaus, Erweiterung des Rathhauses c. Aus dem Kreise Siegen wird mitgeteilt, daß in Weidenau ein großer Fabrikneubau sowie eine Anzahl Privatbauten gute Arbeitsgelegenheit bieten; in Geisweid, Neuh. und Herborn ist ebenfalls günstige Arbeitsgelegenheit. In Niederscheideln wird neben einigen Privatbauten eine neue Schule errichtet. In Olpe ist im vorigen Jahre bedeutend mehr gebaut worden als in diesem Jahre. Neben einigen Geschäftshäusern sind nur wenige Privatbauten in Betrieb. In Herborn wird eine große Provinzialstrafenanstalt gebaut, wo weit über 100 Maurer beschäftigt werden; auch die private Wohnungsbautätigkeit ist hier wie im benachbarten Dillenburg gut. Obwohl durch das Hochwasser im Winter im Siegtale viele Gebäude beschädigt, Brücken eingestürzt sind, ist hieraus nur wenig Belebung der Bautätigkeit entstanden. Größere Nachfrage nach Arbeitskräften ist nicht dadurch hervorgerufen worden. Im Kreise Wittgenstein sind schon seit dem vorigen Jahre eine Anzahl Italiener an Wohnbauten beschäftigt; im übrigen ist die Bautätigkeit nur gering. Alles in allem können wir sagen, daß eine Belebung der Bautätigkeit in einer Anzahl Bezirke eingetreten ist, während sie in anderen noch auf sich warten läßt. Jedoch ist der Umschwung zum Besseren auch hier deutlich zu bemerken. Die Herbstzeit wird zweifellos nicht ungünstiger werden; für das nächste Jahr rechnet man in den meisten Bezirken mit einer lebhafteren Bautätigkeit.

Vom Gau Frankfurt a. M. wird berichtet: Das Jahr 1908 brachte uns den größten Tiefstand. Die wenigen Ausnahmen kamen demgegenüber gar nicht in Betracht. Der Tiefstand war so niederdrückend, daß man allgemein glaubte, er werde längere Zeit anauern, eine schnelle Wiederbelebung hielt man ziemlich für ausgeschlossen. Erstallendweise können wir heute berichten, daß diese Befürchtungen nicht eingetroffen sind; denn das Jahr 1909 hat doch in recht vielen Orten bedeutende Veränderungen zur Besserung gebracht. Damit wir nicht mißverstanden werden, sei ausdrücklich betont, daß nur in relativ wenigen Orten eine wirklich gute Bautätigkeit herrscht. Aber es ist allgemein eine Belebung eingetreten; nur ist es notwendig, einige Einschränkungen zu machen. Recht stark kam die veränderte Lage schon Ende März und im Monat April zur Geltung, veranlaßt durch den kalten, langen und beschäftigungslosen Winter. Es war aber ein täuschendes Bild und hat in manchen Orten nicht standgehalten. Rückfalle, teilweise recht empfindliche, waren die natürliche Folge. Mit am günstigsten hat sich der größte Ort im Gau, Frankfurt a. M., entwickelt. Die Zahl der beschäftigten Kollegen stieg von rund 1100 auf 1700. Seit wir auch noch weit von 1903 (wo hier fast 3000 arbeiteten) entfernt, so ist die Belebung doch erfreulich. Ebenso sind die Verhältnisse in den größeren Orten der Umgebung: Hanau, Gießen a. M., Offenbach mit noch einer Anzahl kleiner Orte. In Hanau und Offenbach ist die Zahl der beschäftigten Kollegen auf das Doppelte des vorigen Jahres gestiegen. Die Ursachen der Belebung im Frankfurter Bezirk mit seiner engeren Umgebung liegen fast auf allen Gebieten der baugewerblichen Tätigkeit. Mit am entscheidendsten ist der Aufschwung der privaten Wohnungsbautätigkeit und der Bauarbeiten für gewerbliche und industrielle Zwecke. Die öffentliche Bautätigkeit erreicht die Höhe des vorigen Jahres. Recht lebhaft wurde wieder in einer Anzahl Baubetriebe des Frankfurter Bezirks (Taunus) gebaut: Bad Nauheim, Königstein, Cronberg,

Regeln für gutes und gesundes Wohnen.

(Wertblatt des Ernst-Ludwig-Vereins, Festlicher Generalverein für Errichtung billiger Wohnungen zu Darmstadt.)

Eine gute Wohnung ist neben Nahrung und Kleidung das wichtigste Erfordernis für Gesunderhaltung des Körpers und möglichst lange Erhaltung des Lebens. Viele und gerade schwere Krankheiten sind auf ungesunde oder sonst ungenügende Wohnungen zurückzuführen, z. B. Tuberkulose, Rheumatismus, Blutharnt und Bleichsucht. Es ist deshalb Pflicht eines jeden erwachsenen Menschen, sich und den Seinen eine möglichst gute Wohnung zu schaffen.

Wände, Decken und Fußböden der Wohnungen müssen sich in gutem Zustande befinden, dürfen vor allem keine Löcher oder Spalten aufweisen, weil sich in diesen Staub und Schmutz anammelt. Wände und Decken sind möglichst oft feuch zu künchen, der Verputz der Wände muß sich immer in gutem Zustande befinden, Fenster und Türen müssen gut schließen, aber auch gut zu öffnen sein.

Die Umgebung der Wohnungen ist für Gesundheit und Sittlichkeit der Familie ebenfalls von großer Bedeutung. Man nehme keine Wohnung, in deren Nähe sich unbedeckte oder nicht dicht bedeckte Düngr- und Jauchegruben befinden. Ebenso sind Wohnungen über Ställen durchaus nicht zu empfehlen, da Gerüche und Ungeziefer sich den Wohnungen mitteilen.

Die größten und bestgelegenen Räume sollen zum Schlafen dienen. Es ist durchaus verfehlt und der Gesundheit ungesund, wenn sich die Familie gerade in den kleinsten Räumen zum Schlafen zusammenbrängt, da der Mensch durchschnittlich ein Drittel seines Lebens in dem Schlafräume zubringt. Das Satten einer sogenannten

„guten Stube“ ist unnütz, es ist geradezu verderblich, wenn hierzu bei weniger bemittelten Familien noch obendrein der Beste Raum verwendet wird.

Kinder im Alter von mehr als zwölf Jahren sollten nicht mehr im Schlafräume der Eltern schlafen. Die Kinder müssen ferner nach Geschlechtern getrennt in verschiedenen Schlafräumen untergebracht sein.

Die Wohnung muß ausreichend Licht und Luft haben, trocken und sauber sein, mit guten Vent- und Entlüftungsanlagen und mit einem ordentlichen Abort versehen sein. Um einzelnen ist folgendes zu bemerken:

Saubereit. Man erkennt die Saubheit an ihrer Wohnung. Es gibt für eine Frau nichts Beschämenderes, als wenn es von ihr heißt, sie sei unsauber. Die Räume müssen jeden Morgen gereinigt, die Möbel abgestaubt werden und zwar bei weitgeöffneten Fenstern. Mindestens jede Woche einmal sind die Fußböden der ständig in Gebrauch befindlichen Räume mit warmem Wasser aufzuwaschen und mit Bürste und Seife zu behandeln.

Die Betten sind jeden Morgen ein bis zwei Stunden zu lüften. Nachgeschirre sind baldmöglichst zu entleeren und mit Wasser auszufüllen; sie sind jede Woche mindestens einmal mit Soda- oder Seifenwasser zu reinigen.

Bettvorlagen und Fußmatten sind täglich, Teppiche jede Woche einmal außerhalb der Wohnung auszuwaschen, Stoffvorhänge sind peinlich sauber zu halten.

Licht. Die Fenster müssen stets rein gehalten werden und so groß sein, daß sämtliche Räume bis in die hintersten Ecken ausreichend Licht erhalten. Man nehme nur eine Wohnung, in die die Sonne scheint, und lasse die Strahlen der letzteren — abgesehen von heißen Sommer Tagen, wo der Hitze wegen eine Abperrung nötig ist — ungehindert in die Stube dringen. Die Sonnenstrahlen haben luft-

reinigende Wirkung, sie töten die Bakterien, geben den Zimmern das Gepräge der Frische und werden lebend auf das Gemüt des Menschen. Wo die Sonne nicht hin kommt, kommt der Arzt hin. Wohnungen in Straßen, deren die Himmelsrichtung Südosten oder Südwest sind zu bevorzugen.

Luft. Die Wohnungen müssen genügend Luftraum haben. Die Schlafkammern müssen zu groß sein, daß für jede Person über zehn Jahre mindestens 10 cbm, für Kinder unter zehn Jahren mindestens je 5 cbm Luftraum vorhanden sind. Schlafkammern sollten nie zum Wohnen oder als Arbeitsstätte benutzt werden.

Man fahre stets für reine Luft in der Wohnung. Schlechte und verdorbene Luft tödtet die Lungen- und Gergätigkeit, erzeugt Kopfschmerzen und Unbehagen. Gar zu häufig sind die blauen Gefäße der Kinder auf langen Aufenthalt in verdorbener Stubenluft zurückzuführen.

Sämtliche Räume sind nachdrücklich zu lüften. Morgens, wenn die Familienmitglieder ihrer Beschäftigung nachgegangen sind, oder zu irgend einer andern passenden Zeit je nachdem die ganze Wohnung mindestens ein Viertelstunde dem Gegenzug aus, indem man sämtliche Türen und Fenster der Wohn- und Schlafkammern öffnet. Die zu Hause verbliebenen Kinder schme man vor dem Zuge, indem man sie solange in der Küche oder an anderer von der Lüftung nicht betroffener Stelle unterbringt. Liegen sämtliche Fenster nur nach einer oder nach zwei aneinander stößenden Seiten, so ist eine wirksame Lufterneuerung nicht entfernt in gleichem Maße und in gleicher Zeit möglich, die Fenster sind in diesem Falle also länger offen zu halten.

Diese Lüftung ist des Sommers und des Winters Tag für Tag erforderlich. Die Räume sind aber außerdem

die Bautätigkeit mittelmäßig bis gut. Besonders in Ansbach haben die Unternehmer in den Monaten April und Mai (vor dem Streik) Maurer in den Zeitungen gesucht. In Bamberg ist die Bautätigkeit sehr gut, und auch die Aussichten für den Herbst sind nicht schlecht. In Bayreuth dagegen ist die Bautätigkeit wie seit vielen Jahren mittelmäßig bis schlecht. In Burgund-Feld, wo die Kollegen vielfach auf den umliegenden Dörfern arbeiten, ist die Bautätigkeit mittelmäßig. Desgleichen auch in Erlangen und Gochheim i. Obfr. In Heilsbrunn und seiner Umgebung haben wir eine sehr gute Bautätigkeit. In Herzbrunn hatten wir in den letzten Jahren immer eine ziemlich gute Bautätigkeit, in diesem Jahre ist sie aber auf mittelmäßig zurückgegangen. Mittelmäßig ist auch die Bautätigkeit in Herzogenaurach mit der ganzen Umgebung; in Hof mit Umgebung dagegen, wo sie im vorigen Jahre mittelmäßig bis schlecht war, hat sie sich in diesem Jahre bedeutend gebessert. In einzelnen Orten, wie Oberloosau, Schwargenbach a. d. S. ist die Arbeitsgelegenheit sogar sehr gut, es können dort noch Maurer von auswärts beschäftigt werden, was seit Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Auch in Bad Kissingen verpricht im Laufe des Herbstes, wenn die Wadefaison zu Ende geht, viel Arbeit zu kommen. In Conz und Kulmbach mit der ganzen großen Umgebung steht es mit der Arbeit schon seit mehreren Jahren mittelmäßig, um nicht schlecht zu sagen. In Mitterteich mit Kirchengericht und den umliegenden Orten ist die Bautätigkeit dagegen gut. In dem übrigen oberfränkischen Industriegebiet, wie Marktredwitz, Waldsassen, Arzberg, Markt-Leuthen, Stollau usw. ist die Bautätigkeit fast allerwärts gut, in manchen Orten sogar sehr gut, nur in Bunsfeld läßt sie zu wünschen übrig. Im Münchberg-Fürth mit seiner Umgebung, im Osten bis Lauf, im Süden bis Reichelsdorf, im Westen bis Burgarrnabach und Langensund und im Norden bis Gräfenburg ist die Bautätigkeit gut, teilweise sehr gut, aller Voraussicht nach wird es im ganzen Jahre so bleiben. In Regensburg wird gegenwärtig sehr viel gebaut. Auch in der ganzen Oberpfalz wird über Arbeitsmangel nicht geklagt, da in Regensburg ein großer Übungsplatz für das dritte bayerische Armeekorps errichtet wird, worauf unter anderem auch etwa 300 Hochbauten zur Unterbringung von Mannschaften, Pferden, Geschützen, Fourage und dergl. hergestellt werden, deren Bauzeit auf fünf Jahre verteilt ist. In Regensburg o. d. R. sowie in der Gegend gegen Eillingen, Feuchtwangen, Dinsladingen bis Nordlingen und Windsheim haben wir nur eine mittelmäßige bis schlechte Bautätigkeit. Eine Ausnahme macht Burgbernheim, wo es etwas besser ist. In Roth a. S., Georgensgünd bis Schwabach ist die Bautätigkeit gleichfalls gut, ebenso in Kornburg und Wendelstein. In Schwandorf haben die neu errichteten Kohlenruben das Baugeschäft belebt. In Schweinfurt war bisher nicht viel zu tun, es scheint aber im zweiten Halbjahr besser zu werden. In Selb, Schmald, Münchberg, Gumbrecht und Rehaud hat sich leblich ausdehnende Arbeit. In Burg und in der Umgebung bis gegen Gemünden ist die Bautätigkeit gut, teilweise nur mittelmäßig, in Kissingen ist sie etwas besser, wohingegen sie sich in der Gegend von Ochsenfurt, Marktbreit sowie gegen die bairische Grenze hin sehr verschlechtert. Fast man das Ganze zusammen, so ergibt sich im Gau eine gute Bautätigkeit, denn die Orte und Bezirke, wo sie unbefriedigend ist, sind nicht von Bedeutung, es sind meist kleine Städte mit dem Kleinhandwerk als Wirtschaftsgrundlage, dagegen ist in den Industriestädten und Bezirken sowie auch meist in den rein ländlichen Bezirken die Bautätigkeit gut. Infolgedessen sind alle Kollegen in der Lage, anderwärts genügende Arbeitsgelegenheit zu finden. In den Industriestädten werden auch fortwährend vereinzelt Maurer gesucht.

Den Schluß bildet der Bericht des Vorstandes vom Gau München: Der Geschäftsgang ist im allgemeinen noch schleppend, jedoch ist in den meisten Orten bereits eine Besserung der Konjunktur zu beobachten. Einen außerordentlichen Aufschwung hat die Konjunktur in München und Augsburg genommen. In München war eine solche Nachfrage nach Maurern mindestens seit zwölf Jahren nicht mehr vorhanden. Die Bautätigkeit begann dort sofort nach Aufhören des allerdings ziemlich langen Frostwetters und ist bis jetzt noch immer im Steigen begriffen. Eine bedeutende Anzahl von Kollegen ist auf Staats- und Kommunalbauten beschäftigt (Verkehrsministerium, Krankenhaus, Obsthalle, Kaserne usw.), jedoch bietet auch eine sehr rege Privatbautätigkeit viel Arbeit. Ein Abflauen ist für dieses und auch für das nächste Jahr nicht zu befürchten, da hier eine erschreckende Wohnungsnot herrscht. Sie ist so groß, daß sich auch die Gemeindeverwaltung genötigt sah, energisch einzugreifen. Mehrere Käuferblocks werden nun in städtischer Regie aufgeführt; auch sind ganz bedeutende Summen zu billigen Zinssätzen privaten Baugenossenschaften zur Verfügung gestellt worden. So ist nun nach zehnjähriger Dauer auch endlich in München die Arbeitslosigkeit verschwunden, und trotzdem könnten dort noch viel mehr Kollegen beschäftigt werden, obwohl aus einzelnen Gegenden des Gaues, wo die Konjunktur noch dankeverliegt, starker Zuzug nach München gekommen ist. Auch in Augsburg, wo ebenfalls während der letzten zwei Jahre die Krise sehr lähmend wirkte, ist bereits eine sehr gute Bautätigkeit zu verzeichnen. Auch in Augsburg herrscht eine kolossale Wohnungsnot; gegenwärtig werden dort in nächster Zeit von zwei Baugenossenschaften 76 Einfamilienhäuser gebaut. Auch die Stadt selbst hat für 80 000 Kleinwohnhausbauten vergeblich. Daneben herrscht eine sehr lebhafteste Privatbautätigkeit, und auch hier ist ein Abflauen in nächster Zeit nicht zu befürchten. In der Gebirgsgegend hat sich die Konjunktur gleichfalls gebessert. In Lindau ist sie gut, oder doch bedeutend besser als in den vorausgegangenen Jahren. Dagegen ist im schwäbischen Gebiete, in Memmingen, Kaufbeuren und Kempten

gegenüber dem vorigen Jahre keine Besserung, sondern eher ein Rückgang eingetreten. Auch in Bad Fels und Schliersee ist die Bautätigkeit sehr gering. In Bad Reichenhall war die heutige Bautätigkeit sehr gut; auch für die kommende Bauzeit ist dies bestimmt zu erwarten. Ebenso ist in Traunstein und Rosenheim eine kleine Besserung eingetreten, wenn die Konjunktur auch noch keineswegs als gut zu bezeichnen ist. Auf eine weitere Anzahl von Orten trifft das gleiche zu. Schlecht ist die Konjunktur in den meisten Städten Niederbayerns. Mit Ausnahme von Passau, Regensburg, Rott und Zwickel ist in keinem Orte eine Besserung eingetreten, wohl aber mancher Rückgang. In Freising, Landsberg und Passau liegt die Bautätigkeit völlig darnieder; desgleichen auch in Straubing. In Ingolstadt ist die Konjunktur sehr gut; auch in Alt- und Neustadt hat sie sich gebessert, was sich von Mühlhölz wiederum nicht sagen läßt. Dort ist die Konjunktur eher schlecht. So haben wir denn ein sehr wechselndes Bild; im ganzen aber kann gesagt werden, daß sich die Situation gebessert hat, und daß unsere Kollegen auch in den Orten mit schlechter Bautätigkeit heute nicht unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, da sie wenigstens in anderen Orten gut unterkommen können.

Diese Einzelberichte dürften im allgemeinen das geboten haben, was man von ihnen erwartete. Sie haben mit überzeugender Deutlichkeit gezeigt, daß die schwere Krise von 1908 und der letzten Hälfte des Jahres 1907 einem gefunden Aufschwunge Platz gemacht hat. In den größten und wichtigsten Wirtschaftszonen ist die Krise überwunden, d. h. für das Baugeschäft, für andere Berufszweige besteht sie weiter und teilweise ohne jede Milderung. Aber sich die Eigenart des Baugeschäftes vergegenwärtigt, nämlich berücksichtigt, daß das Baugeschäft seinem Wesen nach nur für den örtlich begrenzten Markt arbeiten kann, wird sich darüber nicht wundern; wohl ist es, wie jeder andere Erwerbszweig, den allgemeinen Gefahren des Wirtschaftslebens ausgesetzt und darum traf die Geld- und Kreditkrise in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 das Baugeschäft so sicher und so schwer, wie die ganze übrige Produktion; aber wenn diese allgemeine Ursache gewichen ist, dann hängt die Gestaltung der Bautätigkeit von den örtlichen Verhältnissen ab, eben weil das Baugeschäft nur für den örtlichen Markt arbeitet. So erklärt sich der für manche befremdliche Vorgang, daß wir im Baugeschäft aus der allgemeinen Krise heraus sind, während andere Erwerbsgruppen noch immer daran Franken.

Doch um nicht voreilig zu urteilen: man muß abwarten, was die Konjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres tut. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir hier und da einen nochmaligen Rückfall durchmachen müssen. Im Osten scheint es in dieser Hinsicht nicht ganz geheuer zu sein. Aber das werden wir am Jahreschluss sehen. Für die erste Hälfte des Baujahres gilt, was wir in der Einleitung sagten: in drei Vierteln bis vier Fünfteln des Landes herrscht eine mittelmäßige Bautätigkeit, die sich teilweise zur Höhe einer sehr guten erhebt. Die Gebiete, die davon eine Ausnahme machen, sind klein an Zahl und teilweise auch an Bedeutung. Das ist das Ergebnis unserer Untersuchung. Und nun mögen die Unternehmerorgane weiter lamentieren; zu welchem Zweck es geschieht, hat ja das widerwärtigste und gefühllose Unternehmerräuber, die Gesetzminderer, Arbeitgeber-Beitrag für das Baugeschäft verraten, indem sie das „Zentralblatt“ abkündeten, das einen Artikel über die Bautätigkeit aus der Salzweschen „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ abdruckte. Sie sprachen offen aus, es könne nicht Aufgabe der Unternehmerorgane sein, solche Darstellungen über die günstige Lage des Baugeschäftes weiterzugeben. Wir wußten es längst, daß die Unternehmer in dieser Hinsicht die Wahrheit scheuen wie der Teufel das Weihwasser, und eben darum haben wir diese Untersuchung jetzt vorgenommen. Daß sie so erschöpfendes Material zur Beurteilung der gegenwärtigen Konjunktur bietet, ist in erster Reihe das Verdienst unserer Gauvorsitzenden, ihnen sei für ihre nicht geringe Mühe besonders gedankt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Besserung am Weltmarkt? — Die Erholung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Herbst- und Winterausichten für den deutschen Arbeitsmarkt.

Es ist schon mit der heute zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln nicht leicht, die jeweilige wirtschaftliche Lage eines einzelnen Landes richtig zu diagnostizieren, so wachsen die Schwierigkeiten noch, wenn es gilt, ein Bild von der internationalen wirtschaftlichen Lage zu entwerfen. Und doch können wir bei der starken Abhängigkeit Deutschlands von den Vorräten an auf dem Weltmarkt nicht darauf verzichten, uns über die Richtung der Konjunkturkurve im Ausland so genau wie möglich zu orientieren. Denn nächst dem Ausfall der Ernte und deren Einwirkung auf die Getreide-, Mehl- und Brotpreise, auf die Vieh- und Fleischpreise, sind es vor allem die Anregungen vom Weltmarkt, deren Intensität die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den kommenden Herbstmonaten beeinflussen. Eine kräftige Belebung des Exportes ist für Deutschland mit seiner monolithisch um

75 000 Köpfe wachsenden Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis.

Günstigerweise kommen vor allem aus den Vereinigten Staaten von Amerika Nachrichten, die eine fortgesetzte Besserung der dortigen wirtschaftlichen Lage erkennen lassen. Wenn feinerzeit die Krise plötzliche und gleich in voller Kraft einsetzte, so weißt auch die Erholung ein rasches Tempo auf als in Deutschland. Damals würden mit großer Wahrscheinlichkeit, wie es eben für amerikanische Wirtschaftspolitik charakteristisch ist, die Betriebe stillgelegt oder doch die Erzeugung einschränkend herabgesetzt, was die sofortige Entlassung von Scharen der erwerbstätigen Arbeiterbevölkerung zur Folge hätte. Wir entfallen uns noch des Rückstroms von Arbeitern, die nach Ausbruch der amerikanischen Krise wieder nach Europa zurückkehrten und den europäischen Arbeitsmarkt belasteten. In den amerikanischen Industriezentren und in den meisten größeren Städten schnellte gleichzeitig die Arbeitslosigkeit auf eine Höhe, wie wir sie in Europa nicht kennen. Umgekehrt geht auch jetzt die Erholung drüber rascher vor sich als bei uns, was aber nur als scheinbarer Vorzug zu betrachten ist; denn er ist eben bedingt durch das rückfällige Verfahren beim Eintritt der Krise. Die Beschäftigtenzahl nimmt jetzt stark zu, da sie weit erheblicher reduziert wurde als bei uns; die Betriebe der wichtigeren Industriezweige nähern sich dem Zeitpunkte, wo die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates wieder voll ausgenutzt wird; die Umsätze am Waren- und Geldmarkt weisen schon wieder Dimensionen auf, die auf zunehmenden Bedarf und auf gesteigerte Kaufkraft schließen lassen; die Verkaufseinnahmen steigen fast von Monat zu Monat; der auswärtige Handel belebt sich; vor allem ist die Einfuhr wieder im Wachsen begriffen, wie auch der Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erkennen läßt. Bei der Wichtigkeit unseres Warenverkehrs mit den Vereinigten Staaten ist diese Entwicklung sehr erfreulich, und nur ein dunkler Schatten liegt auf ihr, seit feststeht, daß infolge der amerikanischen Tarifrevision unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten eine neue Erschwerung erfährt. Zwar gelingt es vielleicht noch, zu einem annehmbaren Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu gelangen, immerhin aber bleibt die für unsere Exportbedeutung katastrophale Tatsache bestehen, daß die Amerikaner auch mit ihrer neuen Tarifrevision wieder auf eine weitere Verdrängung und doch Belastung des ausländischen Wettbewerbs erfolgreich hingearbeitet haben.

Auch dasjenige Land, das unter der gewerblichen Krise 1907/08 am meisten zu leiden hatte, steht nunmehr wieder im Zeichen der Erholung, nämlich Großbritannien. Aber so rasch die Erholung in Amerika vor sich geht, so langsam vollzieht sie sich in Großbritannien. Kennzeichnend für das ganz verschiedene Tempo der Erholung ist z. B. die Erscheinung, daß während des ersten Halbjahres 1909 im deutsch-amerikanischen Warenverkehr schon eine merkliche Steigerung der Umsätze gegen 1908 fest zu erkennen gibt, während im deutsch-britischen Verkehr noch eine völlige Stagnation zu beobachten war. Aber nichtsdestoweniger hat gerade die allerjüngste Zeit doch deutliche Spuren der Erholung gebracht. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, wenn sie auch noch immer über dem Stande des Vorjahres bleibt; die Beschäftigung nimmt dementsprechend zu. Vor allem zeigt sich auf dem Eisenmarkt eine Wendung zum Besseren, indem die Preise ihre fallende Richtung aufgegeben haben und die Stimmung für den Herbst wesentlich zuversichtlicher geworden ist. Die Tendenz der Aufwärtsbewegung bricht aber erst allgemeiner durch, seitdem die Gefahr eines Generalauflandes im britischen Kohlenbergbau endgültig beseitigt ist. Solange dieses Demoskrisis über dem britischen Wirtschaftsleben schwebte, war alle Unternehmungslust noch völlig eingebüßt, da die Folgen eines Preisverfalls im englischen Bergbau alle Faktoren, die auf eine Erholung hindeuteten, über den Haufen gerannt hätten. Es ist für Großbritannien wirtschaftliche Position ein nicht zu unterschätzendes Glück, daß es gelungen ist, den drohenden sozialen Kampf zu vermeiden. Nachdem die Gefahr beseitigt ist, dürfte auch in Großbritannien die wirtschaftliche Besserung etwas rascher als bisher vorwärts gehen, so daß namentlich auch wieder auf eine größere Ausdehnung des Warenverkehrs mit dem Auslande zu rechnen ist, wozu sich während der letzten Monate die Voraussetzungen gebildet haben.

Man wird also bei vorsichtiger Schlussfolgerung annehmen dürfen, daß die Herbstmonate unter einer Belebung des Weltmarktes stehen werden, die in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Großbritannien und auch von Deutschland ausgelöst werden dürfte. Eine derartige Perspektive ist aber auch für die Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes während der Herbstmonate von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist schon eingehend darauf hingewiesen worden, daß trotz der Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades der deutsche Arbeitsmarkt noch unter einem starken Ueberangebot leidet, das in den nächsten Monaten keineswegs verschwinden, sondern im kommenden Winter noch einmal mit großer Kraft sich bemerkbar machen wird. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Dafür spricht der an sich noch immer sehr hohe Anbruch von Arbeitsfindenden, die Bewegung der Beschäftigtenziffer im Verhältnis zu dem Neuangebot von Arbeitskräften während der Jahre 1908 und 1909 und nicht zuletzt die Erfahrung in früheren Perioden des Uebergangs von der gewerblichen Krise zum neuen Aufschwung. Aber gerade weil wir auch für einen harten Winter am Arbeitsmarkt uns einzurichten haben, ist es doppelt und dreifach wichtig, in welchem Grade und Tempo der Erholungsprozess sich vollzieht, ob die Anregungen vom Weltmarkt stark genug sind, die Herbstkonjunktur in Deutschland wesentlich zu beleben oder nicht. Für den Umfang der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter ist es ausschlaggebend, wieviel Arbeitskräfte in den Herbstmonaten noch Beschäftigung finden können. Es mag vielleicht manchem heimlich erscheinen, gewissermaßen ängstlich Ausschau zu halten, wie sich die Witterung am internationalen Horizont gestaltet. Wenn sich die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter noch einen starken Umfang annehmen wird, so kommt es nicht so sehr darauf an, ob es sich um einige Zehntausende Arbeitslose mehr oder weniger handelt, Gang abgesehen davon, daß für die Gewerkschaften auch

schon die kleinste Verminderung der Arbeitslosigkeit wünschenswert sein muß, bleibt zu berücksichtigen, daß auch noch durch andere Faktoren der Umfang und der Charakter der Arbeitslosigkeit wesentlich beeinflusst werden kann. Wird durch den angedachten Einfluß vom Weltmarkt die Arbeitslosigkeit um zehn Prozent, durch die zunehmende Kaufkraft der heimischen Landwirtschaft und eines wachsenden Teils der gewerblichen Bevölkerung wieder um zehn Prozent herabgemindert, wird durch eine Flotte Herbstsaat im Übergangsstadium zum Aufschwung wirtschaftlich, sozial und psychologisch ganz anders als Arbeitslosigkeit mit dem Ausblick auf weitere gewerbliche Depression.

Berlin, 8. August 1909.

Rich. Calwer.

Politische Umschau.

Der Finanzreform-Streit zwischen den bürgerlichen Parteien. — Arbeitslohn und Steuern. — Das Reichsfinanzgesetz nimmt kein Ende.

Zwischen der konservativen und liberalen Presse einerseits und der liberalen andererseits wird lebhaft der Streit darüber fortgesetzt, ob sich die Zentrumspartei und das Zentrum, oder die liberalen Parteien durch ihr Verhalten bei der Reichsfinanzreform als „Schrittmacher der Sozialdemokratie“ betätigt haben. Von konservativer und liberaler Seite wird behauptet, daß die Liberalen im Bunde mit den Sozialdemokraten das Volk gegen die neuen Steuern und die Parteien, die sie bewilligt haben, in „unerhörter Weise aufgehen“, und daß die Frucht dieser Verheerung nur eine Stärkung der Sozialdemokratie sein werde. Die Liberalen aber erklären, die Leistungen des neuen Wlods an sich seien so schlecht und erbärmlich, daß sie aufreißend wirken müssen; das Volk müsse in Empörung darüber geraten. Das ist auch ganz richtig. Daß die Massen das Mittelstandes, die seither zu der konservativen Partei und zum Zentrum hielten, jetzt gegen diese Parteien rebellieren; daß es im Lager dieser Parteien selbst gärt; daß eine neue konservative Partei in der Bildung begriffen ist, die der alten wegen ihrer Finanzreformankünfte schon angekündigt hat; daß die katholischen und protestantischen Arbeiter erbittert sind — das alles ist zweifellos nicht zurückzuführen auf „sozialdemokratische Verheerung“, das ist in der Tat die notwendige Frucht der Steuerpolitik des neuen Wlods an sich.

Aber die Liberalen sind doch nicht davon freizusprechen, daß ihre gegen die neuen Steuerfragen gerichtete Kritik einen heuchlerischen und demagogischen Zug hat. Sie haben gar keine gerechte und ehrliche Ursache dazu, sich über die neue Volksbelastung so sehr zu entzünden. Es kommt bei dieser ja hauptsächlich auf die nahezu 400 Millionen Mark neuer, indirekter Steuern an. Da darf doch nicht vergessen werden, daß sowohl die Freikommunen wie die National Liberalen von vornherein bereit waren, diese Steuern zu bewilligen, vor allem das Bier, den Branntwein und den Tabak „mehr bluten zu lassen“. Sie haben schließlich nur deshalb gegen diese Steuern gestimmt, weil sie in der Besteuerungsfrage nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Wäre darüber nicht der entscheidende Bruch im Reichstag entstanden, so hätten sie gemeinsam mit den Konservativen und dem Zentrum die 400 Millionen neuer indirekter Steuern bewilligt. Wenn sie jetzt so tun, als spiele das gar keine Rolle für die Beurteilung ihrer Haltung, so sind sie sehr im Irrtum.

Die Erbitterung großer Kreise der Zentrumswähler gegen ihre Fraktion gesteht im „Bayerischen Vaterland“ der sich ausdrücklich als Zentrumsmann bezeichnende Pfarrer Münsterer offen ein. Er weist darauf hin, daß die Zentrumsbauern sehr mißgestimmt sind und sagt dann insbesondere von den Arbeitern:

„Die Erbitterung unter den organisierten katholischen Arbeitern gegen das Zentrum ist zurzeit ganz verteuert. intensiver. Nicht bloß in der Pfalz, sondern auch bei uns in Alt-Bayern. So hatten wir hier bald nach Annahme der Finanzreform eine Arbeitervereins-Versammlung. Wir gegenüber nehmen sich meine Leute keine Blatt vor den Mund, das beruht nämlich auf freundschaftlicher Gegenliebe. Donnerwetter, was ich da über „das Zentrum“ — im Reichstage“ schimpfen hörte, war nicht schlecht. Ich konnte, offen gestanden, weiter nichts darauf sagen, als: „Reut!“, wenn es sich nur um andre Wahlen handeln tät, als bloß um die Konsumsteuern, nachher sagst du ja selber: „Hau'n wir's alle mitananda zum Teufel!“ „Ja, es soll so“, brummen sie dann erbittert und gaben mir auch wieder recht.“

Ein Organ der evangelischen Arbeiter, das „Unterbaufische Volksblatt“, apostrophiert die Konservativen und das Zentrum wie folgt:

„Sie haben den Anspruch verloren auf die Bezeichnung christlich, von protestantisch gar nicht zu reden. Wer also ein Freund des Christentums ist, der hat die heilige Pflicht,

Zentrum und Konservative bis aufs Messer zu bekämpfen. Ein Sozialdemokrat ist als das kleinere Übel anzusehen, deshalb ist auch der „Großvater“ in Baden für die nächste Landtagswahl eine Selbstverständlichkeit.“

Nun, ein Sozialdemokrat ist nicht nur das „kleinere Übel“, nein, er ist überhaupt kein Übel, wohl aber ein entschiedener Freund und Bekämpfer jedes Übels, das dem Volke von der Regierung und den reaktionären Parteien zugebracht oder beschert wird.

Die konservative und agrarische Presse hat gernerfüllt den neuen Reichstagsantrag aufgeführt, der sozialdemokratischen und liberalen „Verheerungsarbeit“ energisch entgegenzutreten. Er soll die öffentliche Meinung durch „Aufklärung“ vor weiterer „Streführung“ bewahren. Das heißt, er soll durch die ihm zur Verfügung stehende Presse das Unmögliche vollbringen, das Volk über die Ungerechtigkeit und Verderblichkeit der neuen Steuern hinwegzutäuschen, sie mit den neuen Lasten auszuföhnen und die Haltung des neuen Wlods zu rechtfertigen. Das ist, als wenn im „Freischütz“ der Bösewicht Rasper ruft: „Samuel hilf!“

Die konservativen und liberalen Blätter setzen vorläufig die „Aufklärungsarbeit“ auf eigne Faust fort. Da finden wir einen der „Konservativen Korrespondenz“ entstammenden Artikel, in dem bewiesen werden soll, daß der Anteil der Arbeitermassen an der Steigerung des Volkseinkommens so groß ist, daß sie sehr wohl neue Steuern und Bälle tragen können! Der „Beweis“ wird in der denkbar einfachsten Weise konstruiert, indem man sich auf eine Schrift des Dr. Kuzinski über „die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches“ beruft.

Man führt daraus an, die Jahresdurchschnittslöhne der Bergarbeiter in Oberschlesien seien seit 1886 von M 636 auf M 1130 im Jahre 1907 gestiegen, die der in Niederschlesien von M 615 auf M 1090, im Ruhrrevier von M 848 auf M 1871. Die Maurer Berlins hätten ihren Tagesverdienst seit 1871 von M 3 auf M 6,75 gesteigert, ähnlich sei es mit den Holzarbeitern und mit Baugewerklern in Hamburg gewesen. Bei Krupp habe sich der durchschnittliche Tagelohn seit 1871 von M 3,08 auf M 5,35 erhöht. Die Zahlen sind im allgemeinen richtig, aber sie beweisen doch durchaus nicht das, was sie beweisen sollen. Es ist Schwindel, der die „Konservative Korrespondenz“ mit ihnen treibt. Gewiß sind die Löhne gestiegen. Das heißt: die organisierte Arbeiterschaft hat sich die höheren Löhne erkämpft; das Unternehmertum hat sie nicht freiwillig gewährt; um es zu zwingen, mußten die Arbeiter schwere Opfer bringen. Die wirtschaftliche Krisis, die sie, höhere Löhne zu erstreben, war immer die stetige Verteuerung der Lebenshaltung, vornehmlich durch Bälle und indirekte Steuern, durch die agrarische Lebensmittelpreispolitik, den Grund- und Bodenwucher, die großindustrielle Monopolwirtschaft usw. Seit 1871 sind die Preise der Lebensmittel, die Ausgaben für Kleidung und Heizung, für Wohnung, für den Verkehr etc. stetig ganz enorm gestiegen. Den Profit davon haben natürlich nicht die Arbeiter, sondern außer dem Reichsfiskus die Agrarier und Großindustriellen, die Spekulant und Grundbesitzer gehabt. Deren Profite sind um vieles mehr gestiegen als das Einkommen der Arbeiter, und doch weigern sie sich, auch nur die kleinste Belastung hinzunehmen, während man die Steuerlasten des armen Volkes fortwährend vermehrt hat.

Bis zum Jahre 1879 belief sich die Belastung einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie durch Bälle und Verbrauchsabgaben auf etwa M 30 pro Jahr. Im Jahre 1908 aber hatte sie die Höhe von etwa M 180 erreicht, und die neuen Steuern und Bälle steigern sie auf mindestens 170 Mark! Rechnet man die Steigerung der Preise für Kleidung, Heizung etc. sowie die bis auf das Doppelte und höher gehende Steigerung der Wohnungsmieten hinzu, so kommen weitere M 300 heraus. Obendrein haben auch noch Industrie, Gewerbe und Handel nicht die auf sie entfallenden Belastungen auf die Konsumenten abgewälzt, sondern auch noch eine Preissteigerung weit über diese Belastung hinaus betrieben. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist heute bei ziemlich gleichgebliebenem, in vielen Städten verringertem und verschlechtertem Konsum um das Mehrfache teurer als in den sechziger Jahren. Man vergleiche nur die damaligen Fleisch- und Brotpreise mit den jetzigen, die wir der agrarpolitischen Schandwirtschaft verdanken.

Die Steigerung der Löhne selbst da, wo sie für einzelne Arbeiterkategorien, z. B. die Baugewerker, am höchsten ist, in Berlin, Hamburg und anderen Großstädten, reicht kaum heran an die Verteuerung der Lebenshaltung. Solcher Lohnsteigerungen haben sich nur verhältnismäßig kleine Kreise von Arbeitern zu erfreuen gehabt. Tatsache ist, daß das jährliche Durchschnittseinkommen der deutschen Arbeiter kaum M 1000 beträgt. Von den preussischen Steuerzahlern haben 53 pzt. ein Einkommen von unter M 900, und diese 53 pzt. gehören durchweg der Arbeiterklasse an.

Es ist also ein Unfug, ein demagogischer Schwindel, aus der Entwicklung der gewerblichen Löhne zu folgern, daß die

Arbeiter keine Ursache haben, über die neuen Steuern zu klagen.

Kaum ist die „Reichsfinanzreform“ vollbracht, so tritt das Elend der Reichsfinanzen schon wieder scharf hervor. Der Finalabschluß der Reichshauptkasse für das Finanzjahr 1908 ist der schlechteste, den es wohl überhaupt im Deutschen Reich gegeben hat. Es wird mit einem Defizit von mindestens 800 Millionen Mark zu rechnen sein. Diese Summe muß im nächsten Reichshaushalt berücksichtigt werden. Sie beträgt etwa drei Fünftel der neuen Steuern. Es wird also auch diesmal, wie aus sonstigen Bedürfnissen die Reichsschuld anwachsen. Binnen wenigen Jahren wird sie, da kein Ende der Mißwirtschaft abzusehen ist, von 4½ Milliarden Mark, ihrem jetzigen Betrage, auf 7 bis 8 Milliarden gestiegen sein. Und dazu dann natürlich immer neue „Finanzreformen“, d. h. neue Steuern. So ist das Reich auf dem besten Wege, sich finanziell abzuwickeln.

Da kann nur das arbeitende Volk eine große Entscheidung bringen, indem es bei den nächsten Reichstagswahlen dafür sorgt, daß eine sozialdemokratische Mehrheit in das Parlament einzieht.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Aussperrung);

Schleswig-Holstein:

Eckernförde (Aussperrung), Eutin (Sperrn über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), Oldesloe (Sperrn über Meyer aus Segeberg), Büchelndorf (Sperrn über Schmidt in Kasdorf), Ohlstedt (Sperrn über Barkmann in Wiemerskamp);

Mecklenburg:

Sülze (Sperrn über Holdorf);

Brandenburg:

Bad Schönlitz (Aussperrung), Lehnitz (Sperrn über Koeber, Horn, Jacob in Lehnitz und Wendt in Götz), Fürstenwalde (Sperrn über Pötel bei den Arbeiten der Firma Pintsch), Berlin (Differenzen im Putzergewerbe), Michendorf i. d. M. (Sperrn über Lose), Spremberg (Sperrn über Stende, Bau des Gymnasiums, und über Rechow);

Pommern:

Swinemünde (Sperrn über den Kirchenneubau in Ostwinde), Trepow a. d. Rega (Sperrn über Paul Witke), Bergen a. R. (Sperrn über Rudolf Wahl in Binz), Wolgast (Sperrn über Peters in Lütmansdorf);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Labischin (Sperrn über die Unternehmer Quade und Gorzyński), Rawitsch, Schlochau, (Differenzen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperrn über K. Bernhardt, Möckern, Lobethalstr.), Mülsen (Sperrn über E. Meier, Ortmanndorf und F. Dönn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Haake in Panitzsch), Zittau (Sperrn über Hinkel in Weigsdorf), Bautzen (Sperrn über Scheibe), Frankenberg (Sperrn über den Unternehmer Winkler), Chemnitz (Sperrn über Thieme und Haupt in Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neukirchen), Oederwitz (Sperrn über die Bauten der Unternehmer Krüsing und Neumann), Neustadt (Sperrn über Anton);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Wettin a. d. S. (Streiks), Halle (Sperrn über Ifland in Passendorf), Weissensfeld (Sperrn über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Schkonditz (Sperrn über Reiwand);

Schlesien:

Jauer, Landeshut, Militsch (Streiks), Bunzlau (Sperrn über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), Pitschen (Differenzen);

Thüringen:

Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperrn über O. Gressler), Ohrdruf (Differenzen auf dem Truppenübungsplatz);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Ahlten b. Lehrte, Badbergen, Hude, Kirchwehe, Lingen, Neuhaus a. d. E., Walsrode (Streiks), Brinkum, Delmenhorst, Emden, Exterhude, Goslar, Harburg, Holzminden (Aussperrungen), Sulingen (partieller Streik), Hannover (Sperrn über die Firma Berger & Co. aus Bromberg), Nordenham (Sperrn über die Bauten des Metallwerks), Osterode (Sperrn über Ranneberg in Windhausen), Vechta, Burgdorf (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Viersen, Hilden, Ahlen-Bork-Beim (Streiks), Saarbrücken und Umgegend (Aussperrung), Miesdorf (Sperrn über Akmann in Oberkirchen), Miesdorf (Sperrn über Riese), Ayrath (Sperrn über den Bau der Lungenheilstätte);

Hessen-Waldeck:

Bad Soden (Sperrte über den Unternehmer Christian),
Büttelhorn (Sperrte über Kuhlmann und Kraus),
Hersfeld (Sperrte über Tomporz), Darmstadt
(Sperrte über Gg. Ph. Petri IV in Reinheim i. O.);

Bayern:

Ansbach, Markt-Redwitz (Differenzen);
Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:
Pforzheim (Streik), Hockenheim (Sperrte über Riehl),
Mannheim-Ludwigshafen (Sperrte über Jean Peter);

Fliesenleger:

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer und Firmen: Dörr bei Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Dörscher bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villerooy & Boch, Palm, Schachtzik & Mellin), Cöln u. Düsseldorf (Sperrte über die Arbeiten des Zwischenmeisters Karlbaum aus Bonn), Mülheim-Ruhr (Sperrte über Möhlenbruck & Matheis), Nürnberg (Sperrte über Ostertag & Herbst und über den Zwischenunternehmer Freudenreich), Coblenz (Sperrte über Caspari), Breslau (Differenzen);

Isolierer und Steinholzleger:

Breslau (Streik), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrte über die Filiale der Gesellschaft „Fama“), Chemnitz (Sperrte über Ziegner & Fritzsche), Cöln (Sperrte über die Korkelithwerke), Bremen (Sperrte über die Filiale der Firma Reinhold & Co.);

Oesterreich:

Komolan (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), Bern (Differenzen).

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in
Jena und Emden haben unsere dortigen Kollegen den
Boykott verhängt.

Gau Berlin.

Der Unternehmer Aug. Rose in Michendorf i. d. Mark weigert sich, die mit den übrigen Unternehmern tariflich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erfüllen und anzuerkennen. Die Verhandlungsversuche des Zweigvereinsvorstandes und auch des Bauvorstandes wies er zurück und erging sich in fleißigsten Beschimpfungen, Verleumdungen und Drohungen gegen die Organisation und deren Vertreter. Er wollte der Organisation beweisen, daß er ohne sie seine Bauten fertig stellen könne, er würde nur noch Unorganisierte beschäftigen. Inzwischen hat ihn doch die Angst gepackt. Einen Bau, den er in den nächsten Tagen beginnen wollte, hat er seinem Bruder übertragen. Der letztere drängt sich also zwischen die Kampfenden und will seinen Bruder schützen, damit dieser nicht genötigt werden kann, sich mit der Maurerorganisation in sachgemäßer Weise auseinanderzusetzen. Fritz Rose nimmt also zugunsten seines Bruders an diesem Kampfe Anteil und darf sich deshalb auch nicht wundern, wenn die Organisation der Maurer diesen Bau ebenso wie die Arbeitsstätten seines Bruders als gesperrt betrachtet. Aug. Rose wird in Kürze auch einen Bau im Wohngebiet Caputh beginnen.

Unternehmer Streitel aus Belsow fährt in Spremberg den Bau eines Gymnasiums aus und zählt nicht den mit der Spremberger Arbeiterorganisation vertraglich vereinbarten Lohn. Als die Deputierten mit dem Bauherrn verhandeln wollten, erhielten sie Feiertag; darauf legten alle 57 Kollegen die Arbeit nieder.

Wegen Einführung der Affordarbeit verhängte unsere Organisation über das Baugeschäft Rechow in Forst i. d. U. die Sperrte. Der Baunternehmer Wallig verlangte von den Baughilfsarbeitern, daß die Steine im Afford transportiert werden sollten; da auch diese Organisation beschloß hat, die Arbeit nur im Lohn auszuführen, so sah sie sich genötigt, über die Bauten dieses Unternehmers die Sperrte zu verhängen. Unsere Mitglieder sind dabei in Mitleidenschaft gezogen.

Gau Bremen.

In Delmenhorst streiken bekanntlich die Bauarbeiter und unsere Kollegen sind in Mitleidenschaft gezogen. Der Streik schließt seine Wirkung schon auszuüben. Der städtische Wasserturn, der gegenwärtig gebaut wird, und am 1. September dem Betrieb übergeben werden soll, erfordert noch umfangreiche Arbeiten. Für die Ummantelung des großen Wasserbehälters war Riegelsteinmauerwerk vorgesehen; da nun aber der Streik besteht, will man die Ummantelung aus Beton herstellen lassen. Zu diesem Zweck hatte der Stadtbaukommission am 13. August die Streikleitung zu sich berufen, um mit ihr über die Lage des Streiks zu sprechen. Es wurde der Kommission erklärt, daß die Fertigstellung der Wasserleitung im Interesse der Allgemeinheit läge, die Streikleitung sollte aus diesem Grunde eine Ausnahme zulassen, da sonst die Arbeiten aus Beton hergestellt werden müßten. Die Kommission ersuchte den Herrn Syndikus aber, nicht zugunsten der Unternehmer in diesen wirtschaftlichen Kampf einzugreifen. Die vom Stadtrat eingesetzte Kommission konnte sich nicht damit einverstanden erklären, den Rest der Arbeiten aus Beton herstellen zu lassen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben hierauf eine Sitzung beantragt, um über die Sache zu beraten.

In Burg, Gramermoor, Lesumbröck, Gr. Dunge, Mittels- und Niederbüren, Zweigverein Bremen, hatten unsere Kollegen den in Frage kommenden Unternehmern die Forderung unterbreitet, daß der Bremer Vertrag für obgenannte Orte gelten solle. Die Unternehmer sträubten sich gewaltig und wandten sich hierüber auch an den Verbandsvorstand, um Auskunft darüber zu haben, ob dies nicht auch noch unter die Zentralabmachungen vom Jahre 1908 falle; als aber alles nichts nützte, mußten sich die Unternehmer schließlich bequemen, Zugeständnisse zu machen. Trotz des Arms der in Gesehmünde erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“ wurde doch folgendes vereinbart: Der Lohn beträgt bis zum

15. Oktober 1909 bei neunzehnstündiger Arbeitszeit pro Stunde für Maurer und Zimmerer 60 $\frac{1}{2}$ für Bauarbeiter 47 $\frac{3}{4}$. Vom 15. Oktober an gilt der Bremer Vertrag: für Maurer und Zimmerer 65 $\frac{1}{2}$ für Bauarbeiter 50 $\frac{1}{2}$ bei neunzehnstündiger Arbeitszeit. Unsere Kollegen dürften mit diesem Erfolg zufrieden sein.

Gau Danzig.

Gelegentlich der Winkler und Stallpöner Bewegung reichten unsere Kollegen in Egidienhagen auch Forderungen ein, und zwar forderten sie zehnstündige Arbeitszeit und 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn für 1909 und 47 $\frac{1}{2}$ für 1910. Die Unternehmer zahlten zum Teil infolge der guten Konjunktur die verlangten Löhne, nur dem Vertragsabschluß wichen sie hartnäckig aus; vielleicht hatten sie die Absicht, in diesem Herbst wieder Wägen zu machen. Sobald ein Vertreter des Verbandes zu ihnen kam, waren die Herren nicht zu Hause. Deshalb stellten am 10. August die Kollegen beim Unternehmer Riep geschlossen die Arbeit ein. Jetzt war Herr Riep, den man in seinem Bureau am Tage zuvor gar nicht wußte, wenn er kommen würde, sofort zur Stelle und nach zwei Stunden war der Vertrag ohne Änderung unterzeichnet. Nunmehr bequeme sich auch Herr Riep zur Unterfertigung. Die Egidienhager Kollegen haben durch den Verband schöne Erfolge erzielt, wenn man bedenkt, daß vor drei Jahren noch 30 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gezahlt wurden. Hoffentlich vergehen sie dies nicht!

„Rache muß sein“, dachte jedenfalls die Firma Pianka in Lügen, über deren Verhältnisse wir in der letzten Nummer des „Grundstein“ anlässlich der von uns geführten Lohnbewegung berichteten. Den schnellen und glänzenden Erfolg unserer Kollegen konnten die Herren Pianka so leicht nicht verschmerzen. Um ihr Rachegefühl wenigstens einigermaßen zu befriedigen, maßregelten sie vier unserer tüchtigsten Mitglieder. Da sich die Firma weigerte, diese Kollegen wieder einzustellen, legten dieselben andere Mitglieder die Arbeit nieder. Durch Verhandlungen gelang es, die Wiedereinstellung sämtlicher Kollegen bis auf einen zu erzielen. Diesen einen Kollegen einzustellen, weigerte sich die Firma ganz entschieden, weil er der Bauverwaltung Mißstände bekannt gegeben hatte, die der Unternehmer und sein Polier verurteilt hatten. Die Verhandlungen fielen diesmal viel ruhiger aus als das erste mal, und es ist zu hoffen, daß die Pianka mit der Zeit sich auch anständige Manieren angewöhnen werden, wenn sie mit Arbeitern bzw. deren Vertretern verhandeln.

In Osterode i. Ostpr. hatten einige Unternehmer versucht, Kollegen deshalb aus der Arbeit zu drängen, weil sie vorher in ihren Geschäften tätig waren, es aber vorgezogen hatten, bei anderen Firmen Arbeit anzunehmen. Trat dieser Fall ein, so forderten die Unternehmer ihre Kollegen, bei denen die Maurer in Arbeit traten, einfach brieflich auf, die vorher in ihrem Geschäft tätig gewesen Leute sofort zu entlassen. Hierbei tat sich besonders der Unternehmer Glig hervor. Ein Protestschreiben unserer aus dem Arbeitgeberverband in Osterode hatte vollen Erfolg. Der Arbeitgeberverband entschuldigte sich wegen des Vorgehens seiner Mitglieder in diesem Falle und teilte mit, daß er den Herren ausgesprochen habe, solche Verstöße gegen den Tarif in Zukunft zu unterlassen. Eine andere Differenz im Raum an n. n. s. Geschäft, die zur Entlassung einiger Kollegen führte, ist ebenfalls durch unser Eingreifen erledigt worden. Alle entlassenen Kollegen sollten wieder eingestellt werden. Als aber am nächsten Morgen die Kollegen zur Arbeit kamen, fanden sie ihr Geschäft eingekerkert. Sie zogen daher die Krampe aus der Tür, um rechtzeitig in den Besitz des Handwerkszeuges zu kommen. Da der verschlossene Raum aber Herrn Neumann gehörte, nahm dieser das Vorgehen der Kollegen als willkommener Anlaß, nun sich um die Einstellung der betreffenden Kollegen herumzubringen. Einem Kollegen zahlte Neumann nicht den Tariflohn, sondern 8 oder 4 $\frac{1}{2}$ pro Stunde weniger, weil er durch ihn geschäftlichen Schaden gehabt haben will. Hoffentlich klärt das Gericht Herrn Neumann dahin auf, daß er auf solche Exzesse verzichten muß.

In Ratel besteht der Beschluß, daß im Afford nicht gearbeitet werden darf. Die Rateler Mitglieder richten sich alle nach ihrem Beschluß und weigern sich, Putzarbeiten im Afford auszuführen. Leider haben sich aus Bromberg einige Putzergesellen gefunden, die in Ratel im Afford putzen. Verhandlungen mit diesen Leuten verliefen resultatlos. Daß diese Putzer genötigt haben, daß in Ratel das Putzen im Afford nicht gestattet ist, geht schon daraus hervor, daß sie einen Brief vom Unternehmer Schumann vom 5. Juli d. J. vorgezeigt, in dem dem Bromberger ein Stundenlohn von 65 $\frac{1}{2}$ für Putzarbeiter im Tagelohn geboten wurde. Diese Mißbilligungsmittel sollten die betreffenden Bromberger Putzer unterlassen und sich ihren Handlungsweise, die sich gegen die Rateler Beschlässe richten, schämen. Vielleicht gelingt es den Rateler Kollegen noch, diese Leute über die Rateler Verhältnisse gründlich aufzuklären.

Gau Götting.

In Jauer gab in einer am 15. August abgehaltenen Versammlung der streikenden Kollege Pohner einen ausführlichen Bericht über die Lage des Streiks. Danach ist die Zahl der Streikbrecher auf 51 gestiegen, 80 davon sind italienisches Gesindel, das übrige ist aus dem Landkreis zusammengekauft. Von den 86 Streikenden ist während der 9 Wochen nicht ein einziger zum Betrüder geworden, was sehr anerkennenswert ist. Ist auch der Streik eine heilsame Lehre für die streikenden Arbeiter, so ist es unter solchen Umständen unmöglich, den Streik noch weiter zu führen, weshalb Pohner empfahl, den Streik zu beenden. Nach langer Debatte, in welcher der Mißverfall auf Konto der ausländischen Streikbrecher gesetzt und manches herbe Wort darüber gesagt wurde, beschloß die Versammlung, den Streik zu beenden. Die Unternehmer hatten in einem Schreiben eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit für das nächste Jahr zugesagt; doch ihnen soll gesagt sein, daß wir bei geeigneter Zeit wieder kommen. Zum Schluß führte Kollege Pohner aus: Wenn die Kollegen über den Ausgang des Kampfes mißmutig seien, so sei das sehr begreiflich, alle gedachten Opfer seien jedoch umsonst. Doch dürfen wir den Kopf nicht hängen lassen. Der Ausgang zeige die Schwächen, die innerhalb der Kollegen vorhanden sind und diese Mängel ausfüllen, die Indifferenzen auflösen und so die Organisation zu stärken, mehr Uebereinstimmung und Selbstbewußtsein, mehr Vertrauen in die eigene Kraft, dies müssen die Kollegen lernen, dann werden wir den nächsten Kampf besser führen können. Die gesamte Arbeiterbewegung sei trotz manchen verlorenen Kampfes groß geworden, ja verlorene Kämpfe schärfen den einzelnen Kollegen die Energie.

Gerade in Jauer konnte man sehen, daß es sich die Arbeitgeber ein schönes Stück Geld kosten lassen. Wenn es gälte, die Kollegen niederzutreten, zöge man doch den Italienern 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, während unsere beschwerte Forderung von 36 $\frac{1}{2}$ auf 40 $\frac{1}{2}$ nicht bewilligt würde. In einer Zeit, wo alle Lebensmittel und Wirtschaftsgüter teurer werden, ist diese Forderung sehr beschwerlich zu nennen. Wunders müßte man sich nur, wie bei solchen erbärmlichen Löhnen sich Menschen als Streikbrecherergeben können. Mehr empfahl den Kollegen, die Schnapsflaschen zu zerbrechen. Gerade während des Streiks konnte man beobachten, welche demoralisierende Wirkung der Dämon Fasel auf einige Kollegen ausübt. Das Geld, was man dadurch dem Staat und den Schnapsjunkern zuweist, kann im Interesse der Kollegen besseren Zwecken erfüllen. Nochmals, lasse keiner die Organisation fahren, jeder muß mehr als bisher tätig sein, damit der Sieg, den wir den Unternehmern verabsichtigt haben, das nächste Mal besser wiederholt werden kann.

Gau Hamburg.

Die Einigungsverhandlungen in Hamburg, die am 11. August fortgesetzt wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Das letzte Angebot der Unternehmer lautete: am 1. April 1909 eine Lohnerhöhung von 3 $\frac{1}{2}$ (daranzugesetzt, daß bei den allgemeinen Tarifverhandlungen im nächsten Jahre ein Vertrag zustande kommt), am 1. April 1912 eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$. Die Arbeitervertreter wiesen dies Angebot gleich in der Verhandlung zurück. Die Organisationen beschloßen darauf, in ihren Mitgliederbesammlungen, den Kampf mit größter Schärfe fortzuführen. Die Fliesenleger, die mit den anderen Nebenberufen die Arbeit wieder aufgenommen hatten, wie es am 4. August vereinbart worden war, stellten darauf die Arbeit am 13. August wieder ein. Am Tage nach den gescheiterten Verhandlungen lief bei den Zentralvorständen der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer ein Schreiben des Bundesvorstandes ein, worin dieser beantragte, die Einigungsverhandlungen über die Hamburger Bewegung wieder aufzunehmen und zwar in Berlin. Gegenwärtig wird dort verhandelt. Wenn uns das Ergebnis noch vor Schluß des Monats bekannt wird, werden wir es noch nachtragen.

In Bugtebude steht der Streik sehr günstig. Zwei Unternehmer haben die Forderung bewilligt. Die Aussperrten sind bis auf zwei Kollegen in Arbeit. Ein Teil der Kollegen arbeitet zu den neuen Bedingungen, ein anderer ist in der Umgebung beschäftigt. Alle Bemühungen der Unternehmer, die letzteren wieder aus der Arbeit zu bringen, sind vergeblich. Die Unternehmer in der Umgebung freuen sich, Arbeitskräfte zu haben. Leider hat ein Kollege die Arbeit als Streikbrecher aufgenommen; außer ihm arbeiten noch zwei Fliesenmeister als Streikbrecher.

Seit dem 15. Juli befinden sich die Maurer in Gernsörde-Worff im Streik. Die Unternehmer haben wie gewöhnlich schwarze Listen verfaßt und die Baumaterialienhändler haben die Materialsperrte verhängt, damit die Streikenden nicht für sich selbst arbeiten oder von Privatleuten beschäftigt werden können. Auf den Neubauten arbeiten die Lehrlinge unter Aufsicht und Mißbilligung der Meister und Poliere. Damit die Lehrlinge tüchtig werden, wird ihnen von den Unternehmern eine Vergütung gewährt. Auf einer Baustelle gab ihnen der Unternehmer M. 4, wofür sie nach Feierabend Steine tragen sollten. Ein anderer Meister legte den Lehrlingen je M. 3 auf die Woche zu. So wird die junge Arbeitskraft ausgebildet. Bis jetzt sind noch keine Streikbrecher vorhanden. Die Stimmung unter den Streikenden ist gut. Wenn der Krieg von Gernsörde-Worff ferngehalten wird, werden wir bald Sieger sein.

Im Zweigverein Ostfriesland forderten unsere Kollegen vor einigen Wochen von den Unternehmern, daß die Ostfriesischen Düwenstedt, Gotsbüttel, Tangstedt, Wader, Wulfsfelde und Wümmersfelde in Lohn und Arbeitszeit den Ostfriesischen Wohlthor und Ostfriesland gleichgestellt werden sollten. Die Arbeitszeit beträgt dort neunzehn Stunden, der Stundenlohn 60 $\frac{1}{2}$. In Wülfstedt soll der Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit 65 $\frac{1}{2}$ betragen. Die Forderung wurde bewilligt. Das bedeutet für die genannten Orte eine Lohnerhöhung von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und teilweise auch eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Gau Hannover.

Der „Mebermut“ unserer Goslarer Kollegen, wie sich die „Arbeiterzeitung“ so borniert ausdrückt, ist durch die jetzt fünf Wochen dauernde Aussperrung noch nicht gebrochen. Die Streikenden sowie die Aussperrten stehen außer einigen Wankelmütigen, gerade noch so tauffest, wie zu Beginn der Bewegung, und hoffen zuversichtlich auf eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes. Auch durch die Elemente, denen in den letzten Nummern unser „Grundstein“ so treffende Worte gewidmet sind, wird daran nichts geändert werden. Sie werden den Kampf wohl etwas verlängern, aber den Unternehmern zum Siege zu verhelfen, wird ihnen nicht gelingen und wenn sie 15 Stunden pro Tag arbeiten. 13 Stunden arbeiten diese Jubiläumsgesellen und solche, die es werden wollen, schon jetzt, von 1 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. O du heilige Einigkeit! Möchte man über diese Schmelze ausrufen, die da glauben, daß in einer dreizehnhündigen Arbeitszeit, wenn man sie dauernd einhält, mehr Arbeit geleistet würde als in einer zehnhündigen. Ueberhaupt, wenn Dummheit Schmerzen verursacht, könnte mancher nachts nicht schlafen, und man möchte es, fast können, wenigstens im Interesse unserer Arbeitswilligen, dann käme ihnen ihre ganze Borniertheit und Unbegrifflichkeit wohl eher zum Bewußtsein. Denn anders kann man es nicht nennen, wenn Leute, die vor vier Jahren 16 Wochen um eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung gekämpft haben, jetzt tagtäglich 13 Stunden schuften. An diesen Kollegen, die zum größten Teil organisiert gewesen sind, ist die Auffassung der Organisation spurlos vorübergegangen. Gegen ihre Kraft ist leider kein andres Kraut gewachsen als höchstens Weidhorsteden. Bei den meisten unserer Kollegen ist aber zu unserer Genugung die erzieherische Wirkung einer längeren Organisationsangehörigkeit besser. Das beweist das musterhafte Verhalten der Streikenden am Orte sowie auch der Abgereizten, die sich durch keine Beeinflussung haben lassen und ohne Murren auf ihre Familienleben verzichtet und sich anderweitig Arbeit gesucht haben. An diese Kollegen, die fern von hier und wohl oft an die Schneiseberge denken werden, richten wir die Bitte: Denkt

an die traurigen Lohnverhältnisse, die hier herrschen und an die besseren in den Orten, wo ihr gerade jetzt beschäftigt seid, denkt an die lange Arbeitslosigkeit, wie wir sie hier in den schönen Gärten so oft haben, und denkt daran, daß uns die Unternehmer freiwillig nicht einen Pfennig mehr Lohn geben, daß wir das, was uns infolge der fortwährend steigenden Lebensmittelpreise so dringend noch tut, erkaufen müssen. Denn selbst solches Mitgefühl mit den Arbeitern, die ihnen jahrelang ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt und sie zu wohlhabenden Leuten gemacht haben, mit ihnen über ihr so notwendiges Verlangen nach etwas mehr Lohn zu verhandeln, besitzen diese Herren nicht. Das haben dieselben abermals bewiesen durch ein Antwortschreiben, das die Streikleitung auf eine Anfrage erhielt, die diese auf Anregung einiger Unternehmer an den Vorstand des Unternehmerverbandes richtete. In dieser Eingabe wurde den Unternehmern mitgeteilt, daß wir bereit seien, die beiden verhängten Sperren aufzuheben, wenn die Auspörsung seitens der Unternehmer ebenfalls zurückgenommen und im Anschluß hieran über eine Lohnverhöhung verhandelt werden würde. Als Antwort lief folgendes Schreiben des Vorstands der Unternehmer ein: „Im Besitz Ihres wertvollen Schreibens vom 5. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir bei unserm Beschluß, den Sie seinerzeit von uns erhalten haben, beharren müssen, und halten deshalb eine Verhandlung für zwecklos. J. A. des Arbeitgeberverbandes: A. Rön, Vorsitzender.“ Also bedingungslose Aufnahme der Arbeit, trotzdem die Unternehmer doch bereit sein sollten, daß die angebotene und ausgeführte Auspörsung der übrigen Bauarbeiter uns absolut nicht beeinflussen kann, um so mehr, da die Auspörsung der Zimmerer ein vollständiger Aufbruch gewesen ist. Die Zimmerer arbeiten sämtlich, ebenso arbeiten die Bauhilfsarbeiter zum größten Teil, während die Dachbeder nur noch fünf Streikende am Orte haben. Es ist bezeichnend, daß die Schmarmauer im hiesigen Arbeitgeberverband überhaupt nicht zu Verhandlungen bereit sind. Mögen sich die vernünftigeren Unternehmer bei ihnen bedenken, die durch ihre Streikfähigkeit so schwere wirtschaftliche Schädigungen heraufbeschwören; daß sie ihnen gelingt, unsere Organisation zu vernichten? Das wird ihnen nicht gelingen. Was unter so schweren Verhältnissen gegündet und ausgebaut ist, was in zwölfjähriger mühseliger Arbeit gefestigt und sich in dem 16. Wochen langen erfolgreichen Kampfe im Jahre 1905 gut bewährt hat, das wird ein Unternehmerverband Goslars nicht zertrümmern! An die Kollegen, die in der Fremde sind, richten wir nochmals die wohl nicht vergebliche Bitte, auszuhalten. Wir hier am Orte geben euch, Kollegen, das Versprechen, daß wir alles daran setzen werden, als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen, damit die Opfer, die ihr der Gesamtheit bringt, nicht vergeblich sein sollen.

Gau Leipzig.

Der Streik in **Erfenberg** ging, wie wir von dort berichtet wird, sehr schnell zu Ende. Auf Vorstellwerden der Lohnkommission erklärten sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit, die dann am 9. August ausfiel. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeitszeit beträgt im Jahre 1909 neunundsechzig Stunden und vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 zehn Stunden. Der Stundenlohn beträgt bei Aufnahme der Arbeit 39.4, am 1. September steigt er auf 40.4, am 1. Oktober auf 42.4 und am 1. April 1910 auf 43.4. Bei Ueberlandarbeit tritt ein Zuschlag von 2.4 pro Stunde ein. Aufgeregungsbüchlein werden nach besonderer Vereinbarung begütet. In der am 10. August abgehaltenen Versammlung stimmten unsere Kollegen diesen Bedingungen mit großer Majorität zu, so daß die Arbeit am 12. August wieder aufgenommen werden konnte. Wenn das Ergebnis nun auch nicht alle Kollegen voll befriedigt, so haben wir durch unsere Einmütigkeit in kurzer Zeit einen schönen Sieg errufen.

Gau Nürnberg.

In **Forsheim** haben unsere Kollegen den Unternehmern eine Lohnforderung eingereicht. Verlangt wird ein Stundenlohn von 40.4; außerdem werden Zuschläge für Ueberlandarbeit, Nacht-, Sonntags-, Feuerungs-, Wasser- und Ueberlandarbeit gefordert. Ferner mußte verlangt werden, daß die Arbeiterlohnbestimmungen auf den Bauteil besser durchgeführt werden. Bis zum 22. August haben unsere Kollegen um Rückabfertigung gebittet.

In **Erlangen** beschäftigte sich eine am 8. August abgehaltene Versammlung mit den Tariffragen der Firma Kräger-Fordheim. Diese Firma führt zuerst hier den Neubau einer Ueberlandzentrale aus, zählt aber den für Erlangen günstigen Tariflohn nicht, sondern erklärt, sie beschäfige keine Erlanger Leute, sondern nur solche aus Forsheim, die den Erlanger Lohn nicht beanspruchen könnten. Die Angelegenheit wurde dem Arbeiterverband übermietet und verlangt, daß sie im Laufe der Woche im Sinne unsres Antrages erledigt werde, andernfalls gegen Kräger in anderer Weise Stellung genommen werden soll.

Gau Stettin.

Der Streik in **Pyritz** ist mit teilweiseм Erfolg beendet worden. Der geforderte Lohn von 40.4 bei Arbeiten in der Stadt und 43.4 über Land wird von den meisten Unternehmern gegahst. Der Unternehmer Hansen beschäftigt allerdings nur Streikbrecher. Damit wird er zwar eine Weile auskommen, aber zuletzt wird er sich doch noch mit uns abfinden müssen. Die anderen Unternehmer, die den Lohn nicht anerkennen, befinden sich in West- und Berg, haben wenig Arbeit. Die Schuld daran, daß wir nicht völlig durchgekommen sind, tragen die Streikbrecher, wozu auch 13 frühere Verbandsmitglieder sind.

Opfer des Lohnkampfes.

Gegenwärtig arbeiten die Behörden des Klassenstaates wieder so eifrig, daß die Unternehmer gewiß ihre helle Freude daran haben werden. Es wird die Kollegen nicht wundern, zu hören, daß sich in **Forsheim** dabei ganz besonders hervorhat. Dort hat sich die Polizei durch das Mitgelassen und die Lügen der Unternehmer und einer ihnen willigen Presse so rasend machen lassen, daß sie auf Anzeigen irgendwelcher Jagdbunden hin gleich eine ganze Anzahl Streikende verhaftet. Es braucht nur

irgend ein Sonnenbruder zur Polizei zu gehen und ihr irgend ein Märchen aufzuspielen, so genügt das, um Streikende ihrer Freiheit zu berauben. Der Bericht der Pforzheimer Polizei vom 13. und 14. August lautet:

Verhaftet wurden der streikende Maurer unter der Beschuldigung, den Maurer Georg Jacob Heilmann, der seine Arbeit ausgegeben und nach seiner Heimat Freiburg abreisen wollte, als er sich zur Empfangnahme seines Reisegeldes in das Streiklokal „Wirtshaus zum Tivoli“ begab, in genannter Wirtshaus gemeinschaftlich auf die größte Wiese mißhandelt zu haben. Während Heilmann auf sein Reisegeld im „Tivoli“ wartete, wurde er zunächst mit allen möglichen Schimpfwörtern beleidigt und unter das Kinn gestochen, sodann fielen mehrere über ihn her, stießen und schlugen nach ihm mit Stöhlen. Auf seinen Hilferuf wurde ihm die Gurgel zugegriffen und geschrien: „Sei still, schrei nicht, raus mit ihm ins hintere Zimmer.“ Dort wurde er auf den Boden geworfen, ihm die Kehle zugegriffen und auf ihn gekniet.

So ist der Fall in Polizeibeschuldigung. Unsere Streikleitung schilbert ihn öffentlich so:

Wittmoos, den 11. August, nachmittags 5 Uhr, kommt ein Mann in das Gasthaus zum „Tivoli“ und fragt nach längerem Verweilen nach dem Vorstand des Maurerverbandes. Er wird hierauf von einem Kollegen ins Streiklokal geführt, wo er mitteilt, daß er bei W. Goldmann aufgefordert habe. Es wurde ihm gesagt, er solle morgen kommen, wenn der Streikleiter da sei. Der betreffende „Maurer“ blieb nun noch mehrere Stunden in der Wirtshaus, ohne daß ihm auch nur ein Haar gekrümmt wurde; im Gegenteil, unsere Kollegen saßen am selben Tische und diskutierten in der friedlichsten Weise.

Donnerstag vormittag kommt der Betreffende ins Streiklokal und zwar wieder freiwillig, ohne jede Begleitung. Nachdem der Streikleiter von seinen Kollegen über die Unterredung am Wittmoos informiert war, fragte derselbe den „Maurer“, was er wolle. Die Antwort war: „Es hat sich nun so gegeben; ich gehe wieder fort, brauche aber Geld dazu.“ Dem Streikleiter wurde ihm bedeutet, daß wir ihn nicht hierher geholt hätten; wenn er wegen seiner Unaufrichtigkeit als Maurer entlassen worden sei und nun wieder von Pforzheim fort wolle, wir wollten ihn dabei nicht halten, hätten aber gar keine Veranlassung, Geld zur Rückreise zu geben. Nun sagte der Mann mehrmals in heillosen freiem Ton: „Ich muß Geld haben, gebt mir Geld!“ Dieses erpresserische Benehmen war einem — und nicht zwölf — Streikenden doch schließlich zu hant und was menschlich begreiflich ist, der Mann erhielt für seine Unverschämtheit ein paar Backen. Nun heulte der Mensch wie ein kleines Kind und lief auf die Straße. Darauf große Mägia durch Schaulente und Fahndungsmannschaft mit Polizeihänden. Wo sich ein Streikender erblicken ließ, wurde er auf die Rathauswache geschleppt. Bei der Konfrontierung beglückte der Mann mit unerhöhrter Dreistigkeit, mehrere Streikende ihn geschlagen zu haben, welche zu der Zeit gar nicht im Streiklokal waren und sofort ihr Alibi nachweisen konnten. Und obwohl der Streikleiter auf der Wache erklärte, daß es Unschuldische sind, die verhaftet wurden, erfolgte deren Freilassung nicht, sondern sie wurden ins Amtsgefängnis überbracht. — Das ist der wahre Sachverhalt und alles andre in dem Artikel ist erfunden.

Wir bemerken noch, daß der freche Dursche die Polizei und uns angelogen hat. Er ist von uns nicht aufgefordert worden, die Arbeit niederzulegen, sondern dem Unternehmer wegen Unfähigkeit entlassen worden. Der Polizei sagte, daß er keine 30.4 pro Stunde verdient habe und wäre der Meister nicht auf dem Plage gewesen, dann hätte er vor seiner Entlassung wegen seines freien Benehmens noch Schläge bekommen.

Da sieht man, wie es gemacht wird. Es stehen sich noch eifrig Spalten mit Berichten über die Selbsttaten der Pforzheimer Polizei fällen; da aber unser dortiges Parteiblatt, die „Freie Presse“, den Kampf gegen die rasende Behörde mit Eifer und Geschick führt, so genüge die Feststellung, daß eine solche Haltung der Behörden seit den Wäntagen des sächsischen Systems und seit der Handhaberei in Breslau noch nicht wieder dagewesen ist. Es blieb dem „Mutterlande“ Baden vorbehalten, mit den Leistungen in Pforzheim wieder einen Rekord aufzustellen. Bis jetzt sind in Pforzheim mehr als 300 Tage Gefängnis gegen Streikende ausgesprochen worden. Der Vorsitzende des Zweigvereins, Kollege Bernward, hat davon allein 41 Tage, gegen einen Strafbefehl von fünf Tagen schwebt noch die Verurteilung. Bei einem Ausfall vor einem Streikbrecherquartier hat man mehr als ein Duzend Leute verhaftet. Die ganze Geschichte war sehr harmlos, bis die Polizei dazwischen kam; diese brachte dann richtig mit ihrem bewährten Geschick den von den Arbeiterfeinden gewünschten Ausfall und Kumult zusammen.

In **Landeshut** i. Schlesien wurden zwei Maurer und ein Bauhilfsarbeiter zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Man beschuldigte sie, einem Lehrlinge, der bei einem streikenden Unternehmer arbeitete, das Handwerkszeug weggenommen zu haben. Die drei beteuerten ihre Unschuld, und keiner ihrer Kollegen glaubt, daß sie schuldig sind, aber das Schöffengericht beurteilte sie doch. So arbeiten die Behörden des Klassenstaates, um unser Streben nach Verbesserung der Existenzbedingungen wirkungslos zu machen. Das Wesen der deutschen Sozialpolitik stellt sich jetzt so dar:

Wenn bei Krisenzeiten Hunderttausende erwerbslos sind, so rührt sich keine Hand, um ihnen zu helfen. Dagegen finden sich Regierung und Junker und Paffen zusammen, um die Lebensmittel der Klassen mit unerhöhrten Steuern zu belasten. Wenn dann die Arbeiter zu dem einzigen Rettungsmittel greifen und Erhöhung ihrer Löhne erstreben, so wisst sich ihnen der Klassenstaat mit seinen Machtmitteln entgegen; Gerichte und Militär müssen so dafür sorgen, daß die Auspörsung des Volkes durch nichts gestört und gehindert wird.

Die Opfer der Lohnkämpfe mögen sich trösten, daß sich an ihnen das wahre Wesen der heutigen Herrschaft in aller Klarheit zeigt.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Arbeitslosgängigkeit. Die Zusammenstellungsformulare zur Aufnahme der Arbeitslosgängigkeit am 28. August werden in dieser Woche versandt. Zweigvereinsvorstände, die bis Montag, den 23. August, nicht im Besitz der Formulare sind, wollen dies gefälligst umgehend an den Verbandsvorstand melden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 8. bis 14. August für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn: Entf. Hamburg (Frank), Verh. Nr. 200 611; Sonny Habenberg - Hamburg, 202 824; Dupont, Volkmann - Freiburg i. Breisgau, 229 518; Anzofius Probst - Berlin, 258 964; Paul Maas - Hannover b. S. (Frank), 76 852; August Köhler - Rostock, 213 879; Carl Reich - Breslau, 16 496; Heinrich Reimer - Frankfurt a. M. (Frank), 24 239; G. H. St. - Minden i. W., 24 4284; Heinrich Brach - Hintersee, 52 828; Friedr. Philipp - Dresden, 134 001; Georg Wagner - Straßburg i. El., 302 486; Georg Minn - Straßburg i. El., 376 666; Martin Degenhardt - Posen (Frank), 44 282; Aug. Henning - Weidenhofen, 37 673; Joh. Habraba - Weiz (Frank), 414 296; Chr. Erlen - Hensburg (Frank), 68 307; Joh. Spitzbarth - Weidenhofen i. S., 96 499; Moritz Wittig - Döbeln (Frank), 223 153; Ludw. Güter-Minden, 228 345; Karl Fröhlich - Berlin, 503 116; Emil Wukow - Berlin, 6711; Herrn: Wolke - Frankfurt a. d. O., 68 948; Paul Schirmer - Langenfelz (Frank), 228 412; R. Lautenbach - Gaimmer, 32 404; Ed. Dengel - Frankfurt a. M., 20 197; Joh. Schmidt - Wittenburg (Frank), 848 510; Frz. Krüger - Wittenburg (Frank), 152 810.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Weidenhofen 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 8. bis 14. August 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Altenburg M. 600, Alstedt i. Thür. 82.20, Barß i. Rom. 80, Bernau 400, Böhme 88.80, Braunshweig 800, Brandis 100, Bremerhaven 800, Bromberg 600, Bitow i. Rom. 38.32, Chemnitz 800, Cöslin 300, Cöthitz 1.85, Gommersdorf 898.26, Danzig — 60, Donauwörth 60, Düsseldorf 1200.79, Eisenach 200, Eisleben 160, Eßling 600, Eßnerwerba 38.73, Erfurt 897.05, Gadenburg 120, Fürstentum a. d. Spree 195, Glogau 250, Göttingen 800, Grauburg 500, Gredemühl 150, Grünberg i. Schles. 300, Gummersbach 48.45, GutsMuths 41.44, Hildesheim 200, Hohenstein-Ernstthal 100, Jena 26.24, Kitz an der Nahe 18.42, König 90, Naumburg a. d. W. (vom Streik zurückgekehrt) 246.95, Osterode 2.40, Rumburg 1.86, Markranstätt 200, Melbör 183.31, Mühlentel 11.48, Mühlhausen i. Elb. 350, Oßack 100, Osnabrück 28.31, Osterburg 98.75, Pegau 160, Pinnerberg 820.08, Pleß i. Oberh. 59.60, Potsdam 1200, Sarsfeld 150, Schwerin i. Mecklenb. 400, Schöppnitz 40, Seehausen-Wangleben 100, Singen 5. Konstantz 40, Templin 4.75, Weihenfeld 300, Wollschütz 100, Würzen 400.

b) Für Futentale.

Ausgaben M. 1, Cöblenz 20, Fürstentum a. d. Spree 3, Pinnerberg 3, Siegen 13.

c) Für Protokolle.

Cöblenz M. 82, Cöslin 2, Kitz a. d. Nahe 1.

d) Für Kalender.

Cöblenz M. 200, Kitz a. d. Nahe 5.

e) Für Jahrbuch.

Cöblenz M. 3, Erfurt 2.50, Pinnerberg 1.50, Weihenfeld — 50.

f) „Die christliche Arbeiterbewegung“ von A. Erdmann.

Freib. M. 5.

g) Für Einband und Decken vom „Grundstein“.

Pinnerberg M. 4.19, Sarsfeld 1.10.

h) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.

Cöblenz M. — 75, Cöslin a. M. 72, Cöslin i. Rom. 7.50, Pinnerberg 4.50, Weihenfeld 7.50, Pforzheim 38, Pinnerberg 3.75, Norderh. 1.50, Templin 8.25.

i) Für Anzeigen im „Grundstein“.

Erfurt M. — 45.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Konrad Paulmann-Hannover (Verh. Nr. 82 809), Ernst Raskke - Berlin (6541), Wilh. Borg - Berlin (602 678), Richard Hoffmann - Berlin (489 660), Herrn: Friedr. - Wittenburg (28 380), Aug. Knapp-Gelsenkirchen (43 045), Wilh. Jandke-Muslangow 90 117, Karl Witz-Mannheim (352 182), Daniel Witz-Mannheim (426 398), Michel Schmidt-Elb. (123 428), Paul Witz-Mannheim i. B. (240 202), Franz Witz-Mannheim i. B. (322 592), Franz Streichardt-Erfurt (113 669), Herrn: Schögräber-Gommern (159 378), Georg Daub-Erlangen (427 219), Paul Maas-Breslau (147 888), Joh. Weddermann-Cöblenz (472 850), Franz Streichardt-Leipzig (158 282), Ed. Weitz-Leipzig (324 301), Franz Schwäger-Leipzig (325 828); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Karl Lehmann-Potsdam (469 830), Max Rime-Gemnitz (43 938), Josef Schäfer-Maden (3019), Aug. Moz-Straßburg (10 100), Martin Steinhäuser - Ravensburg (0 280 057).

Gefunden ist das Mitgliedsbuch Nr. 887 400 des Kollegen Peter Heep, geb. 31. Dezember 1875, eingetretten am 19. Oktober 1907 zu Remscheid.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Dresden: Julius Gruner (Verb.-Nr. 189 186), Robert Maltes (18 889), Gustav Mühlisch (134 277); Leipzig: Otto Schicht (85 718), Bernhard Tille (158 748), Arthur Schulze (37 464), Wilhelm Meißner in Trebnitz a. d. Elbe (104 831); Sebnitz: Max Hise (O4 281), Max Buttrich (439 121); Fichteblau i. Meditzsch: Hermann Schulz (159 208); Lehnitz: Friedrich Lehmann (82 970); Brandenburger a. d. Havel: Wilhelm Welter (55 312), Wilhelm Wiedow (55 386); Schönebeck: Heinrich Diekmann (99 181); Schwarzenberg: Franz Muth (546 501), Heinrich Muth (87 555); Solingen: Hermann Brühl (147 254); Solingen: Ernst Runge (291 394); Rößlin: Franz Nagel (61 405); Holzminde: Wilhelm Jakob (412 810), Hermann Schlüter (030 956), August Kümlein (030 963); Wilhelm Döber (036 018); Wilhelm Schaben: Gero Münterwar (107 477), Friedrich Wachtendorf (Karten-Nr. 32 462); Weidenfels: August Weisler (236 207), Hugo Pollmayer (488 202), Otto Noke (33 595).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Coburg: Martin Scheidel, geboren am 4. Februar 1890 zu Mögeldorf (Verb.-Nr. 304 539); Jechow: Walter Köhler, geboren am 27. Januar 1891 zu Schütters (Karten-Nr. 9764); Robert Wiedemann, geboren am 18. März 1885 zu Götting (Verb.-Nr. 164 290).

Um Angabe ihrer Adresse werden ersucht vom Zweigverein Götting: Heinrich Harms (Verb.-Nr. 303 421); Duisburg: Franz Dehne, geboren am 3. März 1865 zu Pieschen (Verb.-Nr. 176 899); Apolda: Otto Götlin, geboren am 7. Dezember 1889 zu Apolda.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Verichte.

(Verichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Ungetreue Kassierer.

Wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern wurde der frühere Einkassierer der Zählstelle Oberhaib, **Johann Benedikt**, zu vier Wochen, seine Frau wegen Beihilfe zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Burgkardt. In der am 8. August stattgefundenen Versammlung gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, gegen die Einträge nicht erhoben wurden. Die Mitgliederzahl betrug 270. Hierauf wurden die miserablen Bau- und Wundenverhältnisse kritisiert. In sieben Monaten hat die Berufsorganisation nur einmal eine teilweise Kontrolle vorgenommen. Es wurde betont, daß es die Pflicht der Kollegen ist, die Mängel nach Möglichkeit selbst abzuheben. Gegen den Unternehmer Wölzel soll, wenn sich bei ihm die Verhältnisse nicht bessern, die Berufsorganisation Anzeige erstatten werden. Dann wurde beschlossen, das Wort „Werben und Vergehen“ für die Bibliothek zu beschaffen. Dabei wurde betont, daß die reichhaltige Bibliothek von den Kollegen immer noch mehr benutzt werden könnte. Der Stadtrat soll ersucht werden, dem Mangel an Trinkwasser auf den Bauten abzuheben. Das unpolitische Verhalten einiger organisierter Kollegen auf dem Bau wehrt wurde kritisiert und schließlich wurde noch beschlossen, am 10. Oktober das vierzehnte Stiftungsfest abzuhalten, das zugleich ein Abschiedsfest für die Kollegen sein soll, die auf mehrere Jahre aus unseren Reihen gerissen werden. Der Besuch der Versammlung ließ leider viel zu wünschen übrig.

Crefeld. Am 8. August fand im Neuenhofen Lokal die vierteljährliche Generalversammlung des Zweigvereins statt, zu der Delegierte aus dem ganzen Zweigvereinsgebiet erschienen waren. Der vom Kassierer erstattete Kassenericht vom zweiten Quartal zeigte trotz der schlechten Bau-tätigkeit gegen denjenigen des vorigen Jahres Fortschritt. Es wurden 79 neue Mitglieder aufgenommen, 2368. Beitrags- und 434 Arbeitslosenmarken an die Kollegen ver-
abfolgt. Die Mitgliederzahl beträgt 808. Für Streiks wurden 2949,36 und für Krankenunterstützung 125,38 verausgabt. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 4299,66, die Ausgabe 4169,90. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1055,84 und eine Ausgabe von 1045,67, so daß ein Kassensaldo von 11,17 verbleibt. Bezüglich der Mitgliederzahl wurde bemerkt, daß diese größer sein würde, wenn die Bautätigkeit besser wäre. Ein großer Teil hiesiger Kollegen ist gezwungen, auswärts und in anderen Berufen zu arbeiten, und fremde Kollegen auf Antrag der Kollegen einstimmig Entlassung erteilt. Der Inhalt der über die eingekündigte Agitation gemachten Ausführungen war, daß jeder Kollege unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen das denkbar Mögliche in Auf-
klärung und Zuführung neuer Mitglieder leisten müsse, damit wir im nächsten Frühjahr dem angekündigten Vor-
lage seien, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ver-
bessern. Die Kleinarbeit der Kollegen zur Werbung neuer Mitglieder, die besonders auf den Bauweisen, dem Nach-
haube und in den Wohnungen der noch indifferenten
Kollegen rege betrieben werden muß, soll durch Agitations-
versammlungen unterstützt werden. Der Kollege Stöl-
Stuttgart wird in diesen Versammlungen als Referent er-

scheinen. Der Antrag der Zählstelle Crefeld, die Gesamt-
einnahmen der Zählstellen an die Zweigvereinskasse abzu-
führen, wofür diese sämtliche Ausgaben bestreiten soll,
wurde bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.
Ein weiterer Antrag, die Hilfskassierentanteile von 2 1/2
für jede verkaufte Beitragsmarke auf 5 zu erhöhen,
wurde abgelehnt. Beim Hauptvorstand war von der Section
der Hieslerler beantragt worden, die Hieslerler Peter
Korting, Gustav Korte-Crefeld und Remm-Vorstand aus dem
Verbande auszuscheiden, weil sie Arbeiten unter Tarif
ausführten und Überstunden in großer Zahl machten.
Die Untersuchung dieser Sache hat ergeben, daß die Ge-
nannten sich grobe Verstöße gegen die Organisation zu
schulden kommen ließen. Während Remm und noch ein
anderer Teilnehmer wegen rückständiger Beiträge schon ge-
strichen waren und Gustav Korte im Schuldverhältnis
seinen Austritt erklärte, blieb Korting trotz mehrfacher
Aufforderung den Sitzungen fern und wurde einstimmig
ausgeschlossen. Das Verhalten aller Beteiligten hat ge-
zeigt, daß sie schuldig waren, was bei Gustav Korte umso
schwerer bewertet werden muß, weil er 12 Jahre organi-
siert, 1 1/2 Jahr Beamter des Verbandes und 1/2 Jahr
Ökonom des Gewerkschaftshauses in Elberfeld war und
unser Lokalbeamten in schamloser Art behandelte. Alle
Kollegen werden ersucht, die Genannten demgemäß zu be-
handeln. Des weiteren wurde festgestellt, daß sich im
hiesigen Bezirk Streikbrecheragenten herumtrieben, die be-
strebt sind, besonders für Hamburg „Streikbrecher“ anzu-
werben. Allen Kollegen muß es Ehrenpflicht sein, diesen
Seelenverführern das Handwerk gründlich zu legen und
unsern Lokalbeamten Mitteilung zu machen, wenn solche
auftauchen sollten. Nach allgemeiner reger Diskussion
und nachdem der Vorsitzende die Delegierten noch aufgefordert
hatte, für strikte Befolgung der Weisungen und Stärkung der
Organisation Sorge zu tragen, wurde die Versammlung
geschlossen.

Dresden. Am 10. August fand im Kollekhaus eine
gut besuchte Versammlung statt, die sich zunächst nochmals
mit dem Ausschluß des Kollegen A. Preiß befaßte. Die
Versammlung ließ Gnade für Recht ergehen, so daß Preiß
vorläufig noch Verbandsmitglied bleibt. Anders erging
es dem Affordmurer und Kolonnenführer Bruno Claus-
Bachwitz, der von der Versammlung ausgeschlossen wurde.
Claus führte zu seiner Verteidigung an, er könne nicht
begreifen, warum er ausgeschlossen werden solle, er sei doch
kein Streikbrecher; Afford mache er nach wie vor, davon
lasse er sich nicht abbringen; viel Geld verdienen und nicht
abschinden, sei für ihn die Hauptfrage. Das erreichte er
durch Affordarbeit. Die Affordmurer O. Neumann, Dr.
Schubert und F. Strad wurden nach langer Debatte in
ihren lokalen Rechten (Invalidenunterstützung) auf fünf
Jahre zurückgesetzt. Den Affordmuren G. Böckel, W.
Kajon, W. Müller, E. Dimmler, G. Frick, E. Krug und
W. Bach wurde von der Versammlung eine Rüge erteilt.
Alle Diskussionsreihen beurteilten das Verhalten der
Affordmurer entschieden. Von einigen Rednern wurde
herborgehoben, man wolle in Dresden keine Berliner Zu-
stände einführen; mit den Affordmuren, die zum Teil
jahrelang in Berlin gewesen seien und jetzt hier ihr
Weesen treiben, dürfe man keine Gemeinschaft machen, son-
dern müsse sie ständig bekämpfen. Nach der Debatte über
die Abrechnung wurde auf Antrag des Kassierer Ent-
lassung erteilt. Des weiteren wurden bekannt gegeben,
daß vom 16. bis 21. August eine Statistik aufgenommen
wird. Am 21. Oktober findet im „Krisallpalast“ unser
Herbstvergügnen statt.

Duisburg. In dem Bericht in der vorigen Nummer
sind die Zahlen über die Mitgliederabrechnung ungenau, weshalb
wir sie hier nochmals wiedergeben. Es waren zu verzeichnen:
73 Neuaufnahmen (darunter fünf Lebertritte von den Christen)
und 56 Abmeldungen. Abgetreten, getrennt und ausgestre-
ten sind insgesamt 97 Kollegen. Die Mitgliederzahl stieg von
419 auf 451.

Erlangen. In unserm Zweigverein wurde seit etwa
zwei Jahren von einem Teil der Kollegen das Interesse
für die Organisation nicht so beachtet, wie man es von
Kollegen erwarten sollte, die sich viel auf ihre mehrjährige
Zugehörigkeit zum Verband und zur Arbeiterpartei zu
gute tun. In diesen Treiberen ist man sogar so weit
gegangen, daß man behauptete, der von den Kollegen vor-
genommenen zweifeln Jahren gewährte Vorrechte könne
sein Amt nicht befehlen, weil er im städtischen Gastwerk
beschäftigt sei und nicht auch jeden Winter, wie die anderen
Kollegen, feiern müsse. Dadurch, so wurde behauptet, habe
er die Fühlung mit den Kollegen verloren. Es ist klar, daß
eine solche Behauptung nur aus Neid und Haß aufgestellt
sein kann. Auch die am 8. August stattgefundene Mit-
gliederabrechnung mußte sich wieder mit einer solchen
Angelegenheit befassen. Leider waren aber jene wenigen
Kollegen, die die Anklage spielten, in der Versammlung
nicht erschienen. Dafür werden sie, wie gewöhnlich, nach-
träglich gegen die gefassten Beschlüsse zu Felde ziehen.
Anlaß zu der Versammlung gab ein Bericht in Nr. 28
des „Grundstein“, in dem gesagt wurde, Kollege Stöder
sei ein Stänker und sei zum Steinarbeiterverband über-
getreten. Diese Angelegenheit wurde, da sich Kollege
Stöder beim Verbandsvorstand über den Schlußsatz jenes
Berichts beklagte, in einer Beratungssitzung und der
Mitgliederabrechnung durch eine einstimmig gefasste Re-
solutions für erledigt erklärt, wobei die Mitgliederabrechnung
den Wunsch ausdrückte, daß damit alles für alle be-
teiligten Kollegen als erledigt betrachtet werden müsse,
andernfalls die einzelnen Kollegen oder aber die Mit-
gliederabrechnung ihre Konsequenzen ziehen müssen.
Die Resolution lautet: Die Mitgliederabrechnung vom 8.
August nimmt mit Bedauern Kenntnis von den fort-
gesetzten Fälschungen einzelner Kollegen untereinander und
erwartet von den in Frage kommenden Mitgliedern, daß
dieselben sich der schädigenden Wirkung solcher Fälschungen
für die Organisation endlich bewußt werden. Bezüglich
des Artikels in Nr. 28 des „Grundstein“ nimmt die Ver-
sammlung an, daß Kollege Stöder nicht immer einwandfrei
gehandelt und auch mehrmals mit dem Lebertritt zum
Steinarbeiterverband geübt hat. Jedemfalls hat er sich
Kollege Stöder insofern leichtfertig gehandelt, als er sich
nicht davon überzeugt hat, ob Kollege Stöder diesen aus-

gesprochenen Willen auch wirklich ausgeführt hat, was bis
heute noch nicht der Fall ist, weshalb Kollege Stöder den
Schlußsatz im genannten Artikel hätte weglassen müssen.
Auch die Redaktion des „Grundstein“ hätte wohl besser
gesehen, den Schlußsatz in diesem Bericht zu streichen, zumal
der Artikel im Manuskript mit dem Stempel des Zweig-
vereinsvorstandes nicht versehen war.

Frankfurt a. M. Die am 15. August abgehaltene Ge-
neralversammlung des Zweigvereins beschloß, für die Kämpfer
in Schwaben sofort 10.000 abzugeben. Eine Sammlung für
den gleichen Zweck unter den Delegierten ergab 80,80. Ferner
wurde zur eifrigen Sammlung auf die ausgegebenen Sammel-
listen in den Zählstellen aufgefordert.

Friedrichshafen. Hier sind durch fortgesetzten starken
Zug von Maurern recht unliebliche Verhältnisse eingetreten.
Die Arbeitsplätze sind überfüllt, was den Unternehmern Ver-
anlassung gibt, die ortsansässigen und für die Organisation
tätigen Kollegen bei jeder Gelegenheit zu entlassen. Auch andere
Unliebsamkeiten treten ein, die bei dieser Sachlage nicht gut
ändert werden können. Es ist deshalb an der Zeit, daß die
wandernden Kollegen Friedrichshafen, insbesondere die Bauten
des Bauvermeisters Freidigmann, bis auf weiteres meiden.

Penitz. Eine Beileidigungsfrage strengte der Vorsitzende
der Penitzer Maurer, Kollege Hermann Fischer, gegen den
Baumeister Kurt Behold-Penitz an. Behold beabsichtigte an-
tastlich einer kleinen bei ihm vorgekommenen Differenz den
Kollegen Fischer aufs gröslichste. Der Zweck, den der schimpf-
hafte Unternehmern verfolgte, war der, Fischer in den Augen
seiner Kollegen herabzusetzen. Das ist ihm aber vorbe-
gehalten. Kollege Fischer strengte gegen Behold Klage an,
die am 9. August vor dem Schöffengericht in Penitz zur
Verhandlung kam. Die Parteien einigten sich, Behold
bezahlt 5 Gulden und trägt sämtliche Kosten. Bei einer
zweiten Klage, die Fischer gegen Behold führt, lehnte letzterer
jede Vermittlungsversuch ab. Die Verhandlung findet
später statt. Den Unternehmern genügt es in ihrem Haß
noch nicht, daß Fischer von ihnen gemachregelt ist, sie suchen
ihn auf jede Art und Weise zu belästigen. Kollege Fischer
besteht auf das Vertrauen der Penitzer Maurer, und damit
müssen sich wohl oder übel auch die Unternehmern abfinden.

Plauen i. Vogtl. Am 4. August tagte im Gewerkschafts-
haus eine von 400 Kollegen besuchte öffentliche Mutter-
versammlung. Kollege Schürich referierte über die Verschmelzung
mit dem Bauhilfsarbeiterverband. In der Diskussion traten
Gegner der Verschmelzung nicht auf. Kollege Schürich be-
trug die Abrechnung vom zweiten Quartal. Der Zweigverein
zählt zur Zeit 880 Mitglieder, von denen 586 in Plauen wohnen,
während sich der Rest auf die unliegenden Ortschaften verteilt.
Auf Antrag der Redatoren wurde dem Kollegen Schürich
einstimmig Entlassung erteilt. Hierauf wurden zehn Kollegen,
die dem Unternehmern Streikbrecherdienste leisteten, aus der
Organisation ausgeschlossen. Dem Kollegen Stort aus Naun-
sach wurde eine Rüge erteilt, weil er während des Streiks
zwei Tage ohne Erlaubnis in Meßener gearbeitet hat. Der
Kollege Fischer, der früher mehrere Jahre Vertrauensmann der
Plauener Maurer war, bestrich während des Streiks als
Expedient des „Volksblatt“ eine Annonce an diese Zeitung,
durch die Maurer nach Plauen gelockt wurden. Die Annonce
wurde auch aufgenommen. Dieses Verhalten Fiskers wurde
heftig kritisiert. Eine weitere Klärung der Sache ist notwendig.
Vor Schluß der eingetragenen Versammlung unternahm es ein
Kollege, diese in recht fegehafter Weise zu führen. Sollte dies
öfter vorkommen, so werden wir geeignete Gegenmaßnahmen
zu treffen wissen.

Rosen. Eine am 12. August abgehaltene Mitglieder-
versammlung beschloß nach einem Referat des Kollegen B. Schül-
über den schwedischen Generalstreik, zur Unterstützung des am
Generalstreik Beteiligten sofort 100 aus der Lokalkasse abzu-
geben. Sollte der Streik längere Zeit dauern, dann sollen
weitere Mittel aufgebracht und abgeandt werden. Die Haupt-
kasse hatte im zweiten Quartal eine Einnahme und Ausgabe
von 3952,45, davon sind an die Hauptkasse 2040,55 ab-
gegeben worden. Die Lokalkasse hatte infolge des alten Beschlusses
von 2506,77 eine Einnahme von 3859,28 und eine Aus-
gabe von 1096,35, so daß am Quartalschluß ein Kassens-
saldo von 2762,93 verbleibt. Nach Erledigung einiger
Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Trieschenreuth. In einer am 8. August stattgefundenen
Maurerverammlung referierte Kollege Hoffmann-Watzen
über: „Die Gestaltung der Lohnkämpfe im Baugewerbe“.
Hierauf wurde aus den bisher zur Zählstelle Wittrich ge-
hörenden Kollegen ein Zweigverein gebildet. Die Wahl
des Vorstandes wurde gleich vorgenommen. Die Ver-
sammlung war leider nur schwach besucht. Es wird auch
hier Zeit, daß sich die Kollegen auftraffen, wenn sie nicht
wollen, daß ihnen die Unternehmern im Herbst Lohnabzüge
machen.

Tuchel. In der Versammlung am 8. August hielt Kollege
Guligowski einen kleinen Vortrag über das Leben und Wirken
unseres so früh verstorbenen Vorsitzenden, Kollegen Franz
Janzowski, dessen Andenken durch Erheben von den Sigen
geehrt wurde. Als Vortragenden wählte die Versammlung den
Kollegen August Schmelzer und als Stellvertreter Giesbach.
Nachdem noch die Mitglieder aufgefordert worden waren, ihre
Beiträge pünktlich zu zahlen, wurde die Versammlung mit einem
Stich auf den Verband geschlossen.

Werben. Die Versammlung am 4. August war leider
wieder nur von 30 Kollegen besucht. Der zweite Vor-
sitzende, Kollege R. Strahlen, wurde seines Postens ent-
setzt, weil er seit seiner Wahl noch keine Versammlung
besuchte. An seiner Stelle wurde Kollege Hans Schulte
gewählt. Kollege E. Weermann wurde als Kontrolleur
gewählt. Er soll allmonatlich die Bauten kontrollieren,
wofür er pro Tag 1/6 Entschädigung erhält. Die Zu-
stände auf den Bauten sind miserabel. Eine Kontrolle
ergab, daß auf elf Bauten kein Verbandstafel war. Die
Baubanden lassen größtenteils viel zu wünschen übrig. Auf
einem Bau ist der Abort in einem Zustand, daß er von den
Arbeitern nicht benutzt werden kann. Auf einem andern
Bau ist überhaupt kein Abort. Der Vorsitzende des Arbeit-
geberverbandes soll von den Mitgliedern in Kenntnis ge-
setzt und um Abhilfe ersucht werden. Werben die Unlie-
barmkeiten nicht beseitigt, wollen unsere Kollegen weitere Schritte
unternehmen.

Wittenberg. Am 4. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die verhältnismäßig schwach besucht war. Nach Verlesung des Protokolls und Bekanntgabe des Quartalsberichts wurden die Kollegen Bräy und Gigenhof zu Protokollkollektoren gewählt. Hierauf gab der Kassierer den Jahresbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M. 1210,86; die Einnahme der Sozialkasse inklusive Kassenbestand betrug M. 1822,76, die Ausgabe M. 168,20, so daß ein Bestand von M. 1154,56 verbleibt. Die Abrechnung unserer Kollegen Paul Poppe seitens der Firma Linger wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Weiter entspann sich eine lebhafte Debatte, die sich gegen das Ueberhandnehmen der Ueberstundenarbeit einzelner Kollegen beim Aufbäumen richtete. So wurde z. B. beim Unternehmern Raubig von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends in Afford gearbeitet. Außerdem gibt es noch einige Kollegen, die es nicht unterlassen können, Arbeiten in eigene Regie zu übernehmen und diese nach Feierabend fertigzustellen. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, in dem gesagt wird, daß Kollegen, die bei der Vorbereitung betroffen werden, oder die kleinere Ans- und Umbauten nach Feierabend in eigener Regie fertig stellen, vom Vorstand zunächst auf ihre verwerfliche Handlungsweise aufmerksam gemacht und aufgefordert werden sollen, derartige Arbeiten einzustellen. Wird diese Aufforderung nicht befolgt, so sind die Betroffenen aus der Organisation auszuschließen.

Wurzen. In einer am 6. August abgehaltenen maßig besuchten Versammlung hielt der Bauvorsteher einen maßig aufgenommenen Vortrag über die Vermählung mit dem Bauhilfsarbeitern. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom letzten Streit, deren Wichtigkeit die Vorstände betätigten. Zu der gegen den Kollegen Cox vorliegenden Beschwerde beschloß die Versammlung, dem Vorstand der Partei zu empfehlen, dem Cox sämtliche Ehrenämter zu entziehen, bis dessen Rechtfertigung erfolgt ist.

Wittenberg. In der am 11. August abgehaltenen Versammlung berichtete der Vorsitzende über die bei dem Unternehmern Keller bestehenden Differenzen, über die am 15. Juli eine Sitzung der Schlichtungskommission entschieden hat. Keller hatte für Nacharbeit den im Tarif festgesetzten Zuschlag nicht bezahlt. Die Unternehmern stellten sich auf den Standpunkt, daß bei Verschärfung der Zuschlag in Wegfall komme. Eine Eingung kam dahin zustande, daß im Absatz 4 des Tarifs ein Zuschlag eingeschoben wird, der besagt, daß, wenn in geregelten Schichten gearbeitet wird, für Nacharbeit 5/8 Zuschlag pro Stunde gezahlt werden muß. Mit dieser Entscheidung der Schlichtungskommission erklärte sich die Versammlung einverstanden. Am 16. Juli legten die Kollegen am Neubau des Unternehmers Joine die Arbeit nieder, ohne sich erst an den Vertrauensmann zu wenden. Als Grund gaben sie schlechte Behandlung an. Der Vorstand kam nach einer Untersuchung zu dem Entschluß, die Sperre nicht gut zu heißen. Die Versammlung machte den Beschluß des Vorstandes zu dem übrigen und lehnte gleichzeitig den Antrag der Beteiligten auf Unterstützung ab. Hieran verlor der Kassierer einige Kollegen, die mit ihren Beiträgen sehr im Rückstand sind. Der Vorliegende forderte die Baudelegierten auf, diese Kollegen besser zu kontrollieren und sie an ihre Pflichten zu erinnern. Um das Baudelegierten zu heben, hat der Vorliegende Listen angefertigt, die bei den Baudelegierten zu benutzen sind. Weiter wurde beschlossen, am 22. August einen Ausflug in die Umgebung von Auerbach i. V. zu veranstalten. Mit einem Appell an die Anwesenden, kräftig für die Organisation zu arbeiten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schweizer.

Die „Baudelegierten“ berichtet, daß der Streit in Schweizer wegen der vielen Streikbrecher aufgehoben worden sei. Man versucht, die Schuld auf den Kollegen in die Schuhe zu schreiben. Daß ihre eigenen Führer durch ihre „schlaue“ Taktik den hereinfall verschuldet haben, verschweigt man hübsch. Wir haben in unserer ersten Notiz gleich mitgeteilt, daß schon in den ersten Tagen die Bauten von Streikbrechern besetzt waren. Wir sagten des ferneren, daß man den Bau von Gattner & Hennig sperre, um unsere Kollegen hinauszutreiben. Man hatte nicht die Absicht, die Sperre durchzuführen, und war sich von vornherein über den ungünstigen Verlauf des Kampfes klar; denn als der Leitung der Christen bekannt wurde, daß unsere Kollegen es abgelehnt hatten, sich an der Sperre zu beteiligen, hielt sie es nicht der Mühe wert, irgendwelche Schritte zu tun, um auch unsere Kollegen eines besseren zu belehren. Dies wurde in der gemeinschaftlichen Sitzung vom Kollegen Bömelburg ausdrücklich festgestellt. Weder die beiden Beamten der Christlichen in Wachen, noch der Bezirksleiter Range in Gelnhausen es für nötig zu versuchen, ob nicht unsere Kollegen trotzdem für die Sperre zu gewinnen seien. Also die Schuld, daß der Streit verloren gegangen ist, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß er ohne genügende Vorbereitung in Eile gesetzt worden ist. Und hingu kommt noch die weitgehende Mäßigkeit auf die Unternehmern schon bei der Auffstellung der Forderungen. Glaubt man etwa, daß die Arbeiter auf zum Kampfe haben, wenn dessen Objekt ganze 2 1/2 sein sollen? Der Streit ist verloren. Die christlichen Unternehmer werden sich über die Niederlage der christlichen Arbeiter freuen; diese mögen sich hierfür bei ihren Führern bedanken, denen ihr persönliches Empfinden über das Interesse der Gesamtkollektenschaft geht.

Aus den Einigungsämtern.

Das Einigungsamt Cöln hielt am 5. August eine Sitzung ab. Es erklärte sich damit einverstanden, daß dem Vorliegenden zwei unparteiische Beisitzer beigegeben werden, von denen je einer von den Unternehmern und Arbeitern bestimmt werden soll. Die Beisitzer dürfen keiner der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen angehören. Bezüglich der Beschwerde gegen den Vorsteher des Düsseldorf-Schlichtungskommission wegen Nichtübernahme einer Sitzung zur Verhandlung folgender Angelegenheiten: a) Ueberweisung der Arbeitszeit beim Bau des Elektrizitätswerkes Solihaußen (Firma Stöcker in Wipperfurth a. Rh.), b) Ueberweisung der Arbeitszeit an den Bauteil der Firma Gumann in Düsseldorf, entschied das Einigungsamt, daß die Schlichtungskommission über diese Angelegenheiten verhandeln muß, wie sie überhaupt bei Stellung von Anträgen unbedingte in Tätigkeit zu treten

haben; es sei denn, daß die fragliche Angelegenheit auf schriftlichem Wege geregelt und im Einverständnis beider Parteien als erledigt zu betrachten ist. — Der Streikfall Stöcker bei den Bahnbauten in Cöln-Süd und Rast wurde nach dem Bericht der Unterkommission als erledigt betrachtet. — Bezüglich des Sondervertrags der Firma Jansen in Düsseldorf wurde festgestellt, daß aus dem vom Vorliegenden des Düsseldorf-Arbeitsgeberverbandes eingehenden Korrespondenz nicht hervorgeht, ob Jansen im Jahre 1908 noch Mitglied des Verbandes war. Es soll hierüber nochmals angefragt werden. Insbesondere kommt es darauf an, ob Jansen für das Jahr 1908 noch Beiträge gezahlt hat und ob die Austrittserklärung vor dem 1. Oktober 1907 erfolgt ist.

Fliesenleger.

Berlin. Der Kampf um die Beseitigung der Subunternehmer geht seinem Ende entgegen. Mit Genehmigung kann konstatiert werden, daß es durch die Einmütigkeit der Fliesenleger und Hilfsarbeiter aller Organisationsgruppen gelungen ist, das gestellte Ziel zu erreichen. Die Firmen Gebr. Bogel, Schmollisch und Below, Sternberg (früher Schäffer), Wielski, Westphalens-Gesellschaft, Schachtel & Mellin und Kuhnle-Brandau haben mit den Organisationsvorständen einen Sondervertrag abgeschlossen, in dem sie sich verpflichten, die Subunternehmer zu entlassen und die während der Dauer des Tarifvertrages in den betreffenden Geschäften wieder als Werkmänner noch als Fliesenleger einzustellen. Am 4. August hatte sich auch das Gewerbegericht mit der Sache zu befassen. Die Firma Schachtel & Mellin hatte beantragt, die Sperren über die Arbeitsstellen ihrer drei Subunternehmer aufzuheben. Bei dieser Gelegenheit wurde von unsern Vertretern die Subunternehmerfrage aufgerollt und auch an dem Außerachtlassen der tariflichen Bestimmungen auf Seiten der Firmen scharfe Kritik geübt. Ein Vorschlag des Unternehmensvorstehers, zu gestatten, daß bis zur Beendigung des jetzt bestehenden Tarifvertrages Arbeiten an Subunternehmern vergeben werden dürfen, wurde unversiegt abgelehnt. Im Prinzip wurde man sich aber einig, bei den nächsten Tarifverhandlungen auf dieser Frage Stellung zu nehmen und in einem eventuellen neuen Tarif diese gestellte Bestimmungen aufzunehmen. Darauf erklärte sich die Firma Schachtel & Mellin bereit, ihre Subunternehmer zu entlassen sich auf einen, mit dem sie im Vertragsverhältnis steht. Mit Ablauf dieses Vertragsverhältnisses soll auch dieser entlassen werden. Es kommen nun noch sieben Subunternehmer in Frage, mit denen aber voraussichtlich in nächster Zeit ebenfalls aufgeräumt sein wird.

Flotierer und Steinholzleger.

Cöln. Wer sich als Ueingezeichnete der Sammelgüte und Schlafmütze der Kölner Flotierer und Steinholzleger betrachtet, der muß annehmen, die Verhältnisse in diesen Berufen wären hier glänzend und in die vielen Branchen beschäftigten Kollegen hätten es nicht nötig, sich zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinen. Leider ist dies nicht der Fall, sondern die Verhältnisse sind hier dergestalt, daß es Zeit wird, der organisierten Bauarbeiterschaft die Augen zu öffnen und um Mithilfe zu bitten im Kampf gegen Unterlohnigkeit und Schlafmütze. Der mit seltener Einmütigkeit geführte Streit der Kölner Flotierer im Jahre 1904 brachte den Kollegen eine Rohverhöhung von circa 80 pZ. Aber es dauerte viele sechs Monate, da waren dann der Sammelgüte der Flotierer die im Oktober 1904 dem Unternehmern durch festes Zusammenhalten abgerungenen Vorteile wieder verloren. Zwei der größten Firmen am Plage konnten es ungestraft wagen, den abgeschlossenen Tarif zu durchbrechen, die darin festgesetzten Minimalpreise in Klassenweise umzuwandeln und Abzüge bis zu M. 1,50 pro Tag zu machen. Im Laufe der Zeit sollte es noch schlimmer kommen. Bei dem weitläufigsten Teil der hiesigen Firmen wird heute wieder wie vor 10 bis 15 Jahren im Afford gearbeitet und wenn man die Lebensmittelpreise von heute und damals vergleicht, so kann man ruhig sagen, die Flotierer von heute stehen hier am Plage um 60 pZ. schlechter da, als vor zehn Jahren. Trotz alledem sind die Kollegen nicht von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen; sie geben den organisierten Kollegen mehrmals den Weg, damit ihnen nur ja keiner die traurigen Verhältnisse vor Augen führt. Am meisten haben sich hierüber die Flotierer der Firmen Welsch und Korfesinstraße (J. Kasse, Wöhring und Hegels & Co., Ehrenfeld, Benloerstraße, hervor, die teilweise zu Bedingungen arbeiten resp. arbeiten müssen, die jeder Beschreibung spotten. Wie appellieren daher durch den „Grundstein“ an alle organisierten Bauarbeiter Cölns und richten die Bitte an sie, überall da, wo sie mit Flotierern oder Steinholzlegern zusammentreffen, die sie nach ihrer Zugehörigkeit zur Organisation zu fragen. Beitrittsanmeldungen werden jeden Abend in unserer Verkehrsliste bei Jos. Müller, Cöln, Gahnerstraße 50, Telefon Nr. 1813, oder in unsern Versammlungen, die jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, im „Volkshaus“ stattfinden, entgegen genommen. Die nächste Versammlung findet am 29. August statt. Unsern Kollegen in Deutschland geben wir aufrichtig, sich folgende Namen gut ins Gedächtnis zu schreiben: Wegen unfolgsamen Verhaltens mußte ausgeschlossen werden der Fußbodenleger Math. Busch, wegen Streikbruchs beim Streit der Leipziger Steinholzleger der Beger August Platz aus Münden, geb. am 28. 11. 1850 zu Sigmaringen. Derselbe besitzt außer dem Verbandsbuch Nr. 1764 von unserm Verband noch ein Mitgliedsbuch vom Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und arbeitet zurzeit am Krankenhausneubau in Dürren (Rheinland) für die Leipziger Torgamentwerke.

Breslau.

Wie bereits in Nr. 32 kurz gemeldet wurde, beschloß die am 1. August abgehaltene Versammlung der Flotierer den Streit. Während die Firma Reinhold & Co. anfangs jede Verhandlung ablehnte, hat sich der Vertreter der Firma Jäger sehr genug ein, allerdings nur, um der Lohnkommission einen Vortrag über die „ungerechten“ Forderungen der Flotierer zu halten und die „unflar zu machen, daß auch die bescheidensten Forderungen in bittender Form eingereicht werden müßten. Nach Verlauf einer Stunde zog er, ohne etwas erreicht zu haben, wieder von dannen. In ihrer Erwartung auf Bezug fremder Flotierer erlebten die Unternehmern eine Enttäuschung. Bei der Firma Jäger & Sohn hatten sich zwar fünf Mann aus Berlin eingefunden, ließen sich aber, als sie vom Stand der Dinge unterrichtet wurden, dem Verbandsleiter

der Christlichen wieder nach Berlin zurückschicken. Bei der Firma Reinhold & Co. arbeiten zwei Streikbrecher, Hermann Drobner und Bunderlich mit Namen, die aber die Bewegung nicht aus Scheitern bringen können.

Aus einem kurz vor Verhandlungsschluß eingehenden Bericht geht hervor, daß sich die Zahl der „Arbeitswilligen“ vermehrt hat. Doch handelt es sich dabei um Leute, die nicht als perfekte Flotierer angesehen werden können. Arbeiter liegen in großer Menge vor, so daß die Flotierer keinen Grund haben, den Unternehmern weiter als bisher entgegenzukommen. Die Gesamtlage und die Kampfesstimmung der Kollegen bürden für eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes. Die meisten Arbeitswilligen kommen aus der Oberlausitz, besonders aus Cottbus. Wie appellieren an die dortigen Kollegen, weiteren Zuzug fernzuhalten. Der Kampf dauert fort.

Hannover. In der Versammlung am 14. August teilte der Vorsitzende zuerst mit, daß er an die Firma Kreiser & Klotzmann wegen Unternehmung unres Arbeitsnachweise geschrieben und die Firma zu einer Sitzung eingeladen habe, daß jedoch von der Firma keine Antwort darauf eingegangen sei. Weitere Maßnahmen in dieser Sache behalten wir uns vor. Die Entscheidung der Frage, ob wir zu dem schwebenden Generalstreik eine Unterstützung bewilligen könnten, mußte wegen der starken Arbeitslosigkeit vorläufig noch zurückgestellt werden. In diesem Jahre besonders stark hervortretende Arbeitslosigkeit wurde darauf zurückgeführt, daß infolge der schlechten Konjunktur fast überall der Afford wieder eingeführt ist, und daß dabei wohl auch wieder viele Ueberstunden gemacht werden. Es wurde deshalb empfohlen, die Bauten in dieser Hinsicht zu kontrollieren. Auch eruchten wir alle organisierten Arbeiter, uns darin zu unterstützen und uns vorkommendenfalls Mitteilung davon zugehen zu lassen. Ebenso eruchten wir, die Flotierer wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation mehr zu kontrollieren. Besonders scharf wurde der schlechte Versammlungsbesuch in der letzten Zeit kritisiert. Die Kollegen werden hiermit nochmals dringend ermahnt, regelmäßig in den Versammlungen zu erscheinen, ebenso aber auch in anderer Weise ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Hamburger Streikfrage ist für uns erledigt. Laut Beschluß fallen die Extrabeiträge mit dem Datum der Beendigung des Streiks fort. Die Wähler sind dementsprechend in Ordnung zu bringen. Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich dann über unsern Versammlungsbesuch vom 5. Juni, betreffend die Anregung zum Anschluß an einen größeren Verband. (Siehe Bericht in Nr. 24 des „Grundstein“.) Es wurde bedauert, daß bis jetzt noch keinerlei Äußerungen von anderer Seite dazu gemacht worden sind, und deshalb wurde von verschiedenen Seiten verlangt, diese Sache im „Grundstein“ nochmals anzuregen. Wir eruchten nun die Kollegen allerorts, Stellung dazu zu nehmen und ihre Ansicht darüber zu äußern. Selbstverständlich kann ein Beschluß erst auf der nächsten Konferenz gefaßt werden, auf jeden Fall ist es aber wohl angebracht, diese Frage schon vorher reiflich zu überlegen.

Ludwigshafen a. Rh. Am 8. August fand hier die regelmäßige Monatsversammlung der Flotierer statt, die nur mäßig besucht war. Da die Unterlohnigkeit besonders bei den bei der großen Weltfirma Grunigweg & Hartmann beschäftigten Kollegen seit ungefähr zwei Jahren immer mehr um sich gegriffen hat, beschäftigte man sich in der Versammlung hauptsächlich mit der Frage, wie man diesem Zustand am schnellsten abhelfen könnte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, zu Sonntag, 29. August eine Versammlung der Flotierer von Ludwigshafen und Mannheim einzuberufen. Den Mitgliedern wurde es zur Pflicht gemacht, überall unter den fernstehenden Kollegen eine rege Agitation zu entfalten, damit alle in dieser Versammlung erscheinen und endlich einmal mit dem bisherigen Schienbrian aufgeräumt wird und dem eine organisierte geschlossene Masse gegenübersteht. Nur dann wird wir imstande, den fortgesetzten Provokationen dieses Unternehmervereins, ein Baroli zu bieten und wieder bessere Zustände zu schaffen. Besonders aber appellieren wir nochmals an alle diejenigen Kollegen der Firma Grünigweg & Hartmann, die früher unsern Verband angehört, die sich dann aber durch allerbhand Verprechungen und wo dies nicht zog, durch Drohungen mit Mafregelungen usw. dazu verleiten ließen, unsern Fäbne untreu zu werden. Sie alle werden jetzt die Erfahrung gemacht haben, daß die gemachten Verprechungen von der Firma nicht erfüllt wurden, daß man aber auf jener Seite fortgesetzt bemüht ist, die früheren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschleiern. Darum, Kollegen, befinnt Euch wieder auf Eure Menschenwürde, laßt Euch von der Firma in Ludwigshafen fernern nicht weiter als Handlanger beugen, wenn es gilt, die den Kollegen zugemuteten Verschlechterungen anzuerkennen, wie in Hamburg, Dresden und andern Orten. Kollegen, denkt zurück an das Jahr 1905, als Ihr durch Euer mutiges und entschlossenes Eintreten in den Solidaritätsstreik zugunsten der Hamburger Kollegen den dortigen Vertreter, einen der größten Feinde unser Organisation, gezwungen habt, einzulenken, indem er nach achtwöchigen Kampf mit den dortigen Flotierern deren Forderungen anerkennen mußte. Erscheint nun alle Mann in der Versammlung am 29. August und tretet ein in unsere Reihen; denn geschlossen sind wir eine Macht.

Leipzig. Die Steinholzleger werden nochmals darauf hingewiesen, daß sich der Arbeitsnachweis beim Kollegen Richard Bartholomay, Groß-Ascher, Knauthainerstraße 53, 1. Et. befindet. Jeder arbeitslose Kollege hat sich dort eintragen zu lassen und allmählich einmal zur Kontrolle zu melden. Die Kontrollmeldung wird durch Stempel bestätigt. Wer die Kontrollmeldung unterläßt, hat den vollen Beitrag zu zahlen. Wer andre Arbeit oder von anderer Seite im Beruf Stellung erhält, hat dies ebenfalls umgehend zu melden.

Die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Steinholzleger war wieder sehr schwach besucht. Es scheint, als ob die Kollegen, nachdem der neue Sozialist für sie zu einem vorteilhaften Abschluß gebracht wurde, das hiesigen Interesse, das sie in letzter Zeit für die Organisation zeigten, nunmehr wieder verloren haben. Der Vorstand schloß diese Bäumele und hob hervor, daß wir noch nicht auf unsern Barockern ausruhen könnten. Es ist jetzt die erste Pflicht jedes Kollegen, rastlos mitzuarbeiten an dem weiteren Ausbau der Organisation, damit, wenn einmal die Notwendigkeit an uns heranträte, das bisher Erreungene zu verteidigen, wir jederzeit gerüstet dastehen. Zur Aufnahme in den Verband hatten sich sechs Kollegen gemeldet, die, da Einwendungen nicht erhoben worden, aufgenommen wurden. Nach Erledigung einiger Verbands-

angelegenheiten war Schluß der Versammlung. Die nächste Versammlung findet am 28. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus statt.

Internationale Maurerbewegung. Gewerkschaften der Maurer in Großbritannien.

II.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

Das Baugewerbe Englands ist seit mehreren Jahren von größeren Lohnbewegungen verhältnismäßig frei. Die Ursache hiervon ist auf der einen Seite in der anhaltenden geschäftlichen Depression zu suchen, die seit sechs bis sieben Jahren das ganze Gewerbe heimlich, auf der andern Seite mag das ziemlich vollständig ausgebaute System der Trade Conciliation and Arbitration Boards — der Einigungsämter — hierzu beigetragen haben. Die Zahl der von den amtlichen Statistik für das Jahr 1908 gemeldeten Streiks war 19 mit 2714 direkt beteiligten Arbeitern und 178 indirekt betroffenen, die infolge des Streiks nicht weiter arbeiten konnten. Die Dauer des Streiks (Arbeitszahl mit Streiktagen multipliziert) betrug 73 063 Arbeitstage, wozu noch 886 Tage kommen, die von Streiks gerührt, deren Beginn in das Vorjahr hineinreicht. Ein Unterschied zwischen Streiks und Aussperrungen wird in dem Bericht, der vor einigen Wochen im Druck erschienen ist, nicht gemacht; der Begriff Streikfall (dispute) deckt beide Arten von industriellen Störungen. In die Statistik sind alle diejenigen Fälle nicht aufgenommen, bei denen weniger als 10 Arbeiter beteiligt oder deren Dauer auf einen Tag begrenzt war, wenn die Zahl der verlorenen Arbeitstage nicht die Zahl 100 übersteigt. Wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist, ist die Zahl der Streikfälle die gleiche wie 1906, die kleinste in den letzten zehn Jahren. Die Zahl der beteiligten Arbeiter und der Umfang der Streiks sind zwar größer, als in den beiden Vorjahren, doch ist noch lange nicht der Durchschnitt des Jahrzehnts erreicht worden.

Jahr	Zahl der Streikfälle	Zahl der beteiligten Arbeiter			Umfang der Streikfälle in Arbeitstagen	
		direkt	indirekt	gesamt	Beginn im Jahre	Beginn im Vorjahr
1899	180	26780	3744	30524	852625	1582
1900	146	16278	2905	19183	700762	25864
1901	104	8864	933	9797	407552	167298
1902	39	4893	527	5396	94726	21185
1903	44	3313	850	3863	114371	—
1904	37	6419	2978	8697	345263	260
1905	31	6061	576	6637	412321	312
1906	19	1382	59	1441	46126	10075
1907	22	1158	72	1230	22983	145
1908	19	2714	178	2892	73063	856
Gesamt...	641	77798	11622	89415	3069781	227595

Von allen im Baugewerbe Beschäftigten Personen waren 1908 0,3 pSt. an Streiks und Aussperrungen beteiligt. Der Vergleich mit den Vorjahren ergibt folgendes Bild:

Jahr	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Beteiligung	8,1	1,9	0,9	0,5	0,3	0,8	0,6	0,1	0,1	0,3

Der Durchschnittssatz für die ganze Periode beträgt 0,9 pSt. Von den 19 Streikfällen im Baugewerbe entfielen auf die Maler allein 8, auf die Zimmerer und Tischler 4, auf die Maurer und Arbeiter 3, auf die Dachbeder 2 und auf die Kleingeräte 1. An einem andern Fall waren verschiedene Branchen beteiligt. Von diesen waren erfolgreich die Maurer und Zimmerer je einmal; ohne Erfolg: die Maler in 4, die Zimmerer in 2 Fällen und die übrigen in je einem Falle. Ein Kompromiß gingen ein die Maler einmal und die Maurer, Zimmerer und Dachbeder je einmal. Nach der Ursachen und Resultaten verteilen sich die Fälle in folgender Weise:

Hauptobjekt	Zahl der Streikfälle	Zahl der direkt beteiligten Arbeiter			Umfang der Streikfälle in Arbeitstagen	
		bei erfolgreichem Streik	bei erfolglosem Streik	bei Kompromiß	Beginn im Jahre	Beginn im Vorjahr
Für Lohn- erhöhung	13	—	678	1485	2163	54054
Um das Lohn- system	1	—	37	—	37	300
Lohn insgesamt..	14	—	715	1485	2200	54354
Arbeitsordnung, Verhaltensregeln	3	60	16	325	401	16870
Andere Ursachen:	2	13	100	—	113	1839
Gesamt...	19	73	831	1810	2714	73063

Von allen Streikfällen wurden 14 (73,7 pSt.) um Lohnfragen ausgetrieben. Die daran beteiligten Arbeiter umfaßten 81 pSt. der Gesamtzahl. Mit Ausnahme eines einzigen richteten sich alle Fälle auf Lohnforderungen; bei diesen mußten sich 69 pSt. der Arbeiter mit einem Kompromiß begnügen, 81 pSt. hatten nicht den geringsten Erfolg. In allem gerechnet, hatten nur 2,7 pSt. der Arbeiter vollen Erfolg, während 30,6 pSt. keinen Erfolg erzielten und 66,7 pSt. ein Kompromiß abschlossen.

Die Ziffer der in 1908 an den Erfolgen beteiligten Arbeiter ist die weitest niedrige aus dem vergangenen Jahrzehnt. Sie betrug:

Jahr	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
Beteiligung	41,1	28,6	23,2	40,0	26,7	14,1	13,3	4,6	35,4	2,6

8 Streikfälle (42,1 pSt.) mit 436 Arbeitern (16 pSt.) fanden ihre Erledigung durch direkte Abmachungen der Parteien oder ihrer Vertreter, 5 (26,3 pSt.) mit 1625 Arbeitern (59,9 pSt.) endeten durch Schiedsgerichtspräsident, 2 (10,6 pSt.) mit 550 Arbeitern (20,8 pSt.) durch Einigung oder sonstige Vermittlung. In einem Falle bei 14 beteiligten Arbeitern (5,2 resp. 0,5 pSt.)

mußten letztere, ohne Verhandlung die Arbeit beendigungslos wieder aufnehmen und in 3 Fällen (15,8 pSt.) mit 89 Arbeitern (3,3 pSt.) erfolgte die Beendigung durch Wiedereinstellung von Ausgeperrten.

Die obigen Ziffern lassen erkennen, wie stark die Streikbewegungen von dem Institut der Einigungsämter und Schiedsgerichte beeinflußt werden. Die Tätigkeit der händigen Trade-Boards nimmt in immer stärkerem Maße zu, als in allen andern Industrien. In den letzten zehn Jahren hat sich diese Entwicklung in folgender Weise vollzogen:

Jahr	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	Gesamt
Zahl der beteiligten Boards	7	11	9	7	7	9	10	20	20	18	—
Zahl der verhandelten Fälle	13	29	20	19	15	29	24	45	58	72	324
Zahl der von den Boards erledigten Fälle	9	23	13	11	10	13	22	33	47	44	225

¹ Einschließlich der durch die Streiks oder Aussperrungen verurteilten, die als mit nachfolgender Arbeitsleistung.

Die Zahl der verhandelten Streikfälle ist danach in 1908 die höchste bisher erreichte gewesen, während nur drei weniger, aber noch immer bedeutend mehr als in den Vorjahren, direkt beigelegt werden konnten. Die Hauptvermittlungstellen für Einigungsverhandlungen im Baugewerbe sind die zu dem National Scheme of Conciliation¹ gehörigen Boards und Ausschüsse. Diese Organisation ist im Jahre 1905 in Kraft getreten. Bis dahin trugen die Boards und Committees, mit Ausnahme des „National Board for Plumbers“, rein lokalen Charakter und erstreckten sich in den meisten Fällen nur auf einzelne Branchen. Die zu dem „National Scheme“² gehörenden Vereinigungen sind auf Unternehmenseite die National-Federation of Building Trade Employers³ und auf Seite der Arbeiter die Operative Bricklayers Society, Manchester Unity of Operative Bricklayers, Operative Stonemasons Friendly Society (Maurer) sowie die Amalgamated Society of Carpenters and Joiners, General Union of Carpenters and Joiners und die Associated Society of Carpenters and Joiners (Zimmerer). Diese sechs Trade-Unions umfassen nach der letzten amtlichen Statistik (für 1907) 44 193 Maurer (88,9 pSt. aller in Trade-Unions organisierten) und 66 455 Zimmerer (100 pSt. der im Innland organisierten), da die Amalgamated Carpenters über 14 000 Mitglieder im Ausland haben. Außer diesen drei bestehen nur noch zwei Trade-Unions der Zimmerer mit je 18 Mitgliedern. Unter diesem National-Scheme sind 1 National-Board, 4 Central-Boards und 56 Local-Boards und Committees gebildet worden, und zwar innerhalb Englands und Wales mit Ausnahme von London, wo für die verschiedenen Branchen eine Anzahl besonderer Boards existieren. Die erste Instanz für Streikfälle sind die lokalen Ausschüsse, bestehend aus Unternehmern und Vertretern der Arbeiter aus der beteiligten Branche. Wenn dieser Ausschuss zu keiner Übereinkunft kommen kann, wird die Sache vor das Local-Board of Conciliation verwiesen, das sich aus Unternehmern und Vertretern der örtlichen Gruppen zusammensetzt. Das „Scheme“⁴ angehörender Verbände zusammengefaßt. Scheitert die Einigung auch hier, so wird die Frage vor ein Central-Board gebracht, in dem je zwei Vertreter der einzelnen Trade-Unions und eine entsprechend gleiche Zahl von Unternehmern, gewählt von den einzelnen Föderationen des betreffenden „Centrums“, sitzen. Kann der Streit auch jetzt noch nicht beigelegt werden, so wird er vor das National-Board verwiesen, das sich aus 16 Unternehmern, gewählt durch die National-Federation of Building Trades Employers, und 16 Arbeitern, gewählt durch die General-Association of Operatives parties, zusammensetzt. Auf gegenseitiges Übereinkommen kann der Streikfall auch auf jeder Stufe vor ein Schiedsgericht verwiesen werden. Die Zahl der im Jahre 1908 vor die Boards des National-Scheme gebrachten Fälle war 41, von denen 22 lokal erledigt wurden; 9 Fälle kamen vor das Northern Centre-Board, die höhere Instanz für die Lokal-Boards in Northumberland, Durham, Yorkshire, Lancashire und Cheshire; 3 Fälle gingen vor das Midland Centre-Board; 1 Fall ging vor das South-Eastern Centre-Board; 4 Fälle wurden von den Centre-Boards vor das National-Board verwiesen.

Neben diesem National-Scheme existieren sowohl in England als auch in Schottland, wo das National-Scheme nicht vertreten ist, eine Anzahl von Lokal-Boards und Committees, für den Zweck der Beilegung irgendwelcher Streitigkeiten, die zwischen Unternehmern und Arbeitern entstehen können. Die Mehrzahl derselben ist nur für eine Branche gebildet, obgleich in einigen wenigen Fällen verschiedene Branchen sich zu einem Conciliation-Board vereinigt haben. Anscheinend hindert aber die geschäftliche Depression Unternehmer wie Arbeiter an der Durchsetzung ihrer auf Abänderung der Böden gerichteten Wünsche. Beide Parteien werden zufrieden sein mit der Erhaltung des status quo, und so ist denn die Anzahl der von den Boards und Committees behandelten Fälle verhältnismäßig gering.

Außer diesen händigen Einrichtungen existieren zahlreiche Sammlungen von Grundbüchern über Entscheidungen von Streitigkeiten, die nach Erfordernis in Gebrauch genommen werden und daher ebenfalls an dieser Stelle genannt werden müssen. Ein Artikel über den Wert der von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam geschaffenen Organisation läßt sich heute noch nicht fallen. Sie wird ihre Fortsetzung erst bestehen müssen, wenn sich mit Eintritt der günstigeren Konjunktur den Arbeitern Gelegenheit bietet, energischer als in den letzten Jahren ihre Forderungen nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geltend zu machen.

H. W. r. College Friedrichs-Dresden schreibt uns zu dem ersten Artikel: Der Genosse F. schreibt in Nr. 32 des „Grundstein“, daß die United Operative Bricklayers, Operative Bricklayers u. a. Arbeitslosenunterstützung haben. Ich will hier feststellen, daß die eigentliche Maurerorganisation in England, Operative Bricklayers (Society) mit ihren 30 000 Mitgliedern keine Arbeitslosenunterstützung hat. Was hier F. als Arbeitslosenunterstützung anführt, ist Arbeitslosenunterstützung. Der Unterschied der Arbeitslosenunterstützung unseres Verbandes liegt darin, daß wir im Winter jedem Kollegen, der wandern will, eine Reisekarte ausstellen, während die Operative Bricklayers (Society) nur dann Reisekarten ausgibt, wenn ein Orte keine Arbeit zu bekommen ist. Die Karte wird eingezogen, wenn der Reisende an einen Ort kommt, wo ihm Arbeit nachgewiesen werden kann.

Die Arbeitslosenunterstützung wird aber das ganze Jahr bezahlt; natürlich nicht an ein und dasselbe Mitglied, sondern in einem halben Jahre sechs Wochen lang und dann genau wie unsere Arbeitslosenunterstützung. Wer nicht reist, bekommt keine Unterstützung. Es kann allerdings noch eine dritte (nicht zentrale) Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden, die ist aber auch keine Arbeitslosenunterstützung. Diese nennt man nicht, denn die Summen stimmen mit „Travelling Relief“, also Arbeitslosenunterstützung. Meines Wissens haben nur Amalgamated Society of Carpenters and Joiners sowie die Plumbers, also Zimmerer und Bauhändler und die Klempner, Arbeitslosenunterstützung im englischen Baugewerbe.

Der Streik der Maurer und Gießler in Winterthur dauert seit zwölf Wochen unablässig fort. Die zu wiederholten Malen unternommenen Vermittlungsversuche sind immer an mangelhafter Kenntnis der Sachlage gescheitert. Diese ist es bis heute nicht gelungen, eine größere Anzahl Streikbrecher aufzutreiben. Die Streikenden halten nach wie vor an ihren Forderungen fest. In ihrer vorzulegenden Lage erheben die Baumeister ein fürchterliches Geschrei und verbreiten, um die Behörden scharf zu machen, die freiesten Unwahrheiten. Eine diesbezügliche Eingabe an die kantonischen Verwaltungsbehörden ist trotz bereitwilliger Zusage der Baumeister, daß sie sogar die Streikbrecher geduldet hätten, in der bürgerlichen Presse die Eingabe als ein verlogenes Machwerk hingestellt. Diese Eingabe wußte sich bereits zu einer Mißhandlung für die Baumeister und ihre Hintermänner aus; die Baugewerksleute der Unternehmung erheben hier in benachteiligter Beziehung. Die Sympathie der Winterthurer Bevölkerung ist allgemein auf Seite der Streikenden; jedermann gönnt den Baumeistern die Schlappe, die sie sich in diesem Kampfe bereits geholt haben. Die Baumeister suchen jetzt durch die Presse des In- und Auslandes und durch Streikbrecheragenten liberaler Streikbrecher anzukommen. Wären unsere Kollegen auf dem Boden sein und dieses Treiben berechnen. Ueber wichtige Vorkommnisse und über etwa vorhandene Arbeitslosgenheiten wolle man dem Arbeitersekretariat Winterthur Mitteilung machen.

Die österreichische Maurerbewegung ist gescheitert! Was wir seit zwei Jahren mit wachsendem Eifer herantreiben, ist nun da: Die Abfederungsbefreiungen innerhalb der hiesigen Arbeiterbewegung haben auch in der Maurerorganisation ihr vorläufiges Ziel, die Vereinigung der organisierten Einheit, erreicht. Das ist ein schwerer Schlag für unsere österreichischen Kollegen, aber auch für uns, die wir doch auf etwas Anteil und große Freude an dem Emporkommen der österreichischen Maurerverbände hatten. Denn die Trennung der Maurerschaft bedeutet Schwächung ihrer Kampfkraft, Erschöpfung der Agitation und Unterbindung des Wachstums, und es bedeutet schließlich auch selbstmörderischen Bruderkrieg, der sich nicht allein auf das hiesige Böden beschränken wird, sondern überall dort seine zerstörende Wirkung äußern muß, wo deutsche und hiesische Kollegen in einem Lohngebiet zusammenarbeiten. Das Organ unserer österreichischen Kollegen, „Der Maurer“, welches dem unheilvollen Ereignis einen längeren Artikel, dessen einschneidenden Zeit wir hier folgen lassen, da er den ganzen Konflikt verständlich macht.

Das was schon durch viele Jahre vorbereitet wurde, ist nun eingetreten: Die Prager Separatisten sind aus unsern Verbänden ausgestiegen, haben sich einen eignen hiesigen Maurerverband und ein eigenes Jahrbuch gegründet, dessen erste Nummer am 15. d. M. bereits erschienen ist.

Wer noch immer hoffte, unser Beruf werde von dieser unheilvollen Trennung verschont bleiben, der kennt die eigentlichen Beweggründe der Separatisten nicht; denn wer sie genauer beobachtet, wird schon längst zur Ueberzeugung gekommen sein, daß durch kein Mittel diese nationale Trennung aufgehoben ist. Es ist dies eine äußerst traurige Erscheinung in der Arbeiterbewegung, eine Etappe, die der Arbeiterkraft ungeheuren Schaden zufügen und nur allen Feinden der Arbeiter nützen wird. Aber diese Etappe muß durchgemacht werden, so bitter das auch sein mag. Die Separatisten sind absolut nicht davon zu überzeugen, daß sie durch diese nationale Trennung ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterkraft begehen. So sicher es ist, daß alle Branchen national getrennt werden, so sicher ist es auch, daß sich die Arbeiter wieder einmal zusammenfinden. Die dazwischenliegende Zeit wird für die Arbeiterkraft eine der traurigsten sein.

Die Umstände, unter denen die Trennung vorbereitet und durchgeführt worden ist, beweisen selbst am besten, daß kein einziger sachlicher Grund dafür vorhanden ist, der diesen arbeiterfeindlichen Schritt auch nur im entferntesten begründet erscheinen ließe. Bevor sich die Prager der Zentralorganisation angeschlossen haben, haben auch sie alle üblichen Formen der Organisation bereits ausgetopft. Vom Lokalverein bis zur Union sind sie gekommen. Im Jahre 1903 war es, als die Einigungsverhandlungen von Erfolg waren, die Union löste sich auf und die vorhandenen Mitglieder, etwa 300, traten dem Verbande der Bauarbeiter bei, aus dem sich bekanntlich der jetzige Zentralverband entwickelte. Die Verschmelzung der hiesigen Union mit dem Verbande der Bauarbeiter war nicht aus Vernunftgründen erfolgt, sondern aus finanzieller Not, denn sie stielte sofortigen bis über die Ohren in Schulden, die der Bauarbeiterverband selbst übernahm und bezahlte. Man kann ruhig sagen: Hätte die Union zuerst der erfolgten Verschmelzung so viel Geld als Schulden gehabt, von einer Vereinigung wäre keine Rede gewesen, denn die unmittelbare darauffolgende günstige Konjunktur hätte zweifellos auch die in Schulden stehende hiesige Union wieder flott gemacht, womit der Hauptgrund für die Verschmelzung entfallen gewesen wäre. Ob es besser gewesen wäre, wenn es damals zur Einigung nicht gekommen wäre, wollen wir nicht untersuchen, jedenfalls wäre uns die Trennung jetzt erspart geblieben.

Wie wenig die im Jahre 1903 erfolgte Vereinigung von sachlichen Gründen seitens der Prager gestützt war,

Schweiz.

Die österreichische Maurerbewegung ist gescheitert! Was wir seit zwei Jahren mit wachsendem Eifer herantreiben, ist nun da: Die Abfederungsbefreiungen innerhalb der hiesigen Arbeiterbewegung haben auch in der Maurerorganisation ihr vorläufiges Ziel, die Vereinigung der organisierten Einheit, erreicht. Das ist ein schwerer Schlag für unsere österreichischen Kollegen, aber auch für uns, die wir doch auf etwas Anteil und große Freude an dem Emporkommen der österreichischen Maurerverbände hatten. Denn die Trennung der Maurerschaft bedeutet Schwächung ihrer Kampfkraft, Erschöpfung der Agitation und Unterbindung des Wachstums, und es bedeutet schließlich auch selbstmörderischen Bruderkrieg, der sich nicht allein auf das hiesige Böden beschränken wird, sondern überall dort seine zerstörende Wirkung äußern muß, wo deutsche und hiesische Kollegen in einem Lohngebiet zusammenarbeiten. Das Organ unserer österreichischen Kollegen, „Der Maurer“, welches dem unheilvollen Ereignis einen längeren Artikel, dessen einschneidenden Zeit wir hier folgen lassen, da er den ganzen Konflikt verständlich macht.

Österreich.

Die österreichische Maurerbewegung ist gescheitert! Was wir seit zwei Jahren mit wachsendem Eifer herantreiben, ist nun da: Die Abfederungsbefreiungen innerhalb der hiesigen Arbeiterbewegung haben auch in der Maurerorganisation ihr vorläufiges Ziel, die Vereinigung der organisierten Einheit, erreicht. Das ist ein schwerer Schlag für unsere österreichischen Kollegen, aber auch für uns, die wir doch auf etwas Anteil und große Freude an dem Emporkommen der österreichischen Maurerverbände hatten. Denn die Trennung der Maurerschaft bedeutet Schwächung ihrer Kampfkraft, Erschöpfung der Agitation und Unterbindung des Wachstums, und es bedeutet schließlich auch selbstmörderischen Bruderkrieg, der sich nicht allein auf das hiesige Böden beschränken wird, sondern überall dort seine zerstörende Wirkung äußern muß, wo deutsche und hiesische Kollegen in einem Lohngebiet zusammenarbeiten. Das Organ unserer österreichischen Kollegen, „Der Maurer“, welches dem unheilvollen Ereignis einen längeren Artikel, dessen einschneidenden Zeit wir hier folgen lassen, da er den ganzen Konflikt verständlich macht.

Das was schon durch viele Jahre vorbereitet wurde, ist nun eingetreten: Die Prager Separatisten sind aus unsern Verbänden ausgestiegen, haben sich einen eignen hiesigen Maurerverband und ein eigenes Jahrbuch gegründet, dessen erste Nummer am 15. d. M. bereits erschienen ist.

Wer noch immer hoffte, unser Beruf werde von dieser unheilvollen Trennung verschont bleiben, der kennt die eigentlichen Beweggründe der Separatisten nicht; denn wer sie genauer beobachtet, wird schon längst zur Ueberzeugung gekommen sein, daß durch kein Mittel diese nationale Trennung aufgehoben ist. Es ist dies eine äußerst traurige Erscheinung in der Arbeiterbewegung, eine Etappe, die der Arbeiterkraft ungeheuren Schaden zufügen und nur allen Feinden der Arbeiter nützen wird. Aber diese Etappe muß durchgemacht werden, so bitter das auch sein mag. Die Separatisten sind absolut nicht davon zu überzeugen, daß sie durch diese nationale Trennung ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterkraft begehen. So sicher es ist, daß alle Branchen national getrennt werden, so sicher ist es auch, daß sich die Arbeiter wieder einmal zusammenfinden. Die dazwischenliegende Zeit wird für die Arbeiterkraft eine der traurigsten sein.

Die Umstände, unter denen die Trennung vorbereitet und durchgeführt worden ist, beweisen selbst am besten, daß kein einziger sachlicher Grund dafür vorhanden ist, der diesen arbeiterfeindlichen Schritt auch nur im entferntesten begründet erscheinen ließe. Bevor sich die Prager der Zentralorganisation angeschlossen haben, haben auch sie alle üblichen Formen der Organisation bereits ausgetopft. Vom Lokalverein bis zur Union sind sie gekommen. Im Jahre 1903 war es, als die Einigungsverhandlungen von Erfolg waren, die Union löste sich auf und die vorhandenen Mitglieder, etwa 300, traten dem Verbande der Bauarbeiter bei, aus dem sich bekanntlich der jetzige Zentralverband entwickelte. Die Verschmelzung der hiesigen Union mit dem Verbande der Bauarbeiter war nicht aus Vernunftgründen erfolgt, sondern aus finanzieller Not, denn sie stielte sofortigen bis über die Ohren in Schulden, die der Bauarbeiterverband selbst übernahm und bezahlte. Man kann ruhig sagen: Hätte die Union zuerst der erfolgten Verschmelzung so viel Geld als Schulden gehabt, von einer Vereinigung wäre keine Rede gewesen, denn die unmittelbare darauffolgende günstige Konjunktur hätte zweifellos auch die in Schulden stehende hiesige Union wieder flott gemacht, womit der Hauptgrund für die Verschmelzung entfallen gewesen wäre. Ob es besser gewesen wäre, wenn es damals zur Einigung nicht gekommen wäre, wollen wir nicht untersuchen, jedenfalls wäre uns die Trennung jetzt erspart geblieben.

Wie wenig die im Jahre 1903 erfolgte Vereinigung von sachlichen Gründen seitens der Prager gestützt war,

gewisse die Tatsache, daß die Trennungsgelüste bereits im Jahre 1905 auf dem Verbandstage deutlich zur Sprache kamen. Es ist daher wohl nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß die Trennungsgelüste mit dem Momente auftraten, als der Verband der Bauarbeiter die bei der Verschmelzung der Union übernommenen Schulden bestritt hatte. Und jeder Verbandstag, der bisher stattgefunden hat, war mit Anträgen aus Prag, die systematisch auf eine Trennung abzielten, reichlich besetzt. Der Plan der Trennung bestand also schon durch viele Jahre, es wurde nur ein passender Moment zum Vollzuge abgewartet. Und dieser passende Moment war eben jetzt gekommen.

Die Prager Maurer haben in der kurzen Spanne Zeit, während welcher sie der Zentralorganisation angehörten, wirklich schöne Erfolge erzielt, ohne die Strapazen und wirtschaftliche Schädigung, die ein Kampf immer im Gefolge hat, tragen zu müssen. Im Jahre 1906 wurde für Prag unter dem Eindruck der in Wien günstig verlaufenen Aussperrung ein Vertrag abgeschlossen, der schöne Erfolge brachte. Und heuer wurde gleichfalls nach dem friedlichen Abschlusse in Wien und unter Mitwirkung der Zentralorganisation der Unternehmer nach einigen kleinen Klänsereien ein dreijähriger Vertrag geschlossen, der als durchaus günstig bezeichnet werden kann, wenn man die ungünstige Lage des Baugewerbes in Betracht zieht. Die Prager Separatisten können also durchaus nicht sagen, daß sie mit der Zentralorganisation nicht zufrieden sind, im Gegenteil, sie haben mit ihr großartige Erfolge errungen, die sich nicht nur auf Prag beschränken, sondern sich auf das ganze tschechische Gebiet erstrecken. Auch auf dem sprachlichen Gebiet wurde den tschechischen Mitgliedern unseres Zentralverbandes im vollsten Maße Rechnung getragen, und auf den beiden Verbandstagen in den Jahren 1905 und 1907 wurde in manchem dem Dingen der Prager nachgegeben, was schon nicht mehr recht in eine zentrale Organisation paßt, nur um den Frieden zu erhalten und um der nationalen Zerreißung auszuweichen. Aber all das nützte nichts, die Trennung erfolgte dennoch.

Die Gründe, die zur Trennung führten, liegen demnach nicht auf gewerkschaftlichem Gebiet, sie sind rein politischer Natur. Diese Separation hätte niemals eintreten können, wenn sie nur aus wirtschaftlichen Gründen hätte erfolgen sollen. Aber sie mußte erfolgen, weil die Beweggründe nur auf politischem Gebiet liegen. Waren den Separatisten noch mehr nationale Zugeständnisse gemacht worden, die Trennung wäre, trotzdem erfolgt, weil die Politik der tschechischen Partei dahin geht, die gewerkschaftliche Organisation ebenso wie die politische national zu gestalten. Und darum wird keine Brücke von der Trennung verschont bleiben. Jede Zentralorganisation wird dieser nationalen Strömung zum Opfer fallen, weil es das politische Parteiprogramm der Tschechen so haben will. Alle Einwände, daß die gewerkschaftliche Organisation aus rein wirtschaftlichen Gründen eine einheitliche sein muß, alle Hinweise darauf, daß die Unternehmer international vorgehen in der Befähigung der Arbeiter, prallen wirkungslos ab. Die tschechische Politik verlangt nationale Gewerkschaften und darum müssen die einheitlichen Organisationen der Arbeiter, die sich so gut bewährt haben und jetzt nötiger denn je sind, national zerschnitten werden.

Natürlich müssen die sichtbaren Macher der Trennung einen Grund haben und sie haben auch einen gefunden. Wenn man will, findet sich immer ein Grund, um selbst das widerwärtigste Beginnen zu rechtfertigen. Sehen wir uns nun diesen Grund, den die Prager Separatisten für die Trennung anführen, etwas näher an. In einem von den Separatisten herausgegebenen Flugblatt führen sie unter anderem an, die Ursache der Trennung liege darin, daß der letzte Verbandstag beschloß, die Prager Gewerkschaftskommission und die Prager Parteileitung haben zu erklären, nur den Zentralverband der Maurer Österreichs anzuerkennen, und solange diese Erklärung nicht abgegeben ist, der Prager Gewerkschaftskommission keine Beiträge zu zahlen. Dies soll der Hauptgrund sein, warum die Trennung erfolgt ist. Das ist eine recht winzige Ursache, denn gerade die Macher der Trennung waren es, welche diesen Beschluß des Verbandstages protokollierten. Das kam so. Im Jahre 1906 fiel es Mysliveček und seinen Männern ein, einen separatistischen Verband zu gründen, ohne die Leiter der Prager Maurerorganisation gefragt zu haben. Das paßte ihnen nicht und sie erklärten, die Zeit für die Trennung sei noch nicht gekommen. Ist dies der Fall, dann werden schon die Prager Genossen das Zeichen zur Trennung selbst geben. Mysliveček ließ sich aber nicht beirren und kam dadurch mit den Prager in Streit. Damit waren die Rollen gewechselt; denn während die Prager noch Separatisten waren, war Mysliveček ein eifriger Zentralist. Und als derselbe ohne die Zustimmung der Prager Separatisten wurde, waren die Prager Zentralisten geworden. Und nun tobte zwischen den Prager und dem kaiserlichen Mysliveček ein Kampf, bei dem der Separatist Mysliveček den kürzeren zog. Während des Kampfes zwischen Prag und Sigob benutzte Mysliveček das tschechische Parteiblatt „Právo Lidu“, um für seinen Verband Propaganda zu machen. Dagegen protestierten die Prager und beschloßen vor einem Jahre in einer Konferenz, der Verbandsvorstand habe die Beiträge an die Prager Gewerkschaftskommission so lange einzustellen, bis sie durchgesetzt habe, daß dem Mysliveček-Verband das Parteiblatt verschlossen sei und bleibe. Der Verbandsvorstand entsagte dem Verlangen der Prager, stellte die Beiträge an die Prager Gewerkschaftskommission ein und stellte die Entscheidung über diese Streitfrage dem kompetenten Forum, dem Verbandstag, anheim. Also das, was die Prager vom Verbandsvorstand verlangten und was der Verbandstag zum Beschluß erhob, führen nun die Prager als Grund für die erfolgte Trennung an. Ein Urteil über das mehr als sonderbare Verhalten möge sich jeder Leser selbst bilden.

Die völlige Schwendung der Prager wird erklärlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß mittlerweile der Stein, der bei den Prager Antisozialen zerbrach, zerfallen ist. Mysliveček führte seit seiner rechten Wirtschaft, und eine Unterwerfung seiner Gewerkschaft der tschechischen Material gütig, daß er von der Leitung seines Verbandes entfernt werden mußte. Dies geschah noch vor unserm Bundesverbandstag, und daraus erklärt es sich, warum

die Prager gegen ihren eignen Antrag stimmten. Als Mysliveček beiseite war, waren die Prager Zentralisten plötzlich zu Separatisten geworden, die Zeit für die Trennung war nun gekommen. Die vor der Tür stehende Lohnbewegung wurde noch schnell mit Hilfe der Zentralorganisation gütlich erledigt, und dann die Trennung in aller Form vollzogen.

Wir haben die Trennungsgeschichte deshalb so ausführlich erzählt, damit sich jeder einzelne Verbandskollege selbst ein Bild darüber machen kann. Welchen Umfang die Zersplitterung annehmen wird, kann selbstredend nicht vorausgesagt werden. Sicher ist, daß die Separatisten alle Anstrengungen machen werden, alle tschechischen Maurer, seien diese in welchem Kronlande immer, für ihre nationale Organisation zu gewinnen. Ob ihnen das im ganzen Reiche gelingen wird, bleibt erst abzuwarten. Ebenso gewiß ist auch, daß aus dieser Zersplitterung nur die Unternehmer, ohne Unterschied der Nation, Nutzen ziehen.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einheit“).

In der Woche vom 8. bis 14. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 750, Spandau 500, München 400, Dresden 200, Wandsb. 200, Verden a. d. Aller 200, Moorb. 200, Rantow 200, Lundenwalde 160, Tempin 150, Salzmünde 150, Fährtenwalde 104,80, Johannisthal 100, Worms 100, Königsberg i. Pr. 100, Summa M. 3514,80.

Zufüsse erhielten: Münster i. Westf. M. 400, Mainz-Monndach 100, Wuppertal i. d. Westf. M. 100, Hainstadt 80, Wiesbaden 60, Niederbreisig a. Rh. 55. Summa M. 765.

Altona, 14. August 1909.

Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Bauchkrämpfen, überhaup von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bochum. Am Neubau des Knappschaffsgebäudes in Ehrenfeld stürzte am 10. August der Kollege G. Göt vom Dach in einen etwa 4 m tiefen nicht abgedeckten Rißschacht hinab. Er erlitt dabei schwere Kopfverletzungen und eine Schulterverletzung. Nach Anlegung eines Notverbandes brachte man den Verletzten nach dem Hospital.

Bromberg. Am 30. Juli stürzte auf dem Neubau des Unternehmers Dörs der mit dem Wülfen beschäftigte Arbeiter Neumann 4 m in die Tiefe. Er zog sich schwere innere Verletzungen zu und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Am 2. August stürzte auf dem Neubau des Unternehmers Rose der Maurer Dommast durch einen Fehltritt 7 m hoch ab und blieb beunruhigend im Keller liegen. Ein Arzt, der gleich zur Stelle war, stellte bei dem Verunglückten innere und äußere Verletzungen fest und veranlaßte dessen Überführung ins Krankenhaus. Wäre die Kellerlage abgedeckt gewesen, so hätte der Unfall nicht so schlimm werden können.

Gottesberg. Am 7. August stürzte der Grubenmaurer Josef Spiske von einem in der Höhe der dritten Etage befindlichen, aus nur einem Brett bestehenden Gerüst in Niederhermsdorf Nr. 17, so unglücklich ab, daß er schwere Verletzungen davontrug und mittels Krankenwagens in das Knappschaffsagarett in Walsenburg überführt werden mußte. Man hofft, Spiske, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, am Leben erhalten zu können. — Am 11. August verunglückte der Grubenmaurer Ferdinand Scholtes aus Nothbach, dadurch, daß er sich beim Übersteigen einer Barriere durch einen in der Barriere stehenden Nagel den Oberschenkel aufriß, so daß sofort die Heden zum Vorsteigen kamen. Nach Anlegung eines ersten Verbandes wurde auch er in das Knappschaffsagarett in Walsenburg eingeliefert.

Kiel. In der vergangenen Woche stürzte der Polier Schel beim Unternehmer Pers aus einer Höhe von 8 m in den Keller, wobei er mehrere Verletzungen an den Schultern und am Rücken erlitt. Das Gerüst war schlecht und der Keller war nicht abgedeckt. Wo steht die Baupolizei?

Langendreez. Am 6. August verunglückte am Bau einer Bahnunterführung der Maurer S. Bode durch Erdrutsch. Er erlitt schwere Verletzungen an den Beinen.

Kathenow. Am 11. August fiel unser Kollege K. Euen von einem 5 m hohen Stützgerüst. Er erlitt eine Rückenverletzung und schwere Kopfverletzungen, so daß er mit einer Drohkölle zum Arzt befördert werden mußte. Hätte die Kriechung eine Brustwehr gehabt, wäre jedenfalls der Unfall vermieden worden.

Radze. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 12. August in der Röhrengießerei der in Arbeiterfürsorge betrimmten Donnersmarkt. Dort waren beim Einweicheubau der mechanischen Werkstatt mehrere Kollegen der bekannten Firma Ronger & Giber beschäftigt. Während die Kollegen dort arbeiteten, wurden neben und unter ihnen die Transmissionsen nicht abgestellt, und die Folgen sollten sich bald in schrecklicher Weise zeigen. Der Kollege Gündel aus Rost wurde von der Transmissionswelle erfasst. Auf sein Geschrei eilten seine Kollegen hinzu und befreiten ihn aus seiner furchtbaren Lage. Der rechte Oberschenkel wurde ihm vollständig abgequetscht, außerdem erlitt er noch schwere Verletzungen am ganzen Körper. Es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Und wenn dies geschieht, so wird er geitellens ein hilfloser Krüppel sein. Bezeichnend für den Unfall bei dieser „soliden Firma“ bei der dies Unglück nicht das erste und zweite ist, bezeichnend auch für die „Arbeiterfürsorge“ auf

der Donnersmarktstraße ist die Tatsache, daß man, was vorher nicht möglich war, nunmehr tat: nämlich, nachdem das schreckliche Unglück geschehen war, stellte man die Transmissionsen ab. Mit den „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der betreffenden Güte, besonders so weit sie unser Gewerbe betreffen, wollen wir uns in der nächsten Zeit einmal beschäftigen.

Inhibiert. Die Stadt Lichow hat an die Firma Hintichs & Bebestorf den Neubau eines Wasserturms übertragen. Der Weiterbau des Turmes, der jetzt eine Höhe von 17 m erreicht hat, ist auf Veranlassung des von der Stadt mit der Aufsicht beauftragten Ingenieurs und des als Sachverständigen zugezogenen Tiefbauinspektors Müller aus Celle bis auf weiteres eingestellt worden. Es sind Proben an das Untersuchungsamt in Berlin eingeleitet worden, um festzustellen, ob der Beton für das Fundament und den Unterbau die vorgeschriebene Mischung hat.

Soziales.

* **Lohngefahren der Bauarbeiter.** Aus dem Zweigverein Essen wird uns geschrieben:

Von bestimmtem Einfluß auf das heutige Bauwesen ist das Privateigentum an Grund und Boden, d. h., das Recht des einzelnen oder privaten Gesellschaften, über einen bestimmten Teil der Erdoberfläche innerhalb der allgemeinen gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften frei verfügen zu können. Dieses Recht, unter dessen Begriff der Grund und Boden die seiner Natur zumerlaufende Bedeutung eines Handelsgegenstandes angenommen hat, ist eine Quelle fortlaufender schädlicher Wirkungen für die Allgemeinheit zugunsten einzelner Personen, der Grundeigentümer, geworden. Die durch das rasche Anwachsen der Bevölkerung erforderliche Erweiterung der Städte eintretende lebhaft Nachfrage nach Bauplätzen benutzten die Bodenspekulanten durch Zurückhaltung des Angebots zur Preissteigerung des Grund und Bodens, so daß oftmals Preise von wunderlicher Höhe erzielt werden. Die Spekulation in Grund und Boden und die dadurch oft erzielte horrenden Preissteigerung wirkte natürlich bestimmend auf die Entwicklung des Wohnungsbauwesens; sie ist geradezu die Wurzel des Wauschwinds. Man „spekuliert“ heute in Häusern, d. h. man baut in der ganz bestimmten Absicht, die erbauten Häuser sobald als möglich mit einem hohen Profit wieder zu verkaufen. Das macht das solide Bauen mehr und mehr zur Ausnahme, das unsolide zur Regel. Das Haus an sich ist dem Spekulant vollständig gleichgültig, er betrachtet es als eine Ware, die er mit möglichst großem Profit so schnell als möglich loszuschlagen will. Das Verkreben der Spekulanten, recht billig zu bauen, hat jene Macination gezeitigt, die wir unter dem Namen Wauschwinder kennen und für die Bauarbeiter, Handwerksmeister und die Dienstveranten die schlimmsten Wirkungen hat. Der spekulative Bauherr, der es von vornherein auf einen Schwindel abgesehen hat, bedient sich in der Regel eines Strohmannes, der als selbständiger Unternehmer mit allen Rechten und Pflichten eines solchen auftritt, obwohl er keinen Pfennig besitzt. Den Kaufpreis des Bodens, der bei solchen Objekten immer sehr hoch angelegt ist, hat sich der Spekulant als Hypothek eintragen lassen. Erreicht nun bei der eintretenden Substitution der Verkaufspreis nicht den Gesamtbetrag aller auf dem Grundstück haftenden Verbindlichkeiten, so fällt einfach das schwebende an den Forderungen der Bauhandwerker aus. Kaufende von Handwerker sind dadurch schon geschädigt worden.

Zu den schlimmsten direkten Schädigungen, die der Wauschwinder den Bauarbeitern zufügt, gehört das Umwehen des Zwischenunternehmers. Durch diese Sorte Unternehmer wird nicht nur die Arbeitskraft des Arbeiters aus schlimmste ausgebeutet, sondern sie sind noch darauf bedacht, oder sogar wir richtiger, darauf angewiesen, die Leute um ihren Lohn zu prellen. Auch in Essen hat sich das System der Zwischenmeister unlöslich für die Arbeiter bemerkbar gemacht. Diese Leute nehmen meistens die auszuführenden Arbeiten zu einem Vorkredit an, für den sie beim besten Willen nicht hergestellten können. Nachdem sie einige Zeit die Arbeiten geliefert und je nach dem Stande des Hauses die Abschlagszahlungen von ihrem Hintermann erhoben haben, lassen sie die Arbeit im Stich, meistens in der letzten Wohnung an die Arbeiter. Der Zwischenmeister hat gewöhnlich schon viel Geld erhalten, so daß die Arbeiter sehr oft das Nachsehen haben. Der Hintermann hat jedoch immer noch genug verdient. Bisher stellte sich das Gewerbegericht Essen immer auf den Standpunkt, daß der Affordant, bei denen natürlich in den meisten Fällen nichts zu holen ist, haftbar sei. In der Sitzung vom 14. Juni nahm jedoch das Gewerbegericht Essen dem Zwischenunternehmerum gegenüber eine andre Stellung ein. Es erging folgendes Urteil:

In Sachen des Maurers Aug. Roose-Essen, Prozeß, bevollmächtigter Rudolf Dierger-Essen, gegen den Baugewerksmeister Eduard Deine-Essen und Baugewerksmeister H. Krebs-Duisburg, hat das Gewerbegericht in der Sitzung vom 14. Juni 1909 unter dem Vorbehalt des Rechtsanwalts Abel für Recht erkannt: Die Beklagten werden gesamtschuldnerisch verurteilt, dem Kläger M. 5,60, wofür: „Kühn Markt 60 Pfennig“ zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Katbestand und Entscheidungsgründe.

Der Kläger behauptet, er habe als Maurer bei den Beklagten, welche unter der nicht eingetragenen Firma Deine & Krebs zu Essen ein Baugeschäft betreiben, in dessen Diensten gestanden. Bei seinem am 15. Mai erfolgten Austritt, seien ihm die Beklagten einen Restlohn in Höhe von M. 5,60 schuldig geblieben. Er hat beantragt, zu erkennen, wie gesehen.

Die Beklagten haben demgegenüber die Abweisung der Klage begehrt. Sie bestreiten nicht, daß der Kläger noch die angegebene Restlohnforderung habe, er habe diese jedoch nicht gegen sie, sondern gegen den polier Meuser. Dieser habe die Ausführung der Maurer

arbeiten auf Grund schriftlichen Vertrags, vom 23. März 1909, übernommen und demgemäß habe er auch die Arbeiter in eigenem Namen und für eigene Rechnung angenommen und sie auch zur Krankenkasse angemeldet.

Bei dem Bestreiten dieser Behauptung durch den Kläger ist Meuser als Zeuge gehört worden. Auf Grund seiner glaubwürdigen Befundungen hat das Gericht seine Bedenken getragen, die Beklagten als die für den Lohn haftenden Arbeitgeber anzusehen. Wenn Meuser auch nicht den Arbeiter erklärt hat, die Beklagten seien die Arbeitgeber, so dürfte doch der Kläger nach Lage der Sache mit Recht annehmen, daß er ein Dienstverhältnis mit den Beklagten begründe. Meuser ist nicht selbständiger Unternehmer, sondern ein wirtschaftlich unselbständiger Arbeiter, wie der Kläger auch, neben dem er auch am Bau mitgearbeitet hat. Meuser ist vermögenslos und hat ferner die Löhne der Arbeiter erhalten, die ihm auch vertraglich die Auslage für Krankentagebeträge und Invaliditätsversicherung zu erhalten hatten, während die Beklagten die Anmeldung zur Baugewerks-Versicherungsschaft ja auf eigenen Namen bewirkt hatten. Bei einem so gelagerten Verhältnis kann aber der Affordant Meuser nicht als selbständiger Vertragspartei, sondern nur als Vertreter der Beklagten angesehen werden, die danach auch aus dem Dienstverträge unmittelbar berechtigt und verpflichtet werden. (Vergl. auch Wölbling: „Der Affordantvertrag“, Seite 198 ff. und die dort angeführten Entscheidungen der Gerichte und Notar: „Der Arbeitsvertrag“, Band 11, Seite 515, insbesondere Anmerkung 2.)

Da die Höhe des begeherten Lohnes unstreitig ist, so war wie gesehen zu erkennen. Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 der Zivilprozeßordnung.

geg. Abel.

Drei bei dem Unternehmer Lichtenberg-Kettwig in Effen beschäftigte Maurer hatten zwar ihren Lohn regelmäßig erhalten, waren jedoch, wie sich bei Gelegenheit eines Krankheitsfalles herausstellte, nicht bei der Effenen Ortskrankenkasse angemeldet, obwohl ihnen die Beiträge, und zwar höhere, als gewöhnlich zulässig ist, regelmäßig abgezogen wurden. Lichtenberg hatte sich regelmäßig vor dem Effenen Schöffengericht zu verantworten. In der Verhandlung wurde er anfänglich nachzuweisen, daß nicht er, sondern sein Mittelmann der zur Anmeldung Verpflichtete sei. Als aber der ebenfalls geladene Direktor Meyer von der Ortskrankenkasse nachwies, daß nur Lichtenberg als verpflichteter Arbeitgeber in Betracht kommen könne, erklärte sich dieser zur Zahlung bereit und zahlte gleich im Gerichtssaal über 170 aus. Der Angeklagte Lichtenberg erzielte jedoch wegen der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung Freisprechung. — An diesem Ausgange der Gerichtsverhandlung ist zu erkennen, daß den Unternehmern ihre Manipulationen immer noch Auswege offen stehen, um sich dem Strafgericht zu entziehen, obwohl die in Betracht kommenden Arbeiter offenbar geschädigt sind.

Eingegangene Schriften.

Die Proletariatskrankheit, ihre Entstehung und Verhütung, Verhütung und Heilung. Von Dr. Jabel. (Heft 20 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 50 ϕ , Volksausgabe 20 ϕ). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

In dem zwei Bogen starken Heft unternimmt es der Verfasser, die Arbeiter in verständlicher Form mit den großen Fortschritten bekannt zu machen, die die Lehre von der Schwindelheit seit der Entdeckung des Tuberkulobazillus durchgemacht hat. Greife- und erworbene Anlagen, die Wege der Aus- und Einwanderung des Bazillus, die Übertragung der Krankheit in der Familie und im Beruf, die Schwindelheit als Wohnungs- und als Gewerkekrankheit, der Unterschied zwischen verborgener und offener Tuberkulose, die neuesten Ergebnisse über ihre enorme Verbreitung und ihre Heilung und vieles andere wird in zwölf Kapiteln abgehandelt, von denen die beiden letzten besonders ausführlich dem „Schutz der Gesundheit“ und der „Heilung der Erkrankten“ gewidmet sind. Das Heft sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen, es ist dazu bestimmt, Erkenntnis zu verbreiten.

Die „Neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 46 des 27. Jahrgangs.

Der wahre Jakob, sozialdemokratisches Witzblatt. Nr. 17 des 26. Jahrgangs.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Nr. 23. des 19. Jahrgangs.

„In freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 32 des 13. Jahrgangs.

Briefkasten.

G. Pr. in L. Berichte ohne Stempel nehmen wir nicht auf. Breslau (Stolte). Der Bericht kam trotz Bestellung durch Eilboten für die vorige Nummer zu spät. Wir geben das Wichtigste davon in dieser Nummer wieder.

S. Schr., W. a. S. Solche Schulden betreffen zwei Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem sie entstanden sind.

Mohrbach. Die Anzeige vom Sommerfest können wir nicht aufnehmen, da sie weder unterzeichnet noch unterstempelt noch auch nur angegeben ist, wo es das Mohrbach denn eigentlich gemeint ist.

Nr. 24. Dadurch, daß Du während Deiner Krankheit gearbeitet hast, hast Du Dich Deiner Rechte begeben.

Nr. 1011. Das Recht, seine erste und nach deren Tod seine zweite Frau durch Testament als Erbin einzusetzen, steht Deinem Vater zu. Du mußt aber, wenn nichts außerordentliches gegen Dich vorliegt, Dein Pflichtteil erhalten. Einsicht in den Nachlaß kannst Du verlangen.

Alfred Sch. in G. Es war ein guter Bericht, in Zukunft aber etwas weniger abschweifend und keine Worte abfüllen.

Hygien. Versammlungsanzeigen kosten nichts. Die eingekommen 30- ϕ sind bei einer anderen Anzeige mit einzurechnen.

Göttingen. Der Bericht ist ohne Stempel eingegangen. Seine Veröffentlichung erübrigt sich wohl auch, weil er in erster Linie Klagen über schlechten Versammlungsbesuch und mangelndes Interesse der Kollegen am Organisationsleben enthält, die wir in einem besonderen Artikel der nächsten Nummer besprechen werden. Wir weisen die Göttinger Kollegen, aber auch alle Kollegen von Orien, wo ähnliche schlimme Verhältnisse herrschen, besonders auf diesen Artikel hin.

Anzeigen.

Alle Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 15 ϕ .)

Berlin. Am 5. August starb unser Mitglied **Emil Wutzow** im Alter von 50 Jahren an Herzschlag.

Am 8. August starb unser Mitglied **Karl Frühau** im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung.

(Sektion der Ruhr.) Am 11. August starb unser Mitglied **Ambrosius Probst** im Alter von 44 Jahren an Lebertreß.

Breslau. Am 10. August starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Karl Reich** im Alter von 26 Jahren an der Proletariatskrankheit.

Erlangen. Am 6. August starb unser Verbandskollege **Andreas Kraus** im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung.

Hirschwald. Am 16. August verstarb nach dreiwöchigem Krankenlager unser treuer Verbandsmitglied **Wilhelm Dietrich** im Alter von 52 Jahren an Herzleiden.

Greßmühl. Am 12. August starb unser Kollege **W. Ankerstein** im Alter von 38 Jahren an Lungenerkrankung.

Frankfurt a. M. Am 12. August starb nach kurzer Krankheit unser treuer Verbandskollege, Mitbegründer unseres Zweigvereins und unverdorrter Vertreter der gerechten Sache **Wilhelm Richter** im Alter von 64 Jahren an Herzlähmung.

Königsberg i. Pr. Am 7. August starb plötzlich unser Mitglied **Emil Gerlach** im Alter von 44 Jahren.

Der Verstorbene gehörte mit zu den Begründern der Königsberger Arbeiterbewegung und hat über 20 Jahre in den ersten Reihen gestanden.

Münch. Am 7. August starb unser Verbandskollege **Heinrich Huck** aus Warthausen im Alter von 49 Jahren an Herzschwäche.

Münch. Schwabing. Am 9. August starb unser treuer Verbandskollege **Josef Angerer** im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung. — Da da u.

Am 11. August starb unser treuer Verbandskollege **Franz Pfleger** im Alter von 41 Jahren infolge eines Baunnsalles.

Seehausen i. d. Altmark. Am 2. August starb zu Charlottenburg unser treuer Verbandskollege, der Maurer **Wilhelm Sied** im Alter von 46 Jahren an den Folgen einer Operation.

Strasbourg i. Elz. Am 6. August starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Georg Wagner** aus Gries im Alter von 27 Jahren.

Tondern. Am 8. August erkrankt unser Verbandskollege **Max Nebendahl** im Alter von 21 Jahren beim Baden.

Ehre ihrem Andenken!

Ignatz Gassner, geboren in Ungarn, wird von denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden gebeten, seine Adresse an **Otto Schulz**, Langendreer i. W., Hemmingerstr. 16, zu senden.

[M. 1,80]

Der Zweigvereinsvorstand.

Willy Borrmann, bisher in Götting, wird gesucht. Wer seine Adresse angeben kann, wolle sie sofort an **Richard Trinks**, Götting, Sprembergerstraße 1, gelangen lassen.

[M. 1,20]

Danzig.

Sonntag, den 29. August, von nachm. 3-4 Uhr an, feiert der Zweigverein sein

Achtzehntes Stiftungsfest

im „Bürgergarten“ in Schöblig,

bestehend in

Gartenkonzert, Kinderbelustigungen, Tanz usw. Hierzu laden wir alle Kollegen des Zweigvereins freundlichst ein.

[M. 3,30]

Das Komitee.

Holandsbrüder!

Unser Vereinstafel in Weimar befindet sich im Volkshaufe, Buttelschäferstr. 2

Die fremden Holandsbrüder zu Weimar.

[M. 2,10]

J. A. Ph. Kleindienst.

Glogau.

Sonabend, den 28. August, abends 8 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest

im Gasthof „Zum grünen Baum“

bestehend in Theater, Preisschiessen, Verlosung u. Ball. Alle Kollegen des Zweigvereins sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 3,30]

Der Vorstand.

Göttingen.

Am 22. August feiert der Zweigverein sein

Bierzehntes Stiftungsfest.

Alle Kollegen aus Göttingen und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen.

[M. 2,70]

Das Festkomitee.

Kattowitz.

Sonabend den 28. August, abends 7½ Uhr:

Zweites Stiftungsfest

in der „Reichshalle“, Wilhelmplatz,

wozu sämtliche Kollegen hiermit freundlichst eingeladen werden.

[M. 2,70]

Das Festkomitee.

Lüben.

Sonntag, den 29. August, nachm. 4 Uhr, feiert die hiesige Zahlstelle ihr

Sommerfest

im Gasthof „Zum weißen Baum“.

Die Kollegen der umliegenden Zweigvereine sind dazu freundlichst eingeladen.

[M. 3]

Das Komitee.

Peine.

Sonntag, den 29. August, feiert der Zweigverein sein

Fünfzehntes Stiftungsfest

bestehend in

Konzert, Blumenverlosung, Preiswürfel und Kinderbelustigungen im „Parkhaus“ und abends Ball im „Parkhaus“ und bei Schumacher.

Alle Kollegen des Zweigvereins und der Nachbarkreise mit ihren wertigen Damen laden freundlichst ein.

[M. 3,90]

Das Komitee.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstands, K Kassierer, L Vereinstafel, H Verberge, Hz Hausvermittlung wird ausgestellt bei.)

Frankfurt. V Math. Winkler, Schützenstr. 19. K Sebastian Schroll, Brunnenstr. 15.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonabend, den 21. August.

Langenwelzendorf. Abends 8½ Uhr im Vereinslokal. Bäder mitbringen.

Schweiditz. Abends 8½ Uhr im „Arbeiterkaffee“.

Sonntag, den 22. August:

Berga a. R. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung.

Luckenwalde. Nachm. 3½ Uhr. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend.

Mommelsdorf. Nachm. 1 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Stahl in Wiedersdorf. Unter anderem steht die Sozialfrage auf der Tagesordnung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Mittwoch, den 25. August.

Sorau. Nachm. 6½ Uhr in der „Flora“. Referent anwesend.

Donnerstag, den 26. August.

Liegnitz. Abends 7 Uhr.

Pinneberg. Abends 8½ Uhr bei Ledowski.

Sonabend, den 28. August.

Priebe. Abends 6 Uhr im Vereinslokal. Referent anwesend. Mitgliedsbücher mitbringen.

Sonntag, den 29. August.

Cöln. Vorm. Punkt 10½ Uhr außerordentliche Mitgliedserversammlung. Tagesordnung: Verhandlung der Arbeitslosenfrage durch den Zweigverein. Einführung eines obligatorischen Sozialauslasses von 10 ϕ pro Woche. Verschiedenes. Mitgliedsbücher legitimieren.

Hintersee. Nachm. 1 Uhr im Gasthof „Zum deutschen Hause“, Lichtenburg.

Lychen. Nachm. 3½ Uhr bei G. Ball.

Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 29. August.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr außerordentliche Versammlung im „Schleierstein“, Juliuspromenade.